

Frohne-Hamburg ersucht nochmals um Beibehaltung der Reihenfolge des provisorischen Programms. Die Verhandlung über das Proportionalssystem werde voraussichtlich keine lange Zeit in Anspruch nehmen.

Schöpplin-Frankfurt tritt für den Antrag **Aronz** ein. Der Bericht über den Londoner Kongress verlange doch eine eingehende Behandlung und müsse daher vorangehen. Das Proportional-Wahlssystem könne ruhig an achter Stelle bleiben.

Born wünscht gleichfalls, daß der Bericht über den Londoner Kongress an eine frühere Stelle gerückt wird.

Fischer-Berlin hält es für das Beste, dem Antrag **Aronz** entsprechend, die Frage des Arbeiterchuzes auf die Tagesordnung zu setzen. Es bestehe ja eine sehr starke Strömung unter den Genossen für die Frage des Achtstundentages und Koalitionsrechtes und man würde sehr unklug handeln, wenn man diese Strömung nicht berücksichtigen wollte; da sie einmal vorhanden sei, müsse der Parteitag schon einmal die Zeit dafür opfern, wenn auch nicht viel dabei herauskommen dürfte. Der Antrag **Aronz** fasse diese Punkte zusammen. (Sehr richtig!)

Walzig-Schmöln wünscht, daß die Frage des Achtuhr-Ladenschlusses auf die Tagesordnung an Stelle des Berichts über den Londoner Kongress gesetzt werde.

Pfannkuch-Hamburg: Der Vorschlag des Vorstehenden ist geeignet, die Debatte über Abänderung der Tagesordnung wesentlich zu verkürzen. Es ist kein Grund vorhanden, eine Debatte und eine Beschlußfassung über die strittigen Fragen zu verhindern; es bietet sich hierzu aber die beste Gelegenheit bei der Berichterstattung der Parteileitung. **Rebner** erklärt sich für Ergänzung der Tagesordnung nach dem Antrag **Aronz**.

Ein Antrag, über sämtliche Anträge, die auf Abänderung der Tagesordnung gestellt sind, zur Tagesordnung überzugehen, findet genügende Unterstützung.

Sewehr (Elberfeld) begründet den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung: durch Abänderung der Tagesordnung werde etwas Praktisches nicht herauskommen.

Lehmann spricht dagegen. Der Achtstundentag werde nicht so kurzerhand erledigt werden, und vor allem müsse man berücksichtigen, daß hinter dieser Forderung ein großer Theil der gewerkschaftlich organisierten Genossen stehe; thue man das nicht, so laufe man Gefahr, den Keim eines Zwiespaltes zwischen die in der politischen und die in der gewerkschaftlichen Bewegung stehenden Genossen zu tragen. (Widerspruch.)

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Schreck-Bielefeld wendet sich gegen den Standpunkt **Fischer's**. Der Punkt „Erringung des Achtstundentages“ müsse als vollständig selbständiger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag **Aronz** wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind die Anträge 1 bis 3 erledigt. Der Antrag 4 wird zurückgezogen. Der Antrag 9, auf die Tagesordnung ein Referat über die Wohnungsfrage zu setzen, wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Die ersten drei Punkte der Tagesordnung bleiben, wie sie provisorisch aufgestellt waren.

Der Vorschlag **Singer's**, als vierten Punkt den Antrag **Aronz** zu setzen, wird einstimmig angenommen.

Als Punkt 5 und 6 werden **Mainfeier** und **Londoner Kongress** festgesetzt.

Singer schlägt vor, das Referat über das Proportional-Wahlrecht an letzte Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Das wird mit Mehrheit angenommen und nach längerer Debatte die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

7. Frauenagitation.
8. Organisation.
9. Proportionalwahlssystem.
10. Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 12. Oktober. — Vormittagsfikung.

9¹/₄ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben und Telegramme sind eingetroffen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Den „Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses“

erstattet

Pfannkuch: Der geschäftsführende Ausschuss ist eine Neuerscheinung. Die vorjährige Parteileitung war sich bewußt, daß beim Fallenlassen der Umsturzworlage ein Schlag gegen die Partei kommen würde und mußte; wir hatten ihn viel früher erwartet und unsere Gegenmaßregeln vorbereitet, um den Schlag zu pariren. Der Schlag fiel. Am 25. Oktober fanden die Hausfuchungen statt, und schon am 4. Dezember war die Fraktion in der Lage, die nöthigen geschäftlichen Anordnungen zu treffen, so daß alles seinen ruhigen Fortgang nehmen konnte. Was die Kollerei gegen uns vermochte, waren Unannehmlichkeiten für einzelne Genossen, im übrigen ist die Partei nicht geschädigt, die Neueinrichtungen haben gut funktioniert und es liegt keine Beschwerde seitens der Genossen vor, ein Beweis, daß alles am Schnürchen gegangen ist.

Die Aufgabe der Parteileitung ist und bleibt stets die Förderung der Agitation. Was darin im abgelaufenen Geschäftsjahre geleistet werden mußte, haben wir geleistet. Wo es nicht an Verhältnissen scheiterte, sind wir allen Wünschen hinsichtlich der Agitation nachgekommen. Das gesprochene, zündende Wort ist ja immer das wirksamste Mittel der Agitation, daneben hat aber doch eine hervorragende Bedeutung für die Agitation: die Presse. (Sehr richtig!) Und da muß ich sagen: Der Zustand unserer Presse ist in vieler Hinsicht nicht befriedigend. (Who!) Ich bin mir der Tragweite meines Ausspruchs wohl bewußt, er soll auch kein Vorwurf gegen unsere Redakteure sein. Wir wissen, daß sie ihr ganzes Können in den Dienst der Partei stellen. Wenn sie nicht alle Wünsche befriedigten, so lag es nicht an ihrem guten Willen. Hier und da mag es am Können liegen; im allgemeinen aber ist ein Mangel an geeigneten Kräften zu konstatiren. (Schoenlant: Mangel an finanziellen Kräften!) Auch darüber werden wir uns noch zu unterhalten haben; es läßt sich aber nicht leugnen, daß es häufig am richtigen Mann am richtigen Platze fehlt. (Sehr richtig.) **Redner** wendet sich einigen in der „Frankfurter Volksstimme“ erschienenen Artikeln über die Parteipresse zu und stellt einige darin enthaltene Unrichtigkeiten richtig. Voraussetzung bei allen unseren Kämpfen ist, daß man abwägt, welche Kräfte uns zur Verfügung stehen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn man so verfährt, so ist der Sieg gewiß und die Genossen werden zu neuen Kämpfen ermutigt.

Audernfalls geht die Schlacht in den meisten Fällen verloren, und die notwendige Folge davon ist eine Entmutigung und eine Lähmung der Kräfte auf einige Zeit. Ein schiefes Bild aber wird gegeben, wenn man in einem solchen Artikel, wie in dem der „Frankfurter Volksstimme“, die Thatsachen unrichtig darstellt. So wird darauf hingewiesen, daß die Parteileitung die Subventionen nicht richtig vertheilt habe. Die Parteileitung habe, wenn ein sechsmal wöchentlich erscheinendes Blatt sich nicht rentirt habe, den Rath gegeben, das Blatt zu einem dreimal wöchentlich erscheinenden zu machen; der Artikelschreiber wollte die Parteileitung dadurch ad absurdum führen, daß er behauptete, die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter hätten größere Subventionen bekommen als die anderen. Letzteres ist unrichtig.

In diesem Augenblicke ist wieder von allen möglichen Aktionen und Transaktionen in der Presse die Rede. Genossen eines der größten Wahlkreise halten heute die Gründung eines Blattes für nöthig. Es ist uns gelungen, die Genossen zu überzeugen, daß sie mit der Gründung des Blattes noch eine Weile warten könnten. Unsere süddeutschen Genossen haben ebenfalls diesbezügliche Anträge gestellt; zu meiner Genugthuung kann ich konstatiren, daß die leitenden Genossen Wadens unseren Gründen zugänglich waren und ihr Lieblingsprojekt so lange vertagen wollen, bis die erforderlichen Vorbedingungen geschaffen sind. Nun zurück zum Artikel der „Frankfurter Volksstimme“. Der Vorschlag, den Posten eines Inspektors zu schaffen, der die Parteiorde bereisen und die Parteipresse kontrolliren soll (Auf: Parteigenos!) ist in der Parteileitung schon seit Jahren aufgetaucht, aber aus mannigfachen Gründen abgelehnt worden. Vor allen Dingen macht schon die Personenfrage unlösliche Schwierigkeiten. Die Partei verfügt über sehr wenig Leute, die für einen solchen Posten sich eignen; und wenn der Artikelschreiber höhnisch von dem Berliner „Dreigestirn“: Singer, Bamberger und Fischer spricht, so war die Parteileitung froh, wenigstens hier und da die Beihilfe des Dreigestirns in Anspruch nehmen zu können, das doch ohnehin durch seine Berufsthätigkeit voll in Anspruch genommen war.

Es werden dann in dem Artikel noch direkt an die Parteileitung mehrere Fragen gestellt. So wird die Zuwendung an Gießen und Mainz für Redakteurgehälter monirt, die unter dem Rubrum „Agitation“ aufgeführt wird. Wir haben stets die Meinung vertreten, daß wenn die Genossen an einem Orte glauben, die Agitation ohne Unterstützung nicht treiben zu können, dann geben wir die Unterstützung für die Agitation, ganz gleich in welcher Form sie erfolgt, und die Presse ist ja oft das einzige Agitationsmittel. So haben z. B. die Erfolge in Gießen, das einen Zuschuß von 80 Mk. statt 75 Mk. monatlich verlangt und erhalten hat, den Beweis erbracht, daß dies Geld nicht besser hätte angelegt werden können und daß die Rubrizierung dieses Zuschusses unter „Agitation“ vollaus berechtigt ist. (Sehr richtig!) Daß auch Mainz mit herangezogen ist, wundert mich. Die Vorgänge sind ja bekannt, ich habe keinen Anlaß, sie hier zu erörtern; jedenfalls verdienen die Mainzer Genossen für die Energie, mit der sie trotz der schwierigen Verhältnisse den Wahlkampf geführt haben, die volle Anerkennung der Partei und die Aufwendungen für das Mainzer Organ sind schon deshalb wohl zu rechtfertigen. (Zustimmung.)

Was mich wundert, ist, daß der Artikelschreiber die Zuwendung an die „Wiener Arbeiterzeitung“ bemängelt hat. Wenn diesmal keine Gründe für die Zuwendung an die österreichischen Genossen angegeben sind, so einfach deshalb nicht, weil die finanzielle Lage unseres Bruderorgans dieselbe geblieben ist, wie bei der ersten Zuwendung. Die Wiener Parteileitung brachte den unumstößlichen Nachweis, daß das bis dahin wöchentlich erscheinende Organ in ein Tagesorgan umgewandelt werden müsse. Wir haben uns keinen

Augenblick besonnen, aus Gründen der internationalen Solidarität unsere Bruderpartei nach Kräften zu unterstützen (Bravo!) und haben es für gänzlich ausgeschlossen gehalten, daß auch nur ein Genosse sich finden könnte, der hieran Anstoß nehmen würde. (Bravo!)

Diese Artikel in der Parteipresse haben eher zur Verwirrung als zur Klärung und Förderung der Agitation beigetragen.

Eine Artikelserie in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ verlangt, daß die Agitation die gegenwärtige aufsteigende wirtschaftliche Konjunktur zur Besserung der Einkommens-Verhältnisse der Arbeiter ausnütze. Gewiß ist auf einzelnen Gebieten des gewerblichen Lebens eine aufsteigende Konjunktur zu verzeichnen, andererseits aber ist die Textilindustrie, die sehr viele Arbeiter beschäftigt, bereits wieder im Niedergang begriffen. Ist es wirklich nöthig, die Alarntrommel zu rühren, um die aufsteigende Konjunktur für die Agitation, für die Koalitionsfreiheit, den Achtstundentag und ähnliche Forderungen zu rühren? Hat die deutsche Sozialdemokratie es jemals an der Agitation fehlen lassen? Sind wir nicht ununterbrochen thätig in der Agitation für das allgemeine Wahlrecht für alle Körperschaften, für das Koalitionsrecht, den Achtstundentag, wo sich nur irgend Gelegenheit bietet? Die Maifeier-Resolutionen betonen ausdrücklich die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und heben hervor, daß der Achtstundentag der Ausgangspunkt für die Maifeier ist. Was verlangt man denn also? Sollen neue Formeln gefunden werden, neue Entdeckungen gemacht werden? Oder soll auf einen dieser Punkte die ganze Agitation konzentriert werden? Eine Partei wie die unsere, die im Kampf liegt und allen Maßnahmen und Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft zu folgen und sich anzupassen gezwungen ist, muß ihren Blick auf das Ganze richten und darf ihre Kräfte nicht für einen Punkt erschöpfen.

Das einzige Mittel, die Agitation wirksam zu führen, bleibt nach wie vor die Organisation. (Sehr richtig!) In allen Anträgen, die darauf hinauslaufen, die Agitation zu fördern, wird verlangt, es sollen Agitationstouren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Aber wir können auch auf diesem Gebiete über eine natürliche Grenze nicht hinauskommen, die wiederum in den Personen liegt. Und wie zensiren die Genossen nachher die Reden? Da heißt es z. B.: Gegen den Genossen ist nichts einzuwenden, brav, tüchtig, gewissenhaft, für die kleinen Orte, draußen auf dem Lande ein vorzüglicher Redner, für uns in der Stadt nicht genügend! (Große Heiterkeit.) Wir können noch zufrieden sein, wenn wir von der Agitationstour mit der Zensur „gewissenhaft“ zurückkommen. Mehr als je ist gerade jetzt die unermüdbliche, Glied an Glied sich anreihende Organisation erforderlich. (Sehr richtig!) Freilich die organisatorische Arbeit ist eine mühsame. Genosse Zimm hat bei der Leitung des Konfektionsarbeiter-Streiks eigenthümliche Erfahrungen gemacht. Sie kennen ihn ja als einen außerordentlich geschickten und erfolgreichen Organisator — aber von dem großen Zulauf, der diese große Lohnbewegung der Organisation gebracht hat — wieviel ist davon geblieben: (Sehr wahr!) Gerade dieser Streik hat bewiesen, daß, wenn anders als auf die systematische Entwicklung der Arbeiterbewegung Hoffnungen gesetzt werden sollten, das die verheerendste Spekulation wäre, der sich die Partei hingeben könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf grund der bisherigen Taktik müssen wir unsere Agitation weiter führen, und wir werden gut dabei fahren. Wir können nicht die Partei mit Siebenmeilenstiefeln ausstatten, sondern wir müssen uns an den natürlichen Gang der Dinge halten. Einen Fatalismus, der am Ende daraus erwachen könnte, daß wir sagen: „Die wirtschaftliche Entwicklung wird alles von selbst machen“, weisen wir von uns. Dafür bürgt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Wir werden uns niemals dem blinden Schicksal überlassen,

sondern wir werden versuchen, selber die nöthigen Konsequenzen aus der wirtschaftlichen Entwicklung zu ziehen und im Interesse der Partei zu verwerten.

Singer macht den Redner darauf aufmerksam, daß die ihm geschäftsordnungsmäßig zustehende Redezeit abgelaufen sei. (Zuruf: Weiter reden!) Da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, wird dem Redner gestattet, noch weiter zu reden.

Pfannkuch: Der Rassenbericht zeigt Ihnen eine Ausgabe von 69 000 Mk. für die Parteipresse, 23 000 Mk. mehr als im vorigen. Diese Ziffern beweisen, daß der Presse von der Parteileitung volle Aufmerksamkeit zugewendet ist. Die Aufwendungen für die „Rheinische Zeitung“ beruhen auf dem Beschluß des Kölner Parteitages, sie können aber doch nicht auf unabhäufbare Zeit in derselben Höhe fortbauern. Die Kölner Genossen haben denn auf unsere Ermahnung hin sich dazu verstanden, andere Agitationseinrichtungen zu treffen, so daß eine Kürzung der Zuschüsse möglich ist und diese hoffentlich in Zukunft ganz werden fortfallen können.

Die Zuwendungen für das Breslauer Organ sind wohl auf die Thatfache zurückzuführen, daß wir unseren letzten Parteitag in Breslau abgehalten haben. Wir überzeugten uns in Breslau, daß für das Breslauer Organ in thatkräftiger Weise gesorgt werden müsse. Wir wollten das Experiment machen, durch eine große Aufwendung das Blatt auf eigene Füße zu stellen. Leider ist das Experiment nicht gelungen. Auch die Breslauer Genossen haben sich davon überzeugt, daß so hohe Aufwendungen auf die Dauer von der Partei für ihr Blatt nicht geleistet werden können. Es soll in anderer Weise versucht werden, das Blatt zu bilanzieren.

Die Steigerung der Einnahmen gegen das Vorjahr ist ja ein günstiges Ergebnis für die finanzielle Lage der Partei, stammt jedoch im wesentlichen aus den Ueberschüssen der rentirenden Parteigeschäfte. Die Parteiparte müssen den guten Willen mehr als bisher bethätigen und von ihren Ueberschüssen auch ab und zu eine Postanweisung an die Parteileitung schicken.

Im Bericht ist auf das von der Ethischen Gesellschaft ausgegangene Begnadigungsgesuch unserer im Essener Meineidsprozeß verurtheilten Genossen hingewiesen. Unsere Genossen stellen sich, wie nicht anders zu erwarten, auf den Parteistandpunkt: sie wollen keine Gnade wo sie ihrer Meinung nach zu unrecht verurtheilt sind, sie wollen ihr Recht. (Sehr richtig.) Die Sympathie der deutschen Arbeiterklasse ist eine ungeschwächte, sie betreibt mit allen Mitteln die Bewegung zu gunsten der Wiederaufnahme des Verfahrens, damit unseren verurtheilten Genossen Gerechtigkeit widerfährt. Wir haben ferner auf die vielen Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung hingewiesen und auf die vielen in letzter Zeit vorgekommenen Begnadigungen von Leuten, denen die Pflege des öffentlichen Sicherheits- und Wohlfahrtsdienstes oblag, und die bei der Ausübung dieser Dienstpflicht sich schwere Verfehlungen gegen strafgesetzliche Bestimmungen zu schulden kommen ließen. Weiter haben Begnadigungen von Leuten stattgefunden, die den sogenannten satisfaktionsfähigen Kreisen angehören und mit den Mordwaffen in der Hand vorgeschäfterweise einander das Lebenslicht auszublasken beabsichtigten. Die bürgerliche Presse hat sich ob der über solche Fälle ergangenen Begnadigungen ja in Lamentationen ergangen. Wir stehen solchen Lamentationen selbstverständlich kühl gegenüber, wir erblicken in diesen Begnadigungen ein Moment mehr im Gesamtbild der Erscheinungen am Schluß des Jahrhunderts, welches uns mit frohen Hoffnungen auf die uns bevorstehenden Kämpfe erfüllt. Wir sind der Meinung, daß jede vom Minister in Vorschlag gebrachte Begnadigung mehr als eine von der Parteileitung zu arrangirende Agitationstour aufwiegt (Sehr richtig!), und in diesem Sinne können wir uns über eine jede in diese Kategorie fallende Begnadigung nur freuen. Kampf bleibt die Parole, getreu unserer Tradition,

uns dem Gegner stellen da, wo er sich bietet. Leider haben wir ja die Erfahrung machen müssen, daß die Gegner mehr und mehr dem Kampf auf offenem Felde mit uns aus dem Wege gehen. Da aber, wo sie sich uns stellen, werden wir ihnen zeigen, daß wir unseren Mann wie bisher so auch in Zukunft stellen. Waffen für diesen Kampf werden die Ergebnisse der Beratungen dieses Parteitages unserem Arsenal zuführen. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht über die Kontrolle erstattet

Meister: Der schärfere Köllerrind hat die Thätigkeit der Kontrolleure begrenzt; durch Richterpruch ist das Institut der Kontrolleure aufgelöst. Betreffs der Buchhandlung „Vorwärts“ kann ich mittheilen, daß wir sie in voller Ordnung gefunden. Nach Auflösung des Parteivorstandes habe ich mit Frau Jekkin und Genossen Dubber auf Wunsch der Geschäftsleitung dieselbe nochmals revidirt. Wir haben den Beschluß des vorjährigen Parteitages, inwieweit die bei Bading hergestellten Druckfachen billiger hergestellt werden können, ausgeführt. Wir haben zu diesem Behufe bei sieben leistungsfähigen größeren Geschäften, darunter drei bürgerlichen, uns erkundigt und uns die Rechnungen einsenden lassen u. s. w. Wir sind auf grund dieser Ermittlungen zu folgendem Resumee gekommen:

Die von Bading berechneten Preise sind durchaus angemessen und es dürfte nicht möglich sein, die Druckarbeiten billiger herstellen zu lassen.

In betracht muß gezogen werden, daß die Verhältnisse an den verschiedenen Orten auch sehr verschieden gelagert sind und bei Beurtheilung der Berechnung der Herstellungskosten die dieselben begleitenden Umstände, als da sind: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und vor allem die die Preise sehr vertheuernde Nacharbeit, wohl in Rücksicht gezogen werden müssen.

Dagegen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, durch Verbesserungen im technischen Betriebe die Herstellungskosten eventuell zu ermäßigen und so empfehlen die Kontrolleure der neu zu wählenden Parteileitung, diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten.

Die bürgerlichen Firmen haben uns durchweg höhere Preise berechnet als Bading und zwar stellen sie diese Preise auch nur für Laganarbeit, während die Herstellung des „Vorwärts“ leider Nacharbeit erfordert. Ebenso fehlte bei den bürgerlichen Firmen jede Gewähr, daß sie die Bestimmungen des Buchdruckertarifs innehalten. Auch sonst sind die Einrichtungen bei Bading, hinsichtlich der Arbeitszeit u. s. w., durchaus empfehlenswerth. Wir haben infolge dessen mit bestem Wissen und Gewissen nicht zu einem anderen Vorschlag kommen können, als zu dem Ihnen in dem Resumee unterbreiteten.

Was die weitere Thätigkeit der Kontrolleure, die durch die Auflösung der Organisation unterbrochen wurde, anlangt, so ist nur eine Beschwerde an sie gelangt. Sie ging von einem Harburger Genossen aus, der sich über die Harburger Parteileitung beschwerte. Nach Prüfung der Sache konnten wir dem Harburger Genossen jedoch nicht recht geben, sondern hatten seine Beschwerde zurückzuweisen. Das ist der Bericht, den ich zu erstatten hatte. Im Anschluß hieran beantrage ich mit den bei der Revision mitwirkenden Genossen die Dechargeertheilung für die in betracht kommenden Parteibeamteten.

Vorsitzender **Singer:** Ueber den Bericht der Parteileitung soll nach dem gestrigen Beschluß in einzelnen Abtheilungen berathen werden.

Die erste Gruppe betrifft: „Allgemeines, Agitation und Wahlen“. Dazu gehören die Anträge: 29, 35, 36, 37, 38, 39, 53, 54, 57, 58, 59 und folgender von Berlin 4 gestellter Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen: vor Ausschreibung der nächsten Reichstagswahl das bestehende Reichstags-Wahlgesetz, mit entsprechenden Erläuterungen versehen, in Broschürenform drucken und während der Wahl-agitation besonders in den ländlichen Wahlkreisen vertheilen zu lassen.

Von der Berathung scheiden aus, da sie nicht genügende Unterstützung erhalten, die Anträge 29, 35, 38, 53, 57 und 59.

In der Diskussion über „Agitation“ spricht zunächst

Gewehr-Elberfeld: Den Optimismus der Parteileitung hinsichtlich der Agitation kann ich nicht theilen. Mit dem Hinweis auf die Dummheiten der Gegner allein ist es nicht gethan. Die Parteileitung hätte uns sagen sollen, was sie ihrerseits gethan hat. Was ist vor allem auf dem Gebiete der Agrarfrage geschehen, die doch nicht nur von der größten taktischen Bedeutung für die Partei ist, sondern auch die Genossen geistig fördert? Für die Wahl-agitation in den einzelnen Kreisen, namentlich in den reaktionären, zurückgebliebenen Theilen mußte die Parteileitung etwas mehr thun; namentlich mußten in solchen Gegenden von Zeit zu Zeit Agitationstouren veranstaltet werden. Dies geschieht jetzt nicht in ausreichendem Maße; so hat z. B. der Genosse Bue b sein uns gegebenes Versprechen, in die Rheinprovinz zu kommen, nicht gehalten. Die Genossen, die an der Spitze stehen, mußten Fühlung mit den Genossen im Lande nehmen, damit sie die Zustände an Ort und Stelle kennen lernen. Dann würden auch die Klagen darüber sich vermindern, daß die Vertrauensleute zu wenig Berichte an die Parteileitung einbringen. Den Antrag auf Herausgabe eines Agitationskalenders bitte ich mit Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten der Provinzen und mit Rücksicht darauf, daß einzelne Landestheile schon selbständig Kalender herausgeben, abzulehnen.

Adler-Galberstadt empfiehlt den Antrag 54. An die Landproletarier muß sich die Agitation wenden und zwar in ihrer Eigenschaft als Proletarier; nur muß mehr als bisher gethan werden. Vor allem handelt es sich um eine planmäßige Agitation unter den Landarbeitern. Besonders wirksam läßt sich die Gesinde-Ordnung verwenden. Gerade die Buntschekigkeit der Gesinde-Ordnungen giebt interessantes Material. Beständig muß gegen die Gesinde-Ordnung und die übrigen Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter protestirt werden. Dadurch werden wir uns die Sympathie der Landarbeiter erwerben, die uns heute noch vielfach fehlt, weil die Landarbeiter glauben, wir thäten nicht genug für sie. Ein weiteres wichtiges Agitationsmittel sind unsere Programmpunkte: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung. Durch die Annahme des Antrags 54 kann ein Stückchen praktischer Agraragitation getrieben werden. Bei ihren nächsten Interessen müssen wir die Landarbeiter packen. Wenn wir kommen und ihnen sagen: Wir wollen die Gesinde-Ordnung von Deinem Rücken nehmen, wir wollen dafür sorgen, daß, wie es leider oft der Fall ist, nicht mehr der ganze Jahreslohn für Arzt und Apotheker ihm genommen werde, dann versteht er uns, wir haben einen Anknüpfungspunkt, und hat er uns erst einmal den kleinen Finger gegeben, so haben wir bald die ganze Hand.

Sichorn-Dresden will die Agitation namentlich durch Verbreitung der Parteipresse gefördert wissen. In der jetzigen wahllosen Zeit herrscht bei uns in Sachsen auf dem Lande Unbefriedigung hinsichtlich der Agitation. Ein und wieder kommt ja ein Abgeordneter und macht eine Agitationstour; Diebknacht war da und auch Bebel, nur Grillenberger hat im letzten Augenblick abgesagt. Eine Verbreitung der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wird frisches Leben hineinbringen.

Fraukwein-Dueblinburg empfiehlt die Annahme des Antrags 54. Seit Jahren wird die Nothwendigkeit der Landagitation betont, und trotzdem ist bisher nur wenig in dieser Beziehung geschehen. Durch die Landagitation wird zugleich die Frauenagitation befördert, da es zahlreiche weibliche Landarbeiter giebt. Wenn man die wunden Punkte aufdeckt, so wird man in der Landagitation etwas erreichen.

Weinheber-Hamburg tritt für die Annahme des Antrags 58 ein. Unter den Eisenbahnarbeitern ist eine Bewegung entstanden, die auch bereits zum Zusammenschluß der Leute in Halle, Magdeburg, Leipzig und Hamburg geführt hat. Eine Organisation ist vorhanden, sie muß nur noch weiter ausgebaut werden. Unter den Eisenbahnarbeitern befinden sich recht intelligente Leute. Thun wir jetzt etwas für die Bewegung, so werden wir später unsere Freude daran haben.

Voigt-Berlin begründet den Antrag Berlin 4.: Die ländlichen Arbeiter sollen etwas mehr mit der Kenntniß der Gesetze vertraut gemacht werden. Dagegen sei der Antrag 54 schwer durchführbar.

Groth-Kostock: Nach meiner Meinung umfaßt der Antrag 54 zu viel einzelne Punkte. Wir müssen zunächst versuchen, die Landbevölkerung auf den Weg einer zielbewußten Agitation zu bringen. Hier müßte die Parteileitung mehr als bisher thun, denn gerade auf diesem Gebiete läßt sich mit genügenden Geldmitteln etwas erreichen. So wird es z. B. oft nöthig sein, Genossen an einen bestimmten Ort zu entsenden, um geeignetes Material zu sammeln. Nur dann, wenn die Parteileitung in dem von mir angedeuteten Sinne verfährt, wird der Antrag 54 Erfolg haben. Ich ersuche Sie unter diesem Gesichtspunkte den Antrag anzunehmen.

Schrader-Dsnabrück: Die Wünsche, einen bekannten Reichstags-Abgeordneten als Redner zu erhalten, stammen in der Regel aus in der Agitation zurückgebliebenen Gegenden und sind durchaus berechtigt. Es ist das System unserer Gegner, die bekannteren Genossen zu verleunden und nur ihr persönliches Erscheinen kann diese Lügen beseitigen. Es ist besser, wenn die bekannten Genossen in kleinen Orten reden, als daß sie Versammlungen in den großen Städten abhalten. Die Lüge, daß Bebel Rittergutsbesitzer sei (Große Heiterkeit) war in unserer Gegend den Leuten von unseren Gegnern so fest eingeredet worden, daß Mollenbuhr bei seiner Agitationstour überall auf diesen Glauben stieß und ihn nicht beseitigen konnte und wenn er auch mit Engelszungen geredet hätte. — Redner tritt im übrigen für den Antrag 54 ein.

Bueb-Mühlhausen verteidigt sich gegen den von Gewehr erhobenen Vorwurf. Sein Versprechen, nach dem Rheinland zu kommen, habe er wegen Erkältung nicht halten können. Er werde es nunmehr nachholen.

Bär-Crefeld schließt sich der Forderung, daß die bekannteren Abgeordneten ihre Kräfte mehr für die persönliche Agitation im Lande zur Verfügung stellen sollen, an. Wenn Bebel sein Versprechen, nach dem Rheinlande zu kommen, das er vor 7 Jahren gegeben habe, nicht erfüllt habe, so sei es nicht unbescheiden, wenn die rheinischen Genossen es wenigstens jetzt verlangten. Gegenüber der rührigen Agitation der rheinischen Zentrumsparthei sei das besonders erforderlich.

Serlach-Wanzleben: Nicht die zurückgebliebenen Kreise sind es, welche die Paraderferde verlangen, sondern die Industriebezirke, trotzdem dieselben über andere Redekräfte verfügen. Er erwartet, daß der Antrag 54 bezüglich Abschaffung der Gesinde-Ordnung angenommen und eine planmäßige Agitation betrieben wird; ferner, daß seitens des Parteivorstandes eine Statistik der Uebergriffe der Herrschaft gegen das Gesinde zusammengestellt werde.

Stadthagen: Ich empfehle Ihnen zunächst die Annahme des Antrags 36. Es ist namentlich wünschenswert, daß möglichst bald eine Broschüre erscheint, die in gedrängter Kürze eine Geschichte der Partei giebt. Wir haben ja schon vor einigen Jahren gehört, daß ein solches Werk im Unternehmen war; die Ausführung ist aber bisher unterblieben, da der Vorstand mit zu vielen anderen Fragen beschäftigt war. Was die Anträge 37 und 54 bezüglich der Herausgabe einer Broschüre über die Gesinde-Ordnung betrifft, so ist ja schon auf dem Breslauer Parteitag ein ähnlicher Beschluß

gefaßt worden, den aber der Vorstand nicht ausführen konnte, weil inzwischen die Verathungen über das Bürgerliche Gesetzbuch stattfanden. Der bei dieser Gelegenheit von uns gestellte Antrag auf Aufhebung der Gefinde-Ordnung ist leblich durch die Freisinnigen gescheitert. Wäre dieser Antrag angenommen worden, so wäre die Broschüre überflüssig geworden. Man kann also dem Vorstand aus der Nichtausführung des Beschlusses keinen Vorwurf machen, zumal da in der Broschüre verschiedene Punkte hätten behandelt werden müssen, die inzwischen durch das Bürgerliche Gesetzbuch erledigt sind. Ich fasse den Antrag so auf, daß in der Broschüre die Ausnahmerechte gegen das Gefinde, z. B. die Beschränkung der Koalitionsfreiheit, das Ausnahmerecht gegenüber der Kranken- und Unfallversicherung behandelt werden sollen. Namentlich mußte darauf hingewiesen werden, daß das ganze Verhältniß des ländlichen Arbeiters nach der Gefinde-Ordnung eine sklavenähnliche Stellung gegenüber der Herrschaft ist. Eine bloße Veröffentlichung der 100 verschiedenen Gefinde-Ordnungen wäre nur Papierverschwendung. In dem von mir angedeuteten Sinne werde ich selbst demnächst eine Broschüre veröffentlichen und hierbei auch auf die Haltung der Freisinnigen bei Verathung unseres Antrages auf Aufhebung der Gefinde-Ordnung eingehen. Die Forderung des Antrages 54, daß die Presse den Gefinde-Ordnungen mehr Beachtung schenken soll, wird heute schon theilweise erfüllt, so z. B. von der „Magdeburger Volksstimme“, dem „Hamburger Echo“, der „Gleichheit“ u. a. Ich wünsche ja auch, daß die Presse in dieser Beziehung mehr als bisher thut, aber mit Beschlüssen ist da nichts zu machen. Ich kann mir nicht denken, daß irgend ein Redakteur solche Artikel ablehnen würde. Von oben herab darf man keine Agitation inszeniren, sondern man muß es dem Einzelnen überlassen, Material zu sammeln und bei Gelegenheit zu verwerthen. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge 37 und 54 dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung und der Heilmittel bitte ich nicht in den Antrag aufzunehmen, denn das ist kein Agitationsstoff.

Zu Antrag 54 wird von Bebel das Amendement gestellt, statt „im Laufe des nächsten Jahres“, „bei erster Gelegenheit“ zu sagen.

Hilf-Anstadt wünscht einen billigen Kalender für die Landagitation; er wird besonders dort gute Dienste leisten, wo die mündliche Agitation durch die Behörden unmöglich gemacht wird.

Wfarr-Berlin legt ebenfalls Nachdruck auf Landagitation und tritt für Antrag 54 ein.

Hauze-Sferlohn erklärt, das Mandat mitbekommen zu haben, auf jeden Fall einen der ersten Parteigenossen mitzubringen. (Heiterkeit.) In allererster Linie solle er den Bebel mitbringen (Heiterkeit); wenn das nicht ginge, dann wenigstens den Liebknecht (Große Heiterkeit); und wenn auch der nicht kann, dann solle er zum mindesten dafür sorgen, daß Singer oder Auer komme. (Große Heiterkeit.) Viel Nutzen bringen diese großen Redner aber auch nicht; wenn sie weg sind, bleiben die Versammlungen wieder leer. Redner will gleich Stadthagen Antrag 54 dem Vorstande zur Berücksichtigung überweisen.

Müller-Ramenz (sächsischer Lausitz): Uns stehen so wenig Lokale zur Verfügung, daß eine Agitationstour von 14 Tagen, wie sie uns empfohlen wurde, sich gar nicht ermöglichen läßt. Dagegen ist es durchaus notwendig, daß bekannte Genossen hin und wieder eine Versammlung am Sonntag im Kreise abhalten. Geschieht dies nicht, so verpumpt das Parteileben in den kleinen Orten leicht, der Opfermuth schwindet, die einzelnen Persönlichkeiten, die immer am Orte sind, leben sich ab. Das Auftreten eines bekannten Genossen aber frisch das Parteileben wieder auf. — Redner spricht sich gegen einen einheitlichen Landagitations-Kalender aus, der die besonderen Verhältnisse der Provinzen, auf die es gerade ankommt, nicht berücksichtigen könne. — Auch

von der Herausgabe eines Flugblattes für die Eisenbahn-Arbeiter verspricht sich Redner nicht viel. — Für die Landagitation ist die Forderung unentgeltlicher ärztlicher Hilfeleistung ohne agitatorischen Werth.

Wbler-Galberstadt konstatiert mit Genugthuung, daß der Antrag 54 allseitig Verständniß und Anklang gefunden hat. Man solle eine Probe mit seiner Durchführung machen. Seine einzelnen Punkte seien vorzügliche Agitationsmittel, auch die unentgeltliche Heilhilfe. Redner bittet um Ablehnung der Amendements Stadthagen und Bebel. Ein klarer Beschluß thue noth.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort in Bezug auf den bisher verhandelten Theil hat

Pfannkuch: Mit Ausnahme von Gewehr ist allseitig anerkannt, daß in Bezug auf die Agitation die Parteileitung ihre Schuldigkeit gethan habe. Die Agrarfrage hat erfreulicherweise den diesmaligen Parteitag nur hinsichtlich der Verhältnisse der Landarbeiter und der Gefinde-Ordnung beschäftigt. Der Antrag 54 kann nur mit dem Bebel'schen Amendement angenommen werden; es können im Laufe des nächsten Jahres Verhältnisse eintreten, die die Durchführung der verlangten Agitation unmöglich machen. Was den Berliner Antrag 91 anlangt, so ist eine Erläuterung des Reichstagswahl-Gesetzes mit Reglement nicht erforderlich, da es klar genug ist. Der Antrag auf Herausgabe eines zur Landagitation geeigneten billigen Kalenders erübrigt sich; eins scheidet sich nicht für alle, und die Parteileitung hat die Mittel für eine notwendige Agitation noch nie verweigert. Was das Flugblatt für die Eisenbahn-Arbeiter betrifft, so haben die Hamburger Genossen gewiß nicht die Absicht gehabt, dadurch die Arbeiter der Eisenbahn-Werkstätten zu organisiren, denn das ist eben so schwer wie die Organisation der Arbeiter des Königs Stumm. Wohl aber wird es gelingen, dadurch die Agitation zu fördern, zumal wie ich aus eigener Erfahrung weiß, unter den Eisenbahn-Arbeitern sich ein Stamm bewährter Genossen befindet, die auf ihre Kollegen agitatorisch einwirken können. Deshalb dürfte es sich wohl empfehlen, diesen Antrag dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Gewehr, daß er der Parteileitung einen Vorwurf wegen lässiger Agitation nicht habe machen wollen.

Es wird nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Singer konstatiert, daß der Parteitag Kenntniß von dem Resumé der Kontrolleure über die Belassung der Druckarbeiten bei Bading genommen hat, und daß damit die Angelegenheit erledigt ist.

Angenommen werden die Anträge 36, 58 und 91; der letztere mit einem Amendement, wonach an Stelle der Worte „mit entsprechenden Erläuterungen versehen“ gesagt wird „und Wahreglement“.

Die Anträge 37 und 54, letzterer nach Annahme des Amendements **Bebel**, werden der neuen Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 39 wird abgelehnt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Nachmittags 3 Uhr eröffnet **Singer** die Sitzung. Es wird die Debatte über den Theil des Geschäftsberichts eröffnet, der sich auf die Presse bezieht, in Verbindung mit den Anträgen 31, 32, 33, 34, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52 und 74. Weiter der Antrag **Schredt-Wiesefeld**, unterstützt von **Hoffmann-Berford**, **Riesel-Berlin**:

Der Chefredakteur des „Vorwärts“ ist alljährlich auf dem Parteitag zu wählen.
und der Antrag der Berliner Delegirten:

Um den Anforderungen an die Presse, welche die Ausdehnung unserer Partei und die Konkurrenz der gegnerischen Presse steigert, Rechnung zu tragen, beantragen die Unterzeichneten:

der Partei-Ausschuß und die demnächst stattfindende Preßkonferenz wolle die Durchführung nachstehenden Antrages in Erwägung ziehen: Dem „Vorwärts“ ist wöchentlich eine wissenschaftliche Beilage beizugeben, welche u. a. eine Uebersicht über hervorragende wirtschaftliche Vorgänge und eine technische Rundschau enthalten soll; den übrigen Parteiblättern, welche diese Beilage ihren Lesern bieten wollen, mögen annehmbare Bedingungen gemacht werden.

Keine Unterstützung finden die Anträge 32, 33, 41, 46, 48, 92. Der Antrag 50 ist in folgender veränderter Fassung eingebracht:

Der Parteitag möge beschließen, in Erwägung, daß für Karlsruhe und das badische Oberland ein täglich erscheinendes Organ immer mehr als unabweisbares Bedürfnis empfunden wird, wird die Parteileitung beauftragt, sich dieserhalb mit den badischen Genossen in Verbindung zu setzen und die etwa noch erforderlichen Zuschüsse zur Gründung eines solchen Organs aus Parteimitteln darlehnsweise zur Verfügung zu stellen.

Als erster Redner ergreift das Wort **Duarc**: Ein paar Worte über das, was Pfannkuch über die Artikel der „Frankfurter Volksstimme“ gesagt hat: Der Verfasser derselben ist der kaufmännische Leiter der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse Sydow. In den Artikeln, die ich zu vertreten nicht berufen bin, ist aber doch manches enthalten, was der Diskussion werth ist. Bezüglich der Subvention an Gießen hat Sydow nur bemängelt, daß sie nicht unter „Redaktionssubventionen“ gebucht worden.

Leider bin ich nun genöthigt, da mir jede andere Gelegenheit abgeschnitten ist, auf die Preßkämpfe, die ich in der letzten Zeit mit verschiedenen Parteiblättern geführt habe, einzugehen. Ich habe ganz entschiedene Verwahrung und Beschwerde einzulegen gegen die Polemik in verschiedenen Parteiblättern, die weit alle Grenzen sachlicher Polemik überschreitet. Ich erwähne kurz die Behandlung meines Artikels im „Handelsangestellten“, Johann vor allem die Artikel der „Magdeburger Volksstimme“ gegen mich. Der Verfasser, Genosse Schmidt, hat mir den schlimmsten Vorwurf gemacht, den man einem Genossen machen kann: Ich hätte die Bearbeitung der Fabrikordnungen davon abhängig gemacht, daß ich das nöthige Geld dazu gebe; ich hätte also die Sache ganz kapitalistisch ausgebeutet. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Unterlage. Genosse Schmidt hat sich dann sehr lahm herauszureden versucht, daß ihm die Thatfachen unbekannt gewesen seien; sie seien ihm im Fraktionszimmer anders dargestellt; die Parteileitung habe ihre Hand von mir abgezogen und werde auf dem Parteitage schon die Gründe dafür angeben; er hat es aber nicht für nothwendig gehalten, auch nur den allerelementarsten Ausdruck des Bedauerns hinzuzufügen, während er gegen antisemitische Blätter fortwährend in den schärfsten Ausdrücken, wie z. B. Verleumderblatt, polemisiert. Alles, was in dieser Beziehung gegen mich vorgebracht ist, ist absolut nicht stichhaltig. Ich habe auch nicht die geringsten finanziellen Vorbedingungen gestellt; nur als mir die Arbeiten über den Kopf wuchsen und als ich sah, daß die Sache über meine Kräfte ging, habe ich eine kleine Subvention für einen Mitarbeiter verlangt, der die Excerpte anfertigte; das Geld ist mir eine Zeit lang gewährt und dann nicht mehr bezahlt worden. Ich habe dann meinen Mitarbeiter aus meiner Tasche mit dem, was ich durch Arbeiten für die Parteipresse verdiente, bezahlt, so daß jetzt die Fabrikordnungen im Hohen ausgearbeitet sind.

Und da muß ich mir gefallen lassen, daß ein Genosse schreibt, ich hätte die Bearbeitung der Fabrikordnungen vom Gelde abhängig gemacht.

Was den „Vorwärts“ betrifft, so mache ich ihm keinen Vorwurf daraus, daß er in bezug auf meine Vorschläge anderer Meinung war; daß er aber gleich im ersten Artikel von Frankfurter Pfadfindern sprach, die dazu beitragen würden, daß die ganzen Gewerkschaften in die Luft gesprengt werden, und daß er in diesem Ton fortfuhr, das muß ich vor den Parteitag bringen, da mir eine andere Genugthuung nicht geworden ist. Ich hätte gewünscht, daß der Streit beigelegt worden wäre. Ich habe schon längst vor der Erklärung im „Vorwärts“ in Frankfurter Versammlungen gesagt, wenn es nach meinem Wunsch ginge, so würde die schmutzige Wäsche nicht auf dem Parteitag gewaschen, sondern die Sache wäre vorher aus der Welt geschafft worden. Ich bin kein Freund von solchen Beschwerden, ich habe auch in der Debatte immer meinen Mann gestellt; aber nachdem jetzt die bekannte Besprechung in Berlin stattgefunden hat und der Friede gewissermaßen auf meine Kosten geschlossen ist, bin ich dazu gezwungen. Die Ausfälle gegen mich wurden in der Erklärung mit keinem Worte erwähnt. Was hätte es denn geschadet, wenn in der Erklärung gestanden hätte, man war sich auch darüber einig, daß es nicht nothwendig war, diese persönlichen Angriffe gegen Genossen in der Polemik vorzubringen? Damit wäre die Sache erledigt gewesen.

Selbstverständlich habe ich auf die Artikel im „Vorwärts“ erwidert, aber ich habe niemals gegen die Personen, die gegen mich im „Vorwärts“ aufgetreten sind, auch nur das geringste einzuwenden versucht; das ist eine unwürdige Kampfweise, die ich verächtlich habe, die aber im „Vorwärts“ nicht vermieden ist. Wie ferner der „Vorwärts“ mit meiner Berichtigung verfahren ist, ist Ihnen bekannt. Es wurde so dargestellt, als ob ich schon schwanger ginge mit der Begründung eines Gewerkschaftsblattes, und diese ganze Sache entpuppte sich später als ein Briefwechsel mit Repler, den ich gar nicht kenne und dem ich meine Ideen auseinandersetzte, weil er sich an mich gewandt hatte. Ich berichtigte das im „Vorwärts“, der dann einfach schrieb: Durch die Berichtigung des Genossen Duarc wird unsere Darstellung nur bestätigt. Was soll man angesichts einer derartigen Polemik machen! Der „Vorwärts“ hat gegen mich noch zwei fernere Invektiven gerichtet, einmal, indem er schrieb, ich gehöre einer Schicht sozialpolitischer Reformer an, mit denen ich heute noch mehr in Verbindung stehe, als bloß persönlich. Mit dem Ausdruck sozialpolitischer Reformer sollte ich heruntergezogen werden als jemand, der nicht ganz auf der Höhe der sozialpolitischen Bewegung steht. Als ich fragte, was eine mehr als persönliche Verbindung mit einer Schicht sozialpolitischer Reformer bedeuten solle, sind nur faule Ausreden gemacht worden, aber irgend eine bündige Antwort, ob damit vielleicht eine finanzielle Verbindung gemeint sei, ist mir nicht geworden. In Nummer 191 des „Vorwärts“ ist dann der schwere Vorwurf gegen mich erhoben worden, der mit der sozialpolitischen Debatte nichts zu thun hat: Ich und meine Freunde machten fortwährend in den Gewerkschafts-Versammlungen falsche Darstellungen über die Stimmung in den politischen Parteien. Das ist doch gewiß einer der schlimmsten Vorwürfe, der einem Parteigenossen gemacht werden kann, daß er Anstrieden zu stiften und zu hegen sucht. Auch dafür ist ein Beweis nicht erbracht, und der Verfasser hat sich trotz meiner Aufforderung bis heute noch nicht genannt, obgleich der „Vorwärts“ in Aussicht stellte, daß der Mann seine Sache vertreten würde. Infolge dessen ist mir vorgeworfen, ich wollte eine Art von Zeugnißzwang für die Partei einführen; es ist mir unbegreiflich, wie man das aus meinen Worten herauslesen kann. Ich habe nur verlangt, daß ein Genosse, der solche Pfeile abschießt, nach den in der Partei herrschenden Begriffen seine Sache auch persönlich vertritt. Ich habe garnicht verlangt, daß die Redaktion des

„Vorwärts“ mir den Verfasser nennt, sondern ich habe nur von ihm als Genossen gefordert, daß er persönlich hervortritt und seine Angriffe vertritt. Das ist doch ein durchaus gerechtes Verlangen. Das sind im großen und ganzen meine Beschwerden. In weiten Parteikreisen ist man mit mir der Meinung, daß das Verhalten des „Vorwärts“ nicht schön war, daß es an das Verhalten der Gegner gegen uns, an ihre Kniffe und Piffe erinnert hat. Jedenfalls ist dadurch die sachliche Diskussion verborgen worden, andere Parteiblätter, wie das „Echo“ haben dagegen durchaus sachlich debattiert. Öffentlich bezeichnet der Parteitag das Verhalten des „Vorwärts“ als ungehörig. (Beifall.)

Bunte-Dortmund: Die Dortmunder Genossen fühlen sich beschwert, daß der Verlag der „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg.“ sich gegen die von den Dortmunder Genossen gewählte Preßkommission nicht entgegenkommend gezeigt hat. Auch einen mit den lokalen Verhältnissen nicht vertrauten Redakteur hat man uns hingeschickt, obwohl die Dortmunder Genossen einen geeigneten Mann vorgeschlagen hätten. Dadurch wird die Preßkommission zur bloßen Dekoration, und der Parteitag muß hier Remedur schaffen.

Gerisch-Hamburg: Unter den Einnahmen ist ein Betrag von 18388 M. verzeichnet, den unser Engels der deutschen Sozialdemokratie vermachte hat; zu der deutschen Sozialdemokratie rechnen wir auch unsere österreichischen Genossen. Um so leichter waren wir bereit, der österreichischen Sozialdemokratie die Hälfte der Erbschaft etwa zuzurechnen. Was nun Duarc betrifft, so hat er Recht, wenn er sich gegen Genossen Schmidt in Magdeburg wendet. Der Genosse Duarc hat beantragt, ihm den Zuschuß für eine bestimmte Zeit zu bewilligen, und die Parteileitung ging darauf ein; hätte Duarc nur ein Wort darüber geschrieben, daß er den Hilfsarbeiter noch weiter brauche, so würde die Parteileitung sicherlich keinen Anstoß genommen haben, ihm den Zuschuß auch weiter zu bewilligen.

Die vom Genossen Bunte indirekt gegen mich als Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ erhobenen Vorwürfe haben bereits den diesjährigen westfälischen Parteitag in Witten beschäftigt. Es wurde dort eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt und diese Kommission hat einstimmig erklärt, daß ich im Interesse der Partei gar nicht anders handeln konnte, wie ich gegenüber den Vorschlägen der Preßkommission gehandelt habe. Dieser Erklärung der Kommission ist der westfälische Parteitag mit allen gegen die Stimmen der Dortmunder Genossen — die aber in der Streitsache Partei waren — beigetreten. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Frohne: Ich habe Stellung zu nehmen gegen die „Neue Welt“ bezw. ihren gegenwärtigen Redakteur, Genossen Edgar Steiger. Sie kennen seine Polemik mit Genossen Bérard vom „Hamburger Echo“ hinsichtlich dessen, was Genosse Steiger die „neue Kunst“ nennt. Wenn Genosse Steiger sich herausgenommen hat, mit souveräner Verachtung von dem mangelnden Verständnis der Hamburger Arbeiterchaft zu reden, so kann man mit ihm nicht ernsthaft reden. Wir sind keine Anstandsdueler; aber es ist doch unlegbar, daß die neue Richtung in mancher Beziehung auf Abwege gerathen ist, die Geschmach und Anstand verletzen. Wenn Genosse Steiger behauptet, daß das „Echo“ noch im vierzehnten Jahrhundert lebt, noch hinter den Moralbegriffen der bürgerlichen Gesellschaft zurückbleibt, so will ich ihm nur vorlesen, was ein hervorragender Vertreter des deutschen Naturalismus in der „Hamburger Freien Volksbühne“ über jene Art des Naturalismus sagt, die im Schmutzwatet, das sexuell Gemeinste, das psychiatrisch Kränkste schildert. Dabei scheint mir Genosse Steiger eines festen Standpunktes in dieser Frage noch vollständig zu entbehren. In seinen Artikeln finden sich die allerbedenklichsten Widersprüche. Jedenfalls ist es sehr übel von ihm angebracht, vom hohen Parapferde herab zu sprechen. Die „Neue Welt“ muß so gehalten werden,

wie es den geistigen Bedürfnissen der Leser, vor allem der Leserinnen entspricht. Die Parteigenossen haben Kinder, die auch etwas von der Lektüre der Eltern profitieren sollen. In weiten Parteikreisen ist nun die Meinung verbreitet, daß man sich die „Neue Welt“ jetzt immer erst genau ansehen muß, bevor man sie den Kindern giebt. (Zustimmung.) Es ist unbefriedigbar, daß die „Neue Welt“ unter der Redaktion Steiger's das sexuell Gemeine in den Vordergrund gestellt hat, daß Schilderungen darin waren, die allen Anstandsbegriffen Hohn sprechen. (Sehr richtig!) Es ist die allerhöchste Zeit, daß der Parteitag hiergegen sein Veto einlegt. (Bravo!) Wenn Steiger und seine literarischen Freunde ihren Naturalismus, der sich rühmt, über jeder Partei zu stehen, bethätigen wollen, mögen sie es thun, wo sie wollen, aber außerhalb der „Neuen Welt“. Das Blatt gehört der Partei; es erfordert hohe Kosten, die sich auf 48000 M. pro Jahr belaufen werden. Dies Geld darf nicht ein Privilegium, ein Unterstützungsfond für Naturalisten werden. Wir wollen nicht, daß man in unseren Unterhaltungsblättern in den Ton der frömmelnden Moral verfällt; wir sind keine Spießbürger, das weiß jeder, der uns genau kennt, wie weit wir davon entfernt sind. (Geiterkeit!) Aber der Parteitag wird sich ein Verdienst um unsere Presse erwerben, wenn er dafür sorgt, daß die „Neue Welt“ nicht ein Probirfeld für die naturalistische Richtung ist. Sie kann sich bethätigen, aber nicht auf Kosten der Partei. Von allen Seiten kommen Beschwerden über die „Neue Welt“. Vorläufig begnüge ich mich mit diesen Andeutungen und warte ab, was Genosse Steiger zu sagen hat. Ich bitte ihn aber schon jetzt, nicht in den Ton seiner literarischen Polemik zu verfallen, nicht persönliche Invektiven zu drescheln. (Ho!) Gewiß! Wie hat er den Genossen Bérard angegriffen; wie hat er gehöhnt über die Erziehung der Hamburger Arbeiterchaft! Nur der Genosse Steiger und die „Leipziger Volkszeitung“, die erziehen die Leipziger Arbeiter zur wahren Kunst! (Geiterkeit.) Ich beneide die Leipziger Arbeiter nicht um diese ihre Erziehung. (Lebhafte Geiterkeit und Beifall.)

Schöpflin-Frankfurt a. D.: Als Bürstenbinder-Geselle will ich nicht den Anspruch machen, ein besonderer Kunstkenner zu sein. Aber auf mich hat die Haltung der „Neuen Welt“ einen abschreckenden Eindruck gemacht. Uneheliche Beilagen haben wir auch sonst noch in unserer Parteipresse. Ich erinnere an die Beilage zum „Proletarier“. Redner tritt für die Anträge 34, 45 und den abgeänderten Antrag 50 ein und führt Beschwerde über die Polemik der „Magdeburger Volksstimme“ gegen den Genossen Guth in Brandenburg.

Snauff-Neinickendorf bekräftigt den Antrag, dem „Vorwärts“ eine wöchentliche wissenschaftliche Beilage zu geben und führt Beschwerde über den Nichtabdruck von Mittheilungen von Genossen im „Vorwärts“.

Bérard-Hamburg: Nicht wir haben die Preßkampagne wegen der „neuen Kunst“ inszenirt, sondern Genosse Steiger hat uns provoziert. Ueber die „Neue Welt“ hat Frohne ja schon das Erforderliche gesagt. Der Roman von Hans Band „Der neue Gott“ wird von manchen Genossen geradezu als eine Verhöhnung der Sozialdemokraten aufgefaßt. Aber noch viel schlimmer ist die „Mutter Bertha“ (Geiterkeit), in die Genosse Steiger sich ganz besonders verliebt hat. (Große Geiterkeit.) So was darf überhaupt nicht vorkommen. Ein so heroischer, muthiger Charakter, wie die Mutter Bertha, verkehrt mit dem Kerl, der ihr unsittliche Anträge macht, ganz anders: die giebt ihm ein paar Ohrfeigen, daß er hintorkelt und dann ist die Sache abgemacht. (Große Geiterkeit, Zuruf: Das ist wahre Realistik!) Am Schluß wird die Sache geradezu lächerlich. In einer früheren Nummer befindet sich ein Artikel zu einem Bilde, der anfängt: Kunst ist nicht Kunst! Wenn man ihn von vorn bis hinten durchliest, weiß man immer noch nicht, was Kunst ist. In Nr. 40 kommt der liebe Herrgott 48 Mal vor und in Nummer 41 noch 32 Mal. (Geiterkeit.) Ein

Hamburger Arbeiter spricht in einem Eingefandt dem „Hamburger Echo“ seinen Dank aus für die Kritik gegen die „Neue Welt“, aus der nur eine entsetzliche Mittelmäßigkeit spricht, verbunden mit der krankhaften Sucht, den Proletarierinnen die Folgen unserer wirthschaftlichen Misère so kraß wie möglich auszumalen. Das ist die Meinung der überwiegenden Mehrheit, zum mindesten der Hamburger Genossen.

Redner begründet hierauf den Antrag auf Reduzirung der „Neuen Welt“ auf acht Seiten. Früher kam das Blatt bei acht Seiten für 11 Mark per Tausend gerade auf die Kosten; jetzt macht jedes Tausend 4 Mark Defizit. Wenn das in nächsten Jahre so weiter geht, so stellt sich ein Defizit von 46—48 000 M. heraus. Ein so großer Aufwand für ein einzelnes Blatt wäre nicht zu verantworten. Da hätten wir nicht nöthig gehabt, den „Sozialdemokrat“ eingehen zu lassen, um nun einen neuen Defizitmacher zu schaffen. Ferner ist zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten wünschenswerth, daß die Redaktion sich am Druckorte befindet. (Zustimmung.)

Bär-Gresfeld schließt sich den Angriffen gegen die „Neue Welt“ an. Es sei einfach langweilig, wenn ein Affekt durch mehrere Nummern breitgetreten wird. Die „Neue Welt“ sei ein Unterhaltungsblatt für die Arbeiter und nicht bloß für Herrn Steiger. Den Antrag 31 bittet Redner anzunehmen; es sei nothwendig, daß nicht nur der „Vorwärts“, sondern alle Parteiblätter zu den für die Partei wichtigen Fragen Stellung nehmen.

Stein-Ganau stellt die Nothwendigkeit der Gründung einer Art periodischer Flugschrift zur Aufklärung der Landbevölkerung in der Gegend von Hanau dar, wo man mit einer rein politischen Zeitung nicht auskommen könnte. Die Schrift solle den Bauern unentgeltlich zugestellt werden. Es empfehle sich auch für andere Gegenden ebenso zu verfahren.

Krumm-Wehlar wünscht, daß die Anträge 34 und 51 der Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen werden; der Antrag 50 sei dagegen sehr bedenklich. Redner rügt den Ton der Polemik des „Vorwärts“ gegen Duart.

Scheidemann-Gießen weist darauf hin, daß die große Mehrzahl der kleinen Parteiblätter nicht nur finanziell schlecht steht, sondern auch infolge der Zersplitterung der Kräfte inhaltlich nichts bietet. Diesem Uebelstande ließe sich durch eine Zentralisirung abhelfen. Die Blätter, die auf der Höhe der Zeit stehen, könne man an den Fingern beider Hände abzählen. Die „Leipziger Volkszeitung“ z. B. entspreche dem, was sich Redner unter einer guten Zeitung vorstellt. Man brauche nicht zu fürchten, daß durch das Eingehen einiger Blätter Genossen brotlos werden, da diese sehr wohl den Nachrichtendienst übernehmen könnten. Der Nachrichtendienst in unserer Presse sei schlecht, so bringe z. B. der „Vorwärts“ oft Mittheilungen über ausländische politische Ereignisse, die erst bürgerlichen Blättern entnommen sind. Durch Annahme des Antrages 34 ließe sich diesem Uebelstande wohl abhelfen.

Günther-Braunschweig: Wenn ich die lange Liste der Zuschüsse für die Parteipresse aus der Parteikasse lese, dann ergreift mich eine gewisse Wehmuth, daß das Braunschweiger Blatt nicht darunter ist. (Große Heiterkeit.) Ich wünsche ja, daß auch in Zukunft das Blatt keine Zuschüsse nöthig hat. Mögen die Genossen, das sage ich in Bezug auf die Kritik am „Vorwärts“ und an anderen Parteiblättern, klug werden und nicht gegen einander heßen. Redner warnt vor neuen Blattgründungen, vor allem von sechsmal erscheinenden Blättern.

Bruhns-Breslau wendet sich gegen die Ansicht, als habe die „Breslauer Volkswacht“ in diesem Jahre einen so hohen Zuschuß erfordert, weil dort der letzte Parteitag stattgefunden habe. Das Blatt habe vielmehr infolge der Verfolgungen, denen es in stets steigendem Maße ausgesetzt sei, große Schulden gemacht. Im letzten Jahre seien allein 53 Prozeßprozeße gegen die

„Volkswacht“ angestrengt, dazu kommen die eigenartigen Verhältnisse in Breslau, wo eine Parteibewegung wie in anderen großen Städten nicht möglich sei. Die Genossen, die von Oßen kommen und in Breslau die ersten Grundzüge des Sozialismus in sich aufnehmen, folgen bald dem Zug nach dem Westen, und so sei es nicht möglich, einen genügenden Stamm bewährter Genossen dort großzuziehen. Eine Verbilligung des Organs habe auch nicht die gewünschten Folgen gehabt. Breslau habe nicht etwa, wie man meinen könnte, jetzt noch große Summen zur Verfügung (Heiterkeit). Es sibe vielmehr auf dem Trockenen und werde bald überhaupt auf ein eigenes Organ verzichten müssen, wenn es nicht von der Partei genügend unterstützt würde. (Hört! hört!)

Steiger-Leipzig: Es ist gerade kein erhebendes Gefühl, das erste Mal, wo man auf einem Parteitage als Redner auftritt, von der Anklagebank aus sprechen zu müssen. Frohme und Bérard sprachen von der allgemeinen Mißstimmung über die „Neue Welt“. Ich wußte genau, was ich that, als ich sehr langsam, vorsichtig und sachlich in die Bahnen moderner Kunst einlenkte. Ich wußte, wie schwer ein solcher Sprung ist, in einer Zeit, wo das ganze bürgerliche Lager noch immer an den Knochen, nicht etwa der wirklich klassischen Literatur, sondern ihrer Nachtreter herumragt. Wo plötzlich eine neue Kunst geboren wurde, waren die Geburtswehen groß und Ausbreitungen unausbleiblich. Ich habe mich vielmehr gewundert, daß die „Neue Welt“ überhaupt noch Abonnenten hat, wo der eigene Verleger die Redaktion seines Blattes in Versammlungen und in der Presse so hinstellt, als wollte sie das ganze Volk vergiften. Da ist es wahrlich ein Wunder, daß ein Arbeiter das Blatt überhaupt noch liest! Aber trotzdem hat mich die ganze Polemik gefreut; sie beweist die wunderbare Stärke unserer Partei. Es fragt sich nur, ob bei einer solchen Agitation etwas herauskommt. Frohme beklagt sich über die Polemik, die ich geführt habe. Wie soll ich polemisieren? Bleibe ich sachlich und nenne ich keine Namen, so heißt es; ich spreche in vornehm erhabenen Ton der Unfehlbarkeit. Werde ich angegriffen und antworte nicht etwa so, wie man in dem Wald hineingerufen hat, sondern vielmehr als ganz sanftes Echo — ich meine nicht das „Hamburger Echo“ (Heiterkeit) — dann heißt es auf einmal, der Steiger wird persönlich. Gegen mich wurden Ausdrücke gebraucht wie Lektüre für blasierte Wüßlinge. Es wurde gesprochen von überspannten Köpfen, von Narren, von Leuten, welche ihre geistlosen Erzeugnisse in der „Neuen Welt“ als Ablagerungsstätte unterbringen wollen. Darauf habe ich höchstens mit den Ausdrücken Philister und Spießbürger geantwortet. Ich frage Sie, welche Ausdrücke am Plage sind, wenn man in dieser Weise angegriffen wird. Frohme tadelt es, daß ich bloß meine Artikel zusammengestellt habe und betont demgegenüber, daß die Hamburger die ganze Polemik veröffentlicht hätten. Merkwürdig, die beiden letzten Artikel, in denen ich auf einige Grundfragen, die im Hamburger „Echo“ erörtert wurden, antwortete, wurden nicht abgedruckt, sondern es wurde so dargestellt, als ob das Hamburger „Echo“ das letzte Wort gesprochen und ich keine Antwort gefunden hätte. Das ist also die Polemik, die Frohme mir als Muster vorhält! Hätte man einen objektiven Bericht beiderseits gebracht, so stände sicher alles darin; so aber habe ich, wie ich in der Vorrede ausdrücklich konstatierte, nur meine Meinung veröffentlicht, in der Erwartung, daß die Hamburger sich hier ebenso wehren, wie sie es in der Presse gethan haben.

Bei der ganzen Polemik haben die Hamburger die moderne Richtung und die „Neue Welt“ verwechselt. Das sind zwei himmelweit entfernte Dinge; ich habe nie den Standpunkt vertreten, als ob alles, was die Modernen geschrieben hätten, etwa wirklich geistige Nahrung für das Volk wäre. Ich weiß, daß in einer Zeit der Dekadence, der Selbsterziehung der bürgerlichen Gesellschaft, in diesem Todesringen einer dem Untergange geweihten Gesellschaft

soviel Schmutz aufgewirbelt wird, daß die Phantasien solcher blasirten Wüstlinge nicht vor das arbeitende Volk gehören. Aber es verhält sich gerade umgekehrt, wie Frohme es darstellt. Er behauptet, zuerst hätte man die junge Richtung freudig begrüßt und nachher seien die Ausschreitungen gekommen. Jeder, der die moderne Richtung verfolgt hat, weiß jedoch, daß es hier ebenso gegangen ist, wie bei allen großen literarischen Revolutionen, daß immer die Ausschreitung als natürlicher Gegenschlag gegen die vorherige moralische Versumpfung der Kunst erfolgt ist im Anfang der Bewegung und daß sich daraus nachher eine wirkliche wahre Kunst entwickelte. Man sagt, ich hätte die „Neue Welt“ zu einem Tummelplatz für literarische Experimente gemacht. Wo habe ich das gethan? Nirgends. Ich wollte in der „Neuen Welt“ das Beste bieten, was die lebende Kunst hervorgebracht hat, soweit es uns bei den beschränkten Finanzen möglich war. Dieses Beste ist aber ein neues.

Gerade Wahrheitsmuth ist es, der die neue Kunst auszeichnet. Sie schildert den Tod, das Verderben, sie hängt dem Laster kein moralisches Mäntelchen um. Sie verfährt nicht wie jene leichte Lügenkunst, die das Laster lebenswürdig entschuldigt, sie wischt der Welt die Schminke aus dem Gesicht, nimmt ihr die Larve ab und zeigt überall die Todes Symptome der bürgerlichen Gesellschaft. Nun sagen die Genossen: Die neue Kunst erhebt nicht, sie sucht mit Vorliebe häßliche Stoffe auf. Es ist aber eine Erscheinung, die sich in der Kunst vom grauesten Alterthum bis in die neueste Zeit findet, daß die Kunst gerade die furchtbarsten Ereignisse als Gegenstand ihrer Darstellung wählt. Was kann furchtbarer sein, als ein Menschenmord, wo der Mensch das Unnatürlichste thut, nicht neues Leben zu verbreiten, sondern Leben zu vernichten. Warum stellt ihn die Kunst aber dar? Weil bei solchen Thaten die geheimsten Triebfedern in der Menschenbrust sich am deutlichsten zeigen; die Dichter wollen, wenn sie einen Mord schildern, nicht sagen: Gehet hin und bringt einen Menschen um.

Kedner geht nun dazu über, einzelne Vorwürfe Berard's zurückzuweisen. Er nimmt den Roman „Der neue Gott“ von Hans Land in Schutz und sieht in ihm nicht eine Verhöhnung der Sozialdemokratie, sondern eine Schilderung der verruchten gesellschaftlichen Verhältnisse, die Tausende ins Verderben führen, um in uns die Entrüstung über solche Verhältnisse zu wecken. Wenn die antike Kunst nicht so detaillirt in der Schilderung des Grausigen war, wie die moderne, so geschah es, weil die Kunstmittel noch nicht da waren, so zarte und nuanzirte Stimmungen hervorzurufen, wie es die neue Kunst vermag. Hier könnten unsere Genossen, die sich auf ihre darwinistische und materialistische Weltanschauung berufen, einmal zeigen, ob sie sie wirklich besitzen. Die Widerspiegelung der kleinsten Regung der Menschenseele basiert auf der großen Rolle der Naturwissenschaften in der Gegenwart. Das Mikroskop hat sozusagen uns eine neue Welt eröffnet, hat uns die moderne Kunst gegeben. Während wir in den früheren Jahrhunderten immer in die Unendlichkeit, in das Himmelszelt mit der Sternenvelt hinausschauten, senkt man sich jetzt in das Kleinste des Kleinen und entdeckt da ebenso große Wunder, wie in dem unendlich Großen. Die Kunst hat diesem Triebe Folge geleistet; sie versenkt sich auf einmal in die geringste Menschenseele. Ja, die Kunst ist demokratisch geworden, man braucht keine Könige mehr auf der Bühne, man braucht keine Fürsten, keine Barone und Grafen in den Romanen; jetzt ist der Arbeiter oder wer es sei, jeder Mensch ganz losgelöst von seiner sozialen Stellung ein gleich interessantes Objekt. Wir entdecken in ihm ganz dieselben Leidenschaften und verfolgen sie. Allerdings müssen wir da, wenn wir bei den Lichtseiten des Lebens diese feine Analyse machen, auch das Laster ebenso genau schildern; denn sonst würden wir lügen und die Menschen bereits jetzt zu Engeln machen. Ich habe in der Diskussion ganz genau herausgeföhlt, daß leider immer der Standpunkt ver-

treten wird, die Kunst sei dazu da, entweder zu belehren oder in dem gewöhnlichen Sinne zu erheben. Das hat Genosse Berard gethan, als er die viel geschmähte „Mutter Bertha“ gegen mich von den Todten herauf beschwor. In „Mutter Bertha“ sei kein verfühnendes Moment. Man lang die gewaltige, niederschmetternde Tragik nicht ertragen, sondern steht immer noch auf dem Standpunkt — ich kann nicht anders sagen — des Traktätchenlesers, der immer am Schluß einen gebesserten Menschen verlangt. (Lebhafte Aulse: Sehr richtig! Sehr unrichtig!) Sie müssen sich am Ende kriegen! (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Wie tragisch und erhehend ist der Schluß der Mutter Bertha! Sie thut das höchste, was eine Mutter für ihr Kind thun kann, aber sie ist eben nur eine Kellnerin, sie hat ein uneheliches Kind — ja, ich kann nichts dafür. (Stürmische Heiterkeit.) In diesem Weibe ist die größte Weiblichkeit und der größte Heroismus verkörpert. Als ihr Kind auf dem Todtenbette liegt, als es ausgegeben ist, und da die Nachbarin kommt und ihr von dem Quacksalber erzählt, der es retten würde — ist es da wunderbar, daß sie nach dem Strohalm greift? Und nun tritt ihr dieser miserable Wüstling entgegen und fordert als Preis für ihr gerettetes Kind ihren Leib, ihre Ehre, und sie opfert es mit dem festen Entschluß, für immer allem Lebensglücke für sich zu entsagen und nur ihrem Kinde zu leben, und als das Kind stirbt, da geht sie mit ihm in den Tod. Das ist eine so gewaltige Seelenthat, so erschütternd, daß ich nicht begreifen kann, wie man darüber zu lachen wagt. (Lebhafte Zustimmung.) Sonst kommen wir auf den Standpunkt, daß wir wieder die vornehmen Herren, die Großen und Mächtigen der Erde brauchen. Ich finde, wenn eine Kellnerin, wenn ein Mädchen aus dem Volke am Schluß für ihr Kind in den Tod geht, so ist das ein Heroismus sondergleichen, der nur Achtung verlangt.

Als ich in die moderne Richtung einlenkte, da wußte ich ganz genau, daß es sich um eine Erziehung des arbeitenden Volkes zur Kunst überhaupt handelt. Die Frage: „moderne Kunst“ spielt darum gar keine Rolle, weil trotz allem und allem ich immer wieder sagen muß: Heute haben wir tatsächlich keine andere Kunst, als die moderne. Die anderen, sie mögen ganz wohlwollende Schriftsteller sein, aber Künstler, die das Leben den Lesern oder Zuhörern im Theater vor Augen stellen, sind sie nicht, sie sind Nachahmer einer vergangenen Kunstperiode. Wie müssen wir nun, sagte ich mir, die Erziehung des Volkes zur Kunst gestalten? Genosse Frohme meint, ich hätte damit die Hamburger Arbeiter beleidigt. Ich frage ihn, wo er das gefunden hat, ich habe nie einen Arbeiter beleidigt. Ich habe in meinen Artikeln ausdrücklich nur mein tiefes Bedauern ausgesprochen, daß die schlechten ökonomischen Verhältnisse den Arbeiter hindern, an den Genüssen der Kultur und deshalb auch an der Kunst theilzunehmen. Erst in zweiter Linie habe ich auch die Frage gestreift, ob es bisher nicht schon möglich gewesen wäre, durch Hinderung der Verbildung in künstlerischer Beziehung das Volk zu bewahren vor einem Rückfall in veraltete Anschauungen, die nirgends mehr in der Welt getheilt werden, vor der Anschauung, die Kunst solle belehren, anstatt daß sie das Lebensbild lebendig vor Augen stellt, damit jeder voraus ablese, was er für sich brauchen kann. Es gab nun zwei Wege: entweder man stellte die ganze moderne Kunst (und ich meine nicht etwa diese geschlechtlichen Probleme, auf denen immer herumgeritten wird, als ob die moderne Kunst das wäre), dem Volke vor Augen. Diese Ohrfeige verträgt es heute noch nicht. Hier gilt es pädagogisch vorzugeben und nach und nach den Arbeiter daran zu gewöhnen, und zwar nicht nur die Frauen, denn die Kunst ist durchaus nicht bloß für die Frauen. Wenn ich diesen Einwand höre, kommt es mir fast so vor, als höre ich richtige Bourgeois: Ja, für die Frauen ist es immer noch gut genug! Das heißt das weibliche Geschlecht, das Sie

in der Theorie immer gleichstellen, beleidigen. (Lebhafter Beifall.)
 Nein, die moderne Kunst wendet sich an den ganzen Menschen, gleichviel ob
 Weib oder Mann, und wenn man von Künstlerziehung spricht, so fragt es sich
 bloß, an welches Niveau der Arbeiterchaft man anknüpfen soll. Ich meine
 nicht etwa den besseren oder den weniger besseren Sozialdemokraten, von dem
 heute schon die Rede war, denn den kenne ich nicht. Ich meine, daß es bei
 uns ebenso gut wie in allen Gesellschaften eine Reihe von Leuten giebt, die
 sich für die Kunst interessieren, und eine andere Reihe, die theils durch ihre
 ökonomische Lage, durch ihre Ueberbürdung mit den alltäglichen Arbeiten oder
 durch ihre politische Thätigkeit nicht dazu kommen können, sich in der Welt
 der Kunst umzusehen. Es fragt sich, wie wir diese alle unter einen Hut bringen
 können. Sollen wir z. B. auf das Bildungsniveau der großen Arbeitermassen
 in den katholischen Bezirken Bayerns oder des Rheinlands Rücksicht nehmen?
 Würden wir ein Blatt gründen, das dort Anklang findet, so kämen die
 Arbeiter der Städte und würden sagen: was für einen Schmarrn bietet Ihr
 uns da. Wenn wir umgekehrt, so wie ich es versuchte, anknüpfen an die in
 künstlerischer Hinsicht fortgeschritteneren Elemente, die in den Städten Ge-
 legenheit haben, etwas Schönes zu sehen, so werden natürlich immer wieder
 Klagen einlaufen. Ja, das Blatt paßt für uns nicht. In unseren Kreisen
 verstehen die Leute das nicht. Nicht etwa, daß Sie es nicht lesen können im
 eigentlichen Sinne des Wortes, aber im tieferen Sinne können Sie es nicht
 lesen. Denn die Kunst, künstlerisch zu lesen, das heißt nachzuspüren und
 nachzufühlen, ist eine schwere. Da habe ich mir denn doch gesagt, du machst
 es, wie es die politischen Agitatoren unserer Partei gemacht haben. Was
 wäre aus unserer Partei geworden, wenn Lassalle sich bei seinen politischen
 Reden und in seinen Broschüren an das Auffassungsvermögen der allergrößten
 Masse gewendet hätte? (Sehr gut!) Er hätte gar nichts erreicht, denn wenn
 er hätte hinabsteigen müssen auf das damalige tiefe Bildungsniveau, dann
 hätte er, anstatt die Leute zu bilden, sie festgenagelt auf ihrem damaligen
 geistigen Tiefstand. Statt dessen trat er ihnen entgegen, ausgerüstet mit der
 ganzen Wissenschaft seines Jahrhunderts, und suchte in möglichst gemein-
 verständlicher Form, aber ohne in einen Kalenderstil zu verfallen, ihnen die
 Wahrheiten des Sozialismus auseinanderzusetzen. Und wir sehen den Erfolg:
 Es hat Arbeit gekostet, jahrzehntelange Arbeit, aber heute haben wir eine
 Arbeiterchaft, die ihren Lassalle lesen kann, und an diese Leute habe ich
 gedacht, als ich mir mein Kunstprogramm ausklügelte. Ich mag hier und da
 in der Auswahl des Stoffes nicht das richtige getroffen haben, aber wenn
 man immer nach allen Seiten schauen muß und trotzdem sein Kunstideal fest-
 halten will, so ist es sehr schwer, hier oder da nicht Anstoß zu erregen.
 Man redet sehr viel von der Mittelstraße, aber man vergißt, daß diejenigen,
 die sie in diesen Fragen beschritten haben, heruntergerutscht sind. Merkwürdiger-
 weise merkt das „Hamburger Echo“ gar nicht, daß das von Bernard verlesene
 Eingefandte ihnen zuerst Bravo zuruft und hinterdrein sagt: Im Grunde
 genommen seid ihr ja auch so häßliche Menschen wie der Steiger. (Geisterheil.)
 Ihr habt ja auch so verfluchten Blunder, denn meine Frau hat mir gesagt,
 das sind ja alles Tüfteleien. Hinter der Frau steht vielleicht eine Schwägerin,
 künstlerisch noch etwas weniger gebildet und hinter dieser noch eine, die es ganz un-
 begreiflich findet, daß die „Neue Welt“ nicht Schundromane nach Art der
 blauen Hefte vom blutigen Knochen bringt. Auf diese Weise gerathen wir
 auf eine schiefe Ebene, auf der es kein Halt mehr giebt. Ich habe es tief
 bedauert, daß man mir deshalb bei dem Streben, das Volk, das Jahrhunderte lang
 von der Kunst ausgeschlossen war, zur Kunst zu erziehen, Verachtung gegen
 die Arbeiter untergeschoben und Ueberhebung vorgeworfen hat.

Noch einige Worte über die Moralität. Es wurde immer davon

gesprochen, daß die alten Klassiker, die ebensolche Scheusale und Verbrecher
 darstellen, wie die modernen, nur daß es dort Könige und hier ganz gewöhn-
 liche Menschen sind, eine sittliche Tendenz gehabt haben. Ich traute meinen
 Ohren nicht, als ich dies Urtheil über die Modernen hörte. Ich will nur auf
 Gerhards Hauptmann hinweisen, den ich für den größten lebenden deutschen
 Dichter halte. Wer seinen „Sonnenaufgang“ gelesen hat, in dem der Fluch
 des Alkoholismus geschildert ist, wer seine „Weber“ gelesen hat, in denen er
 das Elend des arbeitenden Volkes so drastisch zum Ausdruck bringt, daß der
 Zuschauer vor Empörung und Entrüstung aufschreit und, wenn anders er ein
 Menschenherz in der Brust trägt, mit dem Bewußtsein nach Hause geht, daß
 dieser Zustand, den wir ja heute noch in anderer Weise wahrnehmen, nicht
 fortbauern kann, wer seinen „Biberpelz“ gelesen hat, in welchem er die Justiz,
 wie sie da und dort gehandhabt wird, mit blutiger Fronte geißelt (sehr gut),
 so frage ich, ob das keine höhere Sittlichkeit ist. Freilich giebt es Leute,
 die immer wollen, daß der Hauptheld der sogenannte Tugendfakel sei, der auf-
 schreit: Ja liebes Publikum, bring keinen Menschen um! Das ist der alte
 Standpunkt. Wer den verläßt, dem geht es wie dem denkenden Sozial-
 demokraten mit der heutigen Welt. Er sieht sie vor sich in ihrer Scheußlichkeit,
 er sieht vor sich die Noth, das Elend, den Kampf ums Brot, das Unterliegen
 tausender von Existenzen, das Zugrundegehen. Und vom Künstler verlangt er
 hernach, daß er jedem solchen Wilde aus dem Wege laufen und ja nicht etwa
 einen Arbeiter schildern soll, dessen Thaten im Widerspruch mit seiner Theorie
 stehen. Unsere Arbeiterchaft ist doch wohl geschult und gebildet genug, um
 zu begreifen, daß die heilige Sache, für die wir alle kämpfen, nicht davon
 abhängt, ob der eine oder andere ein schwacher Mensch ist mit Gebrechen und
 Lastern, ob da oder dort ein räudiges Schaf herumläuft. Nein, die große
 Sache wird durch solche Existenzen immer und wieder bestätigt, und man darf
 von der Kunst nicht verlangen, daß sie nur Arbeiter „in Frack“ schildert, wie
 sie zufällig auf einer Rednertribüne auftreten, sondern die Kunst hat auch hier
 die furchtbare Wahrheit zu vertreten und jeden bis ins Haus zu verfolgen und
 zu schildern, wie er dort ist.

Die Kunst ist mir das Zweite, für das ich leben und sterben möchte.
 In erster Linie liegt mir an der großen Befreiung des arbeitenden Volkes aus
 ökonomischer Noth. In zweiter Linie aber schon jetzt an der Emporhebung
 des Volkes, damit es theilnehmen kann an den Kulturgenüssen. Denn Sie
 dürfen nicht vergessen, welchen Zielen wir alle zustreben. Wir wollen, daß
 das arbeitende Volk die Führung übernimmt auf allen Gebieten des Lebens
 (sehr richtig!) und das wollen wir nicht durch Vernichtung früherer Kulturen,
 damit wir nachher aus dem Nichts etwas schaffen, sondern wir wollen alles
 Gute und Schöne und die ganze Fähigkeit, dieses Gute und Schöne zu
 genießen, herübernehmen aus den früheren Gesellschaften und hinlegen auf den
 Tisch des arbeitenden Volkes, damit dies als der große Kulturkämpfer der
 Gegenwart das Kulturerbe der Gegenwart übernehmen kann und den großen
 Aufgaben, die ihm bevorstehen, gewachsen sei, damit es nicht im Frohdienste
 verkrümmert, sondern damit wir alle ganze Menschen werden. Dafür kämpfe
 ich, und in diesem Kampfe bitte ich Sie, mich zu unterstützen. (Lebhafter
 Beifall und Händeklatschen.)

Von Scheuing (Frankfurt a. M.) und Genossen ist noch folgender
 Antrag eingegangen:

Der Parteitag spricht dem „Vorwärts“ und dem Abgeordneten
 Schmidt-Magdeburg seine Mißbilligung darüber aus, daß sie in der Genera-
 lschaftsdebatte sachlich ungerechtfertigte, persönliche Angriffe gegen den
 Genossen Duard gerichtet haben.

Timm-Berlin begründet den Antrag 93, der aus dem Gesichtspunkt gestellt ist, daß der „Vorwärts“ der Ausdehnung unserer Partei und der Konkurrenz der bürgerlichen Blätter wegen seines Inhalts in der angedeuteten Form erweitern muß. Die wirtschaftliche Beilage der „Leipziger Volkszeitung“ hat vielen Beifall gefunden. Der Plan ist nicht undurchführbar und der Partei-Ausschuß soll ihn ernstlich in Erwägung ziehen.

Nun zu Genossen Duard. Genosse Duard kennt doch die Parteigeschichte, wer ist nicht schon in der Parteipresse so wie er behandelt worden? (Heiterkeit.) Es ist also überflüssig, daß er mit seinen Beschwerden vor den Parteitag tritt. Ich könnte mich auch über das Frankfurter Blatt, dem Genosse Duard nahe steht, beschweren. Ein Artikel, den ich ihm als Erwiderung auf einen von Dr. Duard gegen mich gerichteten schickte, ist nicht aufgenommen, eine Postkarte nicht beantwortet worden. (Hört!) Was nun den Ton in der Parteipresse anlangt, so hätte auch ich Grund zur Klage. Der alte Refler hat mich in seinem „Bauhändler“ angezapft; als ich ihm eine Berichtigung schickte, nahm er sie nicht auf, sondern vermöbelte mich in einer Briefkastennotiz aufs neue. (Heiterkeit.) Nun, ich beruhigte mich, ich dachte, na, dem alten Refler macht das wohl Freude. (Große Heiterkeit.) Wenn hier und da im Parteileben ein scharfes Wort fällt, so liegt kein Anlaß vor, den Parteitag in Bewegung zu setzen, daß er seine Mißbilligung darüber ausspricht. Genosse Duard braucht nicht anders behandelt zu werden, als jeder andere Sterbliche. (Sehr richtig!) Würden wir als Arbeiter dem Parteitag mit solchen Beschwerden kommen, wir würden einfach ausgelacht werden. (Gebastete Zustimmung.) Die „Vorwärts“-Artikel über den Duard'schen Vorschlag sind durchaus sachlich gehalten. (Zustimmung und Widerspruch.) Unschädllich war nur der Vorwurf, daß Genosse Duard noch mit bürgerlichen Sozialreformern in Verbindung steht. Ich habe aber an dieser Stelle, die der „Vorwärts“ ja auch später richtig stellte, nichts anderes gelesen, als daß damit ausgesprochen werden sollte: Der Duard ist noch nicht fertig (Große Heiterkeit) als Sozialdemokrat. Daß er hinterher noch eine Extrabesteinigung vom Parteitag verlangt, halte ich für höchst überflüssig. (Beifall.) Wir haben dem „Vorwärts“ immer vorgeworfen, daß er zu neu auftauchenden Fragen im Parteileben nicht Stellung nimmt. Hier geschah es, und wir Berliner waren sehr erfreut darüber. In der Debatte wurde dem Genossen Duard nichts Unanständiges weiter gesagt. (Duard: Doch!) Das muß sich jeder gefallen lassen, der mit neuen Vorschlägen (Rufe: Mit alten!) hervortritt. Duard macht es in der Polemik ja auch nicht besser. Auf dem Kongreß der Handelsangestellten in Berlin hat er sich sehr spizig und ironisch über die Berliner Parteigenossenschaft geäußert. Berlin thut seine Schuldigkeit in vollem Umfange, das zeigen die Lohnbewegungen dieses Jahres, sowie der Klassenbericht der Parteileitung und die Agitation in der Provinz Brandenburg. Duard's ironische Bemerkungen haben uns auch gekränkt, und wenn es überhaupt bei uns Mode werden sollte, daß der Parteitag einzelne Ausdrücke zensirt, dann muß er in erster Linie eine ganze Parteigenossenschaft gegen derartige Angriffe in Schutz nehmen. (Beifall.) Aber ich wünsche nicht, daß es Mode wird und bitte Sie deshalb, alle Anträge, die auf einen Tadel des „Vorwärts“ in dieser Hinsicht hinauslaufen, abzulehnen. So wichtig ist doch Duard's Person nicht, daß für ihn etwas ganz besonderes gebraten werden muß. (Gebasteter Beifall.)

Schmidt-Berlin III: Anlaß zu unserem Antrag (81) hat die Gewerkschaftsfrage und die bayerische Frage gegeben. Wenn man nun dagegen einwenden will, daß der „Vorwärts“ als Zentralorgan in Streitfragen der Partei neutral sein müsse, so müssen wir dagegen einfach einwenden, daß der „Vorwärts“ auch das Zentralorgan der Berliner Parteigenossen ist und daher als solches Stellung nehmen muß.

Robert Schmidt-Berlin V: Genosse Rnauff beklagte sich über den „Vorwärts“ wegen Nichtaufnahme einer Notiz; sie hätte, gering eingeschätzt, dem verantwortlichen Redakteur sechs Monate wegen Polizeibeleidigung eingebracht. Das schien uns die Sache nicht werth. Wir sind ja wohl auch nicht nach Gotha gereist, um uns zu sagen, was der „Vorwärts“ aufgenommen hat und was nicht.

Nun zu der Angelegenheit Duard. Er hat in richtiger Erkenntniß der Situation, in der er sich befindet, die sachliche Polemik aufgegeben und sich über den Ton beschwert, in dem gegen ihn geschrieben worden ist. Diese sentimentale Taktik mag ganz geschickt sein. Sachlich ist sein Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage nicht zu halten; da wendet er sich nun an das Mitleid der Parteigenossen. Der Ton in unserem Parteileben ist, das gestehe ich, oft sehr derb. Ich bedauere diesen Ton aber nicht. Wir erziehen keine Salonsozialisten, wir sprechen keine Salonsprache, wir haben die Sprache des Arbeiters. Wie viele haben sich nicht schon beklagt, daß Bebel oder Auer sie schlecht behandelt haben. Hätten sie in der Sache Unrecht bekommen, dann stimmen sie ein lautes Wehgeschrei über den Ton an. (Sehr richtig!) Dasselbe Spiel sehen wir auch heute. Wie verhält sich nur die Sache? Der erste Artikel in der Duard'schen Angelegenheit erschien am 24. Juli im „Vorwärts“. Er war in absolut sachlicher Form gehalten. (Widerpruch und Zustimmung.) Daß Duard ein Pfadfinder genannt wird, ist doch keine Beleidigung. Es war nur nicht richtig, denn wirklich neues boten die Duard'schen Vorschläge nicht. In der Erwiderung Duard's kamen aber genug persönliche Angriffe vor und als solche darf ich wohl bezeichnen, wenn er sagt, der „Vorwärts“-Kritiker unterschleibe ihm etwas, wenn er die Loyalität der Kritik bezweifelt? Und da verlangt nun Duard, daß sich der „Vorwärts“ in Abwehr berechtigter Forderungen nicht seiner Haut wehren soll. Auf dem Zentralorgan darf doch nicht jeder Genosse Holz hacken!

Wir haben aber auch alle Veranlassung, uns die Person Duard's anzusehen. Sein Auftreten in der Gewerkschaftsbewegung muß uns doch sehr mißtrauisch machen. (Sehr richtig!) Noch in den Jahren 1891/92 greift der Mann in der unpolitischen „Kaufmännischen Presse“ die Sozialdemokratie an. In der von ihm redigirten „Kaufmännischen Presse“ vom 27. August 1892 war zu lesen:

„Sozialdemokratische Vorkruse“. Wie wir bereits in der jüngsten Nummer unseres Blattes berichtet, soll am 11. September ein Kongreß sozialdemokratischer Handlungsgehilfen in Berlin abgehalten werden. Um Theilnehmer für denselben zu gewinnen, wird jetzt in allen deutschen Ländern die Werbetrommel gerührt. So fand auch am 23. dieses Monats in unserer Stadt eine sozialdemokratische Versammlung statt, zu welcher durch 10 000 Flugblätter und Annoncen die hiesigen Handlungsgehilfen eingeladen waren; trotz alledem beteiligten sich nur ca. 100 von den 16 000 Handlungsgehilfen Frankfurts. Die Tagesordnung lautete: „Verkürzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe“, Referent war auch hier Herr Julius Türk aus Berlin; und am Schluß heißt es — ich will das weitere nicht verlesen —: diese Vereine (die Vereine unter der Führung Duard sind gemeint) sowie ihre Verbände haben thatsächlich bereits Erfolge erzielt, welche der Sozialdemokratie, die sich erst seit einigen Jahren, und zwar unberufenerweise der Handlungsgehilfen annimmt, fast gänzlich mangeln. (Hört! hört!)

Der Parteigenosse Duard wird uns allerdings sagen: Das ist im Jahre 1892 geschehen. Ich bin jetzt zu einer anderen Anschauung gekommen! Gut, das erkenne ich an. Aber ich weise darauf hin, wie sonderbar es doch berührt, daß der Parteigenosse, der 1892 diesen Standpunkt hervorkehrte, der bis Ende 1893 in der „Frankfurter Zeitung“ war, 1894 als sozialdemokra-

tischer Delegirter erscheint, Mitglied der Agrarkommission wird (Geiterkeit) und anfangs 1895 ist er schon Reichstags-Kandidat für Wiesbaden. (Geiterkeit.) Ja, Parteigenossen, ist das möglich für einen Arbeiter? (Lebhafte Beifall.) Es ist aber ein Zug bei unseren Parteigenossen, daß sie alles in die Partei aufnehmen, jeden mit offenen Armen empfangen, der nichts anderes in die Partei mitbringt, als vielleicht eine verfrachtete bürgerliche Existenz und den Titel „Doktor“! (Lebhafte Beifall.) Damit muß es aufhören. (Lebhafte Beifall.) Ich bin nicht der Mann, der eine Rede hält für die schwierige Faust. Mir ist jeder Akademiker genehm und als Genosse gleich, der ehrlich mitarbeitet und sich als zuverlässig erweist; aber eine Zeit der Probe muß er durchmachen, daß man Vertrauen in seine Zuverlässigkeit gewinnt. (Sehr richtig!) Nachdem Duard in seiner bürgerlichen Existenz Fiasko gemacht hatte, war er, wenn er nur eine gewisse Bescheidenheit und journalistisches Anstandsgefühl besessen hätte, gezwungen, ganz ruhig die Gewerkschaftsbewegung den Weg gehen zu lassen, den sie von ihren alten Führern gewiesen erhalten hat. Die unpolitische kaufmännische Bewegung, die Duard bisher protegirt hat, hat allerdings ganz falsch angenommen, daß er neue Wege wandeln würde. Daß dem so ist, konnte auch nur erklärlich erscheinen aus seinen Artikeln im „Vorwärts“, wo es an einer Stelle heißt:

„Meine Vorschläge bezwecken also, durch lebhaft und einheitliche Erörterung der Wirtschaftsgesetzgebung bei der gewerkschaftlichen Agitation den Drang zur politischen Partei und des Bewußtseins daran, daß es doch schließlich immer sie ist, welche das letzte und entscheidende Wort spricht, zu wecken und zu stärken, während heute bei dem ungenutzten Gebiete, auf dem sich die Gewerkschaftsbewegung ganz nach dem Wunsch meines Kritikers stellenweise bewegt, alle Instinkte manchmal beinahe einzuschlafen und verloren zu gehen drohen.

Wo in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gehen diese Instinkte verloren? In der Gewerkschaftsbewegung, die sich den Sozialdemokraten angeschlossen hat, sind diese Instinkte vorhanden. Der Gang zur politischen Partei soll erweckt werden durch unpolitische Sozialpolitik! Parteigenossen! Meiner Ueberzeugung nach, wenn wir Sozialpolitik treiben, muß sie Parteipolitik sein. Eine Sozialpolitik, wie sie Duard empfiehlt, Sozialpolitik ohne Parteipolitik, ist eben jene Politik bürgerlicher Reformen, deren Schicht er zum Theil heute noch angehört, und da hat der „Vorwärts“ ganz recht mit der Betonung, daß er in seinen ganzen Anschauungen auf sozialistischem Gebiete eine enge Verbindung mit der bürgerlichen Sozialreform noch heute beibehält; und der diese Stellung eingenommen hat, der zu guter Letzt den Drang zur politischen Partei unter den Kaufleuten so stark entwickelt hat, daß sie ihn hinausgeworfen haben, der Mann kann uns nicht für die Gewerkschaftsbewegung als Leiter und Vorbild dienen. Wenn aber Duard mit der bescheidenen Stellung als Presskommissionsmitglied in Frankfurt nicht zufrieden war und die Gründung eines Zentral-Gewerkschaftsbureaus und eines Zentral-Gewerkschaftsblattes forderte, dann mußte er das von vornherein sagen, dann hätte sich alles vereinfacht, dann hätte es geheißen: für Duard muß eine Stellung in der Partei geschaffen werden! Das haben wir durchschaut, und ich bedaure nur, daß der „Vorwärts“ viel zu wenig gerade auf seine bisherige Thätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu sprechen kam. (Sehr richtig.) Jeder andere Parteigenosse, der diesen Standpunkt eingenommen hätte, wäre in der Partei unmöglich geworden. Wie verhält es sich denn mit der Thätigkeit des Parteigenossen Duard im sogenannten Hamburger Verband? Er ist ein Ergebnis des unpolitischen Gewerkschaftslebens, ein Harmonieverein. Duard sagt allerdings, wir wollen in diesen Verein eindringen und die Leute zu uns herüberziehen. Mit welchem Erfolg er das gethan hat, haben wir gesehen: als er

in Frankfurt herausflog und ganze 24 Mann mit herüberbrachte. Das ist das Fazit seiner Thätigkeit. Und nun kam er mit seinen neuen Plänen.

Auf dem Mainzer Verbandstage vom vorigen Jahre trat Duard ebenfalls auf. In der Nummer der „Kaufmännischen Presse“ vom 22. Juni 1895 wird in einem Artikel „Nachklänge zum Mainzer Verbandstage“ erwähnt, daß die Sozialdemokratie schon jetzt Versuche macht, unter den Handlungsgehilfen Anhänger zu werben, und zwar nicht ganz ohne Erfolg. Dies haben die Verhandlungen des Verbandstages bewiesen. Darob große Entrüstung bei Herrn Duard, denn er bemerkt dazu:

„Wenn Fabrikanten in Rheinland-Westfalen eine Berufsversammlung abhalten, so wird jeder Redner sorgsam verzeichnet. Bei Handlungsgehilfen glaubt die „Rölnische Zeitung“ so etwas nicht nötig zu haben, desto ausführlicher macht sie hinterher den Versuch, einzelne Delegirte, die auch ihr Theil zur Durchsetzung „berechtigter Forderungen“ beigetragen haben, auf parteipolitischen Gebiete zu verdächtigen. Auf dem Mainzer Verbandstage ist von parteipolitischen Dingen überhaupt keine Rede gewesen, und wir stehen nicht an, aus diesem Anlaß nachträglich noch auch unseren Gegnern bei den Verhandlungen gern das Zeugniß auszustellen, daß sie in Mainz jene Anpassungen, die den Münchener Verhandlungen ein so häßliches Gepräge gaben, wenigstens öffentlich unterlassen haben. Es ist deshalb unerfindlich, wie die „Rölnische Zeitung“ nachträglich zu solchen Verdächtigungen kommt. Jedenfalls ist es immer sehr unvorsichtig gerade vom Standpunkt unserer Gegner, ein entschiedenes Auftreten für die Handlungsgehilfen sofort als sozialdemokratisch zu bezeichnen.“

Zum Schluß wird dann die Behauptung, daß die „Kaufmännische Presse“ eine sozialdemokratische Agitationschrift sei, als eine Erfindung bezeichnet und für eine freche nichtsnutzige Verleumdung erklärt. (Hört, hört!) Also der Parteigenosse Duard, der die Redaktion der „Kaufmännischen Presse“ inne hat, eines unpolitischen Gewerkschaftsblattes, erklärt es für eine freche nichtsnutzige Verleumdung, daß er den Versuch mache, unter den Handlungsgehilfen Anhänger für die Sozialdemokratie zu werben. Das ist der Parteigenosse, der als Kandidat für Wiesbaden bei den nächsten Wahlen kandidiren soll. Wenn Sie sich über Stegmüller entrüsteten, dann ist es ungerecht, wenn Sie die Stellungnahme dieses Mannes so schonend behandeln. Jeder andere Parteigenosse wäre nach einem solchen Auftreten von der Partei kalt gestellt worden.

Dann hat sich Duard darüber beschwert, daß der Artikelschreiber im „Vorwärts“ sich nicht gemeldet hat. Er ist hier; ihn zu nennen, habe ich keine Veranlassung, die Redaktion übernimmt die Verantwortung. Welche Meinung vertritt aber Duard überhaupt in der Gewerkschaftsbewegung? Er sagt, sie werde überhaupt unpolitisch geleitet. In gewissem Sinne mag das richtig sein, insofern als die Presse, soweit sie Gewerkschaftspressen ist, nicht gegen die Grundanschauungen der Partei verstößt, aber im Gegensatz dazu steht die Haltung seines Organs „Die kaufmännische Presse“. — In der „Hilfe“ vom 13. September d. J. heißt es: Im Interesse der Gewerkschaften, im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung begrüßen wir eine Trennung von der Sozialdemokratie mit großer Freude. Hat etwa die englische Arbeiterschaft Nachteile davon, daß sie sich von der Sozialdemokratie nicht ins Schlepptau nehmen läßt, oder ist sie im englischen Parlament weniger einflußreich? Die Wahlen und das Bestehen der bürgerlichen Parteien hingen in England doch zum größten Theil von der Stellung der Trades Unions ab. Gewerkschaftsbewegung, das heißt Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unter der heutigen Gesellschaftsordnung und Marx' Theorien können sich eben nie und nimmer vereinen, die beiden Richtungen müssen früher oder später auseinandergehen.

Die Forderungen Quarc's sind geeignet, diese Trennung anzubahnen. Nun, Parteigenossen, bis dahin hat es noch lange Wege, bis Quarc eine derartige Trennung mit Erfolg anbahnt. Nicht ganz unrichtig ist es aber, daß Quarc derartige Wege wandelt. Dieser Weg wird von der Gewerkschaftsbewegung nicht beschritten, denn ich bin der Ueberzeugung, die Gewerkschaftsbewegung entweder ist sozialdemokratisch oder sie ist nicht. Es wird außerhalb der Verbände bei der Erörterung politischer Fragen immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß es die Partei ist, die stets für diese Dinge eintritt. Ich sehe, daß die Parteigenossen nicht wünschen, daß noch länger über diese Dinge gesprochen wird. Ich weiß ja auch, daß sachlich in der Partei absolut keine Meinungsverschiedenheiten herrschen, aber es ist uns wiederholt vorgeworfen, daß wir eine Erklärung von Quarc nicht aufgenommen haben. Warum? An einer Stelle, die sich gegen den „Handels-Angestellten“ richtet, es ist das auch charakteristisch für den Ton, den Quarc gegen uns angeschlagen hat, ist die Rede von den „krankhaften Neigungen und Anlagen des Redakteurs zc.“ Das verstößt gegen journalistischen Anstand und der „Vorwärts“ mußte es zurückweisen. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die heutige Sitzung.

Singer verliert Begrüßungstelegramme und ein Schreiben unseres alten Genossen Lepner in London, der sein Bedauern ausdrückt, an dem Parteitage diesmal nicht teilnehmen zu können.

Die morgige Sitzung wird versuchsweise von 9 bis 1 und von 2 bis 6 dauern.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 13. Oktober. — Vormittagsitzung.

9¹/₄ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Bei Eröffnung der Sitzung heißt Singer den Delegierten der österreichischen Bruderpartei, Genossen Schumeier, willkommen: Wir freuen uns um so mehr über seine Gegenwart, als wir wissen, daß die österreichischen Genossen, namentlich diejenigen, die durch das Vertrauen der Genossen mit der Führung der Geschäfte der Partei betraut sind, jetzt in einer Thätigkeit begriffen sind, die zu unterbrechen, um hierherzukommen, ihnen zu schwer ist. Die österreichischen Genossen befinden sich in der Vorbereitung der Reichsrathswahlen. Wir hoffen und wünschen, daß die Erfolge bei denselben der tapferen, energischen Agitation der österreichischen Sozialdemokratie, ihren Anstrengungen und ihrer unermüdblichen Thätigkeit entsprechen werden. Und wir sind sicher, daß, wenn die österreichische Sozialdemokratie in den Reichsrath eintritt, die große Sache, der wir gemeinsam dienen, erheblich gefördert wird.

Schumeier: Im Namen der Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie entbiete ich dem Parteitage Gruß und Handschlag. Wenn unsere Vertretung am heutigen Parteitage so klein ist, wie auf keinem der früheren, so liegt das an der schwierigen Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wir in Oesterreich haben einen weit schwereren Stand, als Ihr. Unser Bürgerthum steht so tief, es bekämpft uns seit Jahren mit so schmutzigen Mitteln, daß wir ihnen nicht mit gleichen Waffen dienen können. Wenn ich Ihnen sage, daß Dr. Lueger, der Vizebürgermeister unserer Reichshauptstadt, wo doch die Intelligenz zusammen sein sollte, als Teilnehmer angemeldet war zu dem Antifreimaurer-Kongreß, der des Teufels Unterschrift prüfen wollte und auch geprüft hat (Heiterkeit), so werden Sie begreifen, wie tief unser Bürgerthum steht. Wir müssen es ruhig mit ansehen, daß aus den österreichischen Kron-

ländern russische Provinzen gemacht werden; ich weise nur auf die Zustände in Galizien hin. Wenn Sie ferner bedenken, daß bei uns die Ueberwacher von Versammlungen verbieten, Bier zu trinken (Ruf: Bei uns auch! Heiterkeit), so können Sie sich ein Bild von den österreichischen Verhältnissen machen. Ich kann nicht alle Dummheiten unserer Bezirkshauptleute aufzählen, die weit dümmere sind, als anderswo. (Heiterkeit.) Wenn erst Mitglieder unserer Partei ins österreichische Parlament einziehen, so wird auch rücksichtslos gegen diese vorgegangen werden, die tagtäglich das Gesetz mit Füßen treten. Wir sind jetzt in der Arbeit zu den Reichsrathswahlen begriffen, und im Frühjahr wird es sich entscheiden. Ich bin überzeugt, daß Ihr an unseren Erfolgen ein ebenso lebhaftes Interesse nehmt, wie wir stets an den Euren. Je stärker die Sozialdemokratie in Oesterreich ist, desto besser steht es auch in Deutschland und umgekehrt. An Muth und Thatkraft hat es uns noch nie gefehlt, wohl aber an Geld (Heiterkeit), und wenn uns nirgends mehr eine Quelle offen stand, so haben wir es gemacht wie Moses, nur daß dieser an den Felsen klopfte, während wir immer kräftig bei Euch anklopfen. (Heiterkeit.) Wir gehen nicht gern betteln, denn das ist kein angenehmes Geschäft, aber wir Oesterreicher san grade Kerls, ich rede frei von der Leber weg und ich sage Euch offen: Wir werden wieder klopfen kommen. (Große Heiterkeit.) Für die „Wiener Arbeiterzeitung“ werden wir nicht mehr klopfen, wohl aber für den Parteifonds, damit es uns gelingt, zum Frühjahr ein Duzend Genossen ins Parlament zu schicken. (Beifall.) Bei uns sind fast nur die großen Städte roth, auf dem Lande ist's schwarz, und wir werden mit der klerikalen Partei hart zu kämpfen haben. Ich bitte Sie also, uns nicht zu vergessen, wenn der Ruf an Sie ergehen sollte. Sobald erst Oesterreich einmal in die Reihe der Kulturländer eingerückt ist, wird auch bei uns die Bettelerei ein Ende haben. (Heiterkeit.) Ihr laßt darüber, aber das, was wir heute durchmachen, habt Ihr vor 25 Jahren auch durchgemacht, nur mit dem Unterschied, daß Ihr nirgends habt anklopfen können. Ich sehe nicht ein, warum wir die Unterstützung einer so mächtigen Bruderpartei verschmähen sollen, und wenn ich mit meiner Begrüßung das Ungehörmliche verbinde und Euch die Ueberzeugung beibringe, daß das Geld, was Ihr nach Oesterreich schickt, in würdige Hände kommt, so habe ich meinen Zweck vollständig erreicht. (Große Heiterkeit.) Ich bin zu Euch, aber nicht bloß des Wahlbeitrages wegen geschickt, sondern um von Euch zu lernen. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat uns gelehrt, wie man Sozialistengesetze überwindet, sie wird uns auch lehren können, wie man Bezirke erobert und den Gegnern das Heft aus den Händen reißt. Ich wünsche Euch zu Euren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Eine Reihe von Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission entgegengenommen, den

Antwik-Berlin erstattet. Hiernach sind 185 Delegirte erschienen. Gegen das Mandat des Genossen Göhe-Meerane ist ein Protest eingelaufen. Die Kommission beantragt über den Protest zur Tagesordnung überzugehen, da die in ihm enthaltenen Gründe der Wahrheit nicht entsprechen. Ein zweiter Protest richtet sich gegen das Mandat der Genossin Heinrich-Sagan. Die Kommission beantragt gleichfalls Uebergang zur Tagesordnung über diesen Protest. Bei dieser Gelegenheit möchte die Kommission noch ein ernstes Wort an die Genossen im Lande richten. Es hat sich nach und nach das Protestmachen gegen Parteitagmandate als grober Unfug ausgebildet. Aller Stank und Zanf, selbst wenn er vor 5, 10 Jahren in den einzelnen Partei-Orten vorgekommen ist, wird in Gestalt von Protesten vor den Parteitagen gebracht. Wir müssen demgegenüber die Genossen auf die §§ 1 und 2 unseres Organisationsstatuts hinweisen, worin ausdrücklich steht, daß über die Parteizugehörigkeit

die Genossen des einzelnen Ortes entscheiden. Es geht nicht an, daß der Parteitag beständig damit belästigt wird, einzelne längst abgethane Streitigkeiten zu untersuchen. (Zustimmung.)

Der Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission, sämtliche Mandate für gültig zu erklären und über die beiden Proteste zur Tagesordnung überzugehen, wird debattelos angenommen.

Singer: Es ist auch ein Delegirter unserer holländischen Bruderpartei, Genosse **Wliegen**, anwesend. Wir wissen die schweren Kämpfe, in denen unsere Genossen in Holland stehen, vollauf zu würdigen, und freuen uns, daß sie trotzdem einen ihrer ältesten und tapfersten Genossen hierher geschickt haben. Ich heiße ihn willkommen und hoffe, daß er aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen wird, daß wir bereit und gewillt sind, die Thätigkeit, welche unsere Genossen in Holland entwickeln, mit Aufmerksamkeit und Dank zu verfolgen. Wir sind der sicheren Ueberzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Interessen der Sozialdemokratie in erfolgreicher Weise zu vertreten und die Sozialdemokratie zu reinigen von den Elementen, die bewußt oder unbewußt die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vertreten, indem sie die Thätigkeit der Sozialdemokratie fördern und verhindern. (Lebhafter Beifall.)

Wliegen: Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat mich hierher gesandt, um Sie zu beglückwünschen wegen Ihres steten Vordringens in Ihrem Kampfe und Ihnen die Versicherung unserer brüderlichen Solidarität zu bieten. (Beifall.) Vor 3 Jahren ist der frühere sozialdemokratische Bund in Holland mit Sack und Pack zum Anarchismus übergegangen. Sie wissen aus Erfahrung, wie es die Thätigkeit der Partei stört, wenn eine Minderheit zum Anarchismus übergeht; wenn es aber die große Mehrheit ist, mit der ganzen Organisation, der ganzen Presse, dann können Sie sich denken, daß das eine noch viel größere Vermirrung geben muß, und das ist bei uns der Fall gewesen. Die alte Partei ist durch ihren Uebergang zum Anarchismus zerstückelt und zerbröckelt und zerfallen; sie hat nichts mehr zu bedeuten. Während noch vor drei Jahren fast in jedem Dorf im ganzen Lande eine Abtheilung der Partei vorhanden war, z. B. im Norden der Provinz Groningen 27 Abtheilungen, existieren dort jetzt nur noch 3 oder 4. So soll es überall gehen, wo der Todeshauch des Anarchismus über die proletarische Bewegung hingehet. Wir sind zwar nur eine kleine, junge Partei, aber wir sind gefestigt und wissen, was wir wollen. Wir wissen, daß wir nicht durch große Worte, durch Barrikadenreden der Sache der Sozialdemokratie dienen, sondern durch Erziehung und Organisation des Proletariats. (Beifall.) Wir begrüßen Sie nicht als eine kräftige Schwesterpartei, sondern als ein jüngerer, schwacher Bruder, der von Ihnen lernen will und Ihre Stütze braucht. Wir wollen aus Ihren Erfolgen lernen für die schweren Kämpfe, in die wir für die kommenden Wahlen im Frühjahr zum ersten Male unter dem neuen Wahlrecht eintreten. Unser Zeichen ist die Internationalität; der Kapitalismus rückt uns zusammen, er schmiedet die Bande, die sich um uns schlingen. Ich schließe mit der Versicherung und Hoffnung, daß unsere Begrüßung Ihnen Freude gemacht hat und daß dieser Ihr Parteitag zur Stärkung der Partei, zur Stärkung der internationalen Sozialdemokratie beitragen möge. (Lebhafter Beifall.)

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Verhandlung über den Punkt „Presse“ wird fortgesetzt.

Frohme: Genosse Steiger hat die Redezeit um das fünffache überschritten, hat sich aber aus seiner Position eines Angeklagten nicht herausbringen können. Er hat eine hübsche Rede über die Bedeutung der Kunst und der Erziehung zur Kunst gehalten, es aber weislich unterlassen, auf die Vorwürfe einzugehen, die wir ihm gemacht haben. Er hat uns vorgeworfen, wir

hätten bei der Vorlegung des Materials an den Parteitag seine beiden letzten Artikel nicht mit vorgelegt. Sie waren aber noch gar nicht erschienen, als wir das Material zur rechtzeitigen Fertigstellung drucken lassen mußten. Mit meinen Begriffen von Ehrlichkeit in der Kritik verträgt sich ein derartiges Verhalten nicht. (Who!) Er suchte es so darzustellen, als ob die Mißstimmung gegen die „Neue Welt“ eine Mache der Hamburger Redaktion sei. Die Mißstimmung herrscht aber in ganz Deutschland, in den weitesten Kreisen. Auf das, worauf es ankommt, ist Steiger gestern nicht mit einem Wort eingegangen. In der „Mutter Bertha“ wird geschildert, wie Mutter Bertha mit einem Begleiter geht. Sie bleibt plötzlich stehen: „Ach, Herr Friß, . . . ich . . . ach . . .“ „Was, Fräulein?“ sagte er, der sie nicht verstand. „Ich möchte mal . . . ach, verstehen Sie mich doch!“ . . . „Ach so . . . pardon! . . .“ „Sie müssen entschuldigen . . . ja, ja . . . Verzeihen Sie . . . Bitte, bitte . . .“ Eine blutrothe Verlegenheit durchschloß sein Gesicht. Dann sagte er: „Ist es Ihnen vielleicht recht, wenn wir irgendwo eintreten?“ — „Ja doch, aber bloß ein bißchen schnell!“ (Geisterleit.) — Und nun bleibt es der freundlichen Leserin überlassen, Mutter Bertha in das intime Gemach zu begleiten und die geheimsten Regungen ihrer Seele zu belauschen. (Große Geisterleit.)

Wenn die naturalistische Kunst glaubt, es rechtfertigen zu können, derartige absolute, stinkende Schweinereien in Romanen bieten zu dürfen (Beifall und Unruhe), dann hört einfach alles auf. Auf alles das ist Genosse Steiger mit keinem Wort eingegangen. Es ist uns garnicht eingefallen, gegen die Freiheit der Kunst, gegen die naturalistische Kunst an sich uns zu wenden, so lange sie sich in den Grenzen des Anstandes hält. Ich weiß ja, es giebt eine Menschenforte, die es schon als ein Verbrechen ansieht, wenn man das Wort Moral und Anstand nur in den Mund nimmt. Es wird mir doch Niemand glauben machen, daß eine Kunstrichtung, die sich als eine Erscheinung des Uebergangs-Zeitalters, eines tollen menschlichen Carnevals selbst giebt, die echte, wahre Kunst genannt werden könne. Genosse Steiger hat auch gestern wieder von sozialdemokratischen Traktätchen gesprochen. Alles, was nicht seiner Meinung entspricht, pflegt er einfach als Traktätchen zu bezeichnen, aber die uns Hamburgern gemachten Vorwürfe sind nicht begründet. Es ist sehr leicht, ein Phrasenragout anzurichten, wie es Steiger gethan hat. Darüber darf man sich doch nicht täuschen, daß es leichter ist, hier eine Rede über die Bedeutung der Kunst zu halten, als auf die Streitpunkte einzugehen. Wir haben nicht gegen Windmühlen gekämpft, sondern Auswüchse, die thatsächlich vorhanden sind, auszurotten versucht. Wenn Steiger von der Erziehung des Volkes zur Kunst spricht, so betritt er ein Gebiet, auf dem er leicht straucheln kann, denn von der Erziehung des Volkes zur Kunst in dem abstrakten Sinne, wie es Steiger meint, kann keine Rede sein. Ohne die feste Grundlage einer materiellen Existenz redet man vergebens von der Erziehung des Volkes zur Kunst. Der Behauptung in dieser Allgemeinheit kann höchstens ein Mensch beipflichten, der nicht weiter denkt, als seine Nase reicht. Emporhebung des Volkes! Ja, hat die Sozialdemokratie nicht jeher daran gearbeitet! Entfrätet hat Steiger unsere Angriffe nicht. Was er über die Bedeutung der Kunst sagte, unterschreibe ich Wort für Wort. Aber das ist garnicht der Streitpunkt. Und es ist sehr wenig ehrlich von ihm, daß er es so hinstellt, als seien wir Vandalen, die gegen die Kunst wüthen, während wir nur die Auswüchse des Naturalismus bekämpfen. (Beifall.)

Schred-Bielefeld: Der „Vorwärts“ steht an Aktualität weit hinter der „Veipziger Volkszeitung“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zurück. Was die „Neue Welt“ betrifft, so vermessen wir Arbeiter populäre Unterhaltungsliteratur in ihr. Der Zweck der „Neuen Welt“ soll sein, erzieherisch in sittlicher Beziehung zu wirken. Aber Genosse Frohme geht in seiner Kritik viel zu weit.

Wenn er die von ihm verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha“ schon als „stinkende Schweinerei“ bezeichnet, dann soll er lieber in ein Kloster gehen. (Große Heiterkeit.) Steiger hat selber zugegeben, daß ihm Fehler bei der Auswahl des Stoffes passirt sind. Öffentlich läßt er in der „Neuen Welt“ nun auch den sittlichen Idealismus zum Wort kommen, der uns in unserem schweren Kampf aufrichtet.

Weinheber-Hamburg: Der Antrag des zweiten Hamburger Kreises über die „Neue Welt“ ist schon vorher in einer Vertauensmänner-Verammlung berathen worden. Die „Neue Welt“ soll ein Unterhaltungsblatt, ein Familienblatt sein, das auch agitatorisch wirkt. Es darf aber nicht einer einseitigen literarischen Richtung dienen. Wir wollen die Frauen gewinnen. Das ist der „Neuen Welt“ unter der Redaktion Steiger's nicht gelungen. Dafür sind die 48 000 Mk., die darauf gelegt werden, denn doch zu schade. Dem Volke muß die Kost gegeben werden, die es verdauen kann. Täglich laufen Beschwerden über die „Neue Welt“ ein. Ein Wandel muß geschaffen werden. Und wenn Genosse Steiger Besserung verspricht, dann sind wir Hamburger ja zufrieden. Die Auswahl des Stoffes muß eine gediegenere werden. Dazu sollte unser Antrag die Anregung geben. Wenn Sie die Reduktion des Umfanges der „Neuen Welt“ von 12 auf 8 Seiten nicht wollen, so werden wir uns auch damit zufrieden geben. Wir machten den Vorschlag nur, um das Defizit zu vermindern. Der Wunsch, daß der Redakteur des Blattes in Hamburg wohnt, beruht auf rein geschäftlichen Gründen und enthält keine persönliche Spitze.

Steiger: Den gegen mich von dem Genossen Frohne erhobenen Vorwurf der unehrlichen Kampfesweise muß ich entschieden zurückweisen, denn ich bin nicht aus eigenem Antriebe hierher gekommen, um für meine Ideen Propaganda zu machen, sondern auf ausdrückliche Aufforderung des Partei-Ausschusses. Ich stimme dem Genossen Frohne darin bei, daß die Erziehung des Volkes zur Kunst ohne die Grundlage einer materiellen Existenz ein Unding sei und daß unsere heutigen ökonomischen Verhältnisse nicht besonders dazu geeignet sind; aber ich will es trotzdem versuchen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Bedenken Sie doch, daß gerade die größten Kunstepochen die Zeiten sind, wo eine alte Welt zu grunde geht! Wenn Frohne an der von ihm verlesenen Stelle aus „Mutter Bertha“ Anstoß nimmt, so hat er keinen Sinn für Komik. Die Komik liegt eben darin, daß der Mensch in dem Augenblick, wo er in den schönsten Gefühlen schwelgt, plötzlich durch die einfachsten natürlichen Bedürfnisse aus allen Himmeln gerissen werden kann. Daß ich mich in dem Inhalt manchmal vergriffen habe, gebe ich zu, und was an mir liegt, den Inhalt der „Neuen Welt“ zu verbessern, werde ich thun; unterstützen Sie mich in diesem Streben, so gut Sie können!

Mollenbuhr: Da Steiger in seiner Broschüre nur seine eigenen Artikel veröffentlicht und dadurch ein schiefes Bild gegeben hat, so war es nötig, die verschiedenen Artikel gegenüberzustellen. Steiger wird es mir glauben, daß die Abdrücke unserer Broschüre bereits unterwegs waren, als sein vierter Aufsatz in der „Leipziger Volkszeitung“ erschien, und daß er überhaupt einen derartigen Verdacht erhob, ist schon ein Beweis für die eigenthümlichen Mittel, mit denen er kämpft. In dem Artikel „Die Erziehung des Volkes zur Kunst“ behauptet Steiger, daß die Kunst im sozialdemokratischen Lager ganz falsch behandelt ist, daß das arbeitende Volk bisher keine Gelegenheit hatte, sich mit der Kunst zu beschäftigen. Wenn Steiger so etwas behauptet, so zeigt er nur, daß er nicht weiß, wie es im arbeitenden Volke aussieht. Wo sind denn die großen billigen Klassikerauslagen geblieben, wer besucht die Gallerien in großen Städten, wer stellt das Hauptkontingent zu den billigen Klassikeraufführungen? Doch Leute aus der Arbeiterklasse, die sich schon vorher mit der Kunst beschäftigt haben. Es ist eine Ueberhebung, wenn Steiger meint, daß bis zur Uebernahme der

Redaktion durch ihn nichts geschehen ist. Die „Neue Welt“ hat doch vorher schon annähernd 20 Jahre bestanden, und auch in verschiedenen Feuilletons unserer Parteiblätter sind schon vorher bedeutende Erzeugnisse unserer modernen Literatur veröffentlicht worden; ich weise nur auf Zola's „Germinal“ hin. Die Abbonnentenzunahme ist doch kein Beweis, denn man kann die „Neue Welt“ nicht abbestellen, ohne gleichzeitig sein Parteiorgan abzubestellen. Darin liegt ja gerade das eigenthümliche, daß für 200 000 Menschen ein Blatt herausgegeben wird, von dem der Redakteur weiß, daß für seinen Inhalt nur eine ganz geringe Jüngerschaft vorhanden ist. Und deshalb ist es um so gewissenloser, daß Steiger trotzdem Woche für Woche einen Stoff bringt, für den sich die Mehrheit der Leser nicht interessiert. So massenhafte Klagen sind noch über keine Zeitschrift erhoben worden.

Genosse Steiger preißt die moderne Kunst. Meint er damit etwa den „Neuen Gott“ von Hans Land? Einen unglücklicheren Griff konnte er garnicht machen. Steiger preißt die Modernen, er vergißt aber, daß die Stimmung den Leser oft daran hindert, das Kunstwerk wirklich zu genießen. Die Schilderung der Leiden eines Krüppels mag für einen Gesunden ein Kunstgenuß sein, nicht aber für den Krüppel, der dadurch noch mehr an seine Leiden erinnert wird. Der Arbeiter, der mit Noth zu kämpfen hat, der in Zeiten der Arbeitslosigkeit schon zu einer gewissen Mißstimmung geneigt ist, kommt nicht zum Genuß der Kunst, wenn immer und immer nur die Noth in den allerkräftesten Farben geschildert wird, im Gegentheil, es wird dadurch eine Art Selbstmordstimmung bei ihm hervorgerufen. (Sehr richtig!)

Ich will offen anerkennen, daß Steiger in der Auswahl der Illustrationen einen glücklicheren Griff gekhan hat, als seine Vorgänger, aber es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn ein Nachfolger sich soweit über seinen Vorgänger überhebt. Wir sind nicht aus Animosität gegen Steiger aufgetreten, sondern weil wir es für unberechtigt halten, daß man nur eine bestimmte Richtung pflegen will. Das ist ungesund und ruft Opposition hervor. Auch in Nürnberg sind, wie Grillenberger neulich unter der Hand mitgetheilt hat, $\frac{9}{10}$ der Leser mit dem Inhalt der „Neuen Welt“ nicht einverstanden. Das weiß Steiger genau, und deshalb ist es um so verwerflicher, so zu handeln. Die „Neue Welt“ muß so gestaltet werden, daß das arbeitende Volk davon Nutzen hat. Auch in der Auswahl der populär-wissenschaftlichen Artikel könnte Steiger vorsichtiger sein und belehrender wirken, damit die „Neue Welt“ ihren Zweck erfüllt. Er hat einige arge Schmarren gebracht. Für literarische Experimente ist das arbeitende Volk am allerwenigsten zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Schoenlank: Genosse Mollenbuhr hat soeben dem Genossen Steiger — sicherlich nicht in böser Absicht, sondern nur, weil er den Ausführungen Steiger's nicht volle Aufmerksamkeit geschenkt hat — unterstellt, er hätte behauptet, erst mit seinem Eintritt in die Redaktion der „Neuen Welt“ habe die Erziehung des Volkes zur Kunst begonnen. Steiger hat nur betont, und das müssen wir ohne weiteres alle zugeben, daß die Kunst in unserer Preise stiefmütterlich behandelt wird. Wenn Mollenbuhr behauptete, daß die Schilderung des Glends auf die Arbeiter niederdrückend wirke, so ist das doch im Grunde dieselbe Auffassung, wie sie die Spießbürger von der Kunst haben; er verlangt sozialdemokratische Marikittaden, das arbeitende Volk aber verlangt Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Wenn Mollenbuhr recht hat, dann hätte auch Goethe die Leiden des jungen Werther nicht schreiben dürfen, weil einige junge Narren durch die Lektüre zum Selbstmord veranlaßt wurden. Was die von Frohne verlesene Stelle aus der „Mutter Bertha“ betrifft, so meine ich auch, der gute Steiger hätte hier ein bischen retouchiren sollen. (Sehr richtig.) Aber wir sollten doch nicht so überaus empfindlich sein: naturalia non sunt turpia (natürliche Dinge sind nicht schändlich, nicht zu verwerfen.) In Drüffel steht

das herrliche Kunstwerk, das „Manneken Bij“. (Große Heiterkeit.) Vor 80 Jahren wollte eine versperrte Stadtverwaltung es in den Archiven verschließen. Genosse Frohme scheint Ähnliches zu wollen. Er schlägt dieselbe Seite an, wie die Merikalen Münchens gegen den sogenannten Buberlbrunnen angeschlagen haben. Die Feigenblatt-Politik taugt uns weder in der Politik noch in der Literatur. (Weifall.) Die „Leipziger Volkszeitung“ hat seinerzeit das Meisterwerk Claude Tillier's, den „Onkel Benjamin“ abgedruckt. In dem humoristischen Roman führt der Dichter mit Schneidigkeit und Glanz, Humor und Witz den Kampf der aufstrebenden Bourgeoisie gegen den verrotteten Feudalismus. Der Held des Romans ist ein herrlicher Mensch, aber, was Genosse Bérard gewiß sehr bedauern wird, auch ein bißchen Weinschlauch. (Heiterkeit.) Der Höhepunkt des Romans ist nun, wie Onkel Benjamin von dem Marquis gezwungen wird, ihn auf die Stelle seines Körpers zu küssen, wo man nur zu sitzen pflegt (Heiterkeit) und wie er dann in gleicher Weise Revanche nimmt. Kein Leipziger Arbeiter, keine Leipziger Arbeiterfrau hat daran Anstoß genommen. Ich würde mich keinen Augenblick bedenken, diesen Roman meinem Kinde in die Hand zu geben. (Weifall.)

Das Hohelied von der Kunst, das Frohme anstimmt, ist eben nichts anderes als das Hohelied von der ewigen Wahrheit der bürgerlichen Gesellschaft. Nein, Genosse Frohme, es giebt keine andere Kunst mehr als die moderne Kunst. Genosse Frohme hat den Steiger hingestellt als einen Verbrecher, der die Seele des Volks vergiftet. Er stand hier oben auf der Tribüne, wie vor vielen Jahren ein Mann im römischen Senat, der eine Anklage donnerte gegen Catilina und ausrief: Wie lange wirst Du noch unsere Geduld mißbrauchen! Aber mein lieber Frohme: der Parteitag ist kein römischer Senat, Steiger ist kein Catilina, und Du bist kein Cicero. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.)

Frohme und Bérard haben gestern einen Artikel eines mir nicht bekannten Kunstkenner's verlesen, der sich in ihrem Sinne aussprach. Gut, ich gebe zu, es giebt verschiedene Geschmäcker! Ich theile Ihnen ebenfalls eine Stelle aus einem Briefe an mich mit, von einem Parteigenossen, den wir alle aufs höchste schätzen und dem niemand bestreiten kann, daß er ein vorzüglicher Sachkenner ist, vor dem sich auch die Autorität des Genossen Bérard beugen wird (Heiterkeit), aus dem Juli, als noch nicht der Sturm wegen der „Neuen Welt“ durch den Parteiblätterwald brauste, als durch das „Hamburger Echo“ und die „Leipziger Volkszeitung“ noch nicht das geringste Säufeln ging. (Heiterkeit.) Da heißt es: Wer gezwungen ist, sich dem Auffassungsvermögen des großen Publikums anzupassen, dem geht in kurzer Zeit der Witz aus. Darüber wird Steiger sehr bald ein bitteres Lied singen. Aber Steiger macht seine Sache gut; er soll sich nur nicht verblüffen lassen. Steiger wird sich nicht verblüffen lassen; lassen Sie sich auch nicht verblüffen, und entscheiden Sie so, wie es der Sache der Sozialdemokratie und den Fortschritten auf dem Gebiete der Kunst entspricht. (Lebhafte Weifall.)

Stadthagen: Frohme's Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen. Wenn Schoenlank von dem Ruß auf eine bestimmte Stelle gesprochen hat, so übersieht er, daß das dort nicht so anschaulich geschildert wird, wie es unsere Naturalisten thun würden, die die herausgesteckte Zunge und alles andere deutlich schildern würden. (Heiterkeit.)

Ich empfehle Ihnen die Anträge zur Annahme, die eine Verbesserung des Inhalts unserer Presse verlangen. Die Leiter des „Vorwärts“ sollten in geschäftlicher Hinsicht bedenken, daß es sich um eine Waare handelt, die sie auszugeben haben. Es ist eine Schande, daß das Brunnenvergiftungs-Blatt, der „Berliner Lokal-Anzeiger“, in Berlin 180 000 Abonnenten hat, der „Vorwärts“ nur 46 000. Es muß der „Vorwärts“ seinen Lesern dasselbe und

mehr bieten, wie die bürgerlichen Blätter. Der „Vorwärts“ bietet nicht ein Spiegelbild aller literarischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und nichtpolitischen Erscheinungen; er ist in dieser Beziehung weit hinter unseren Ansprüchen zurückgeblieben. Die Redaktion muß vermehrt werden. Um den „Vorwärts“ zu dem Agitationsmittel zu machen, das er sein sollte, ist es nötig, daß charaktervolle und literarisch fähige Mitarbeiter, die auch Selbstdisziplin zu üben verstehen, in größerer Zahl Liebknecht zur Seite stehen. Es dürfen nicht die Widersprüche vorkommen, die sich jetzt fast in jeder Nummer des „Vorwärts“ finden, wo auf der ersten Seite das Gegenteil von dem steht, wie auf der dritten. Unser verehrter alter Liebknecht ist unmöglich im Stande, wo er fortwährend herausgerissen wird, wo er allerorten von den Genossen gerufen wird und deshalb häufig von Berlin fort muß, jederzeit die mechanische geschäftliche Thätigkeit in der Hand zu haben, so daß alles aus einem Guß kommt. Er muß sich eine journalistische Hilfskraft nehmen, die ihn in dieser geschäftlichen Redaktions-thätigkeit, selbstverständlich unter seiner Oberleitung, unterstützt. Dem „Vorwärts“ liegt ja ein weit größeres Arbeitsgebiet vor, wie der bürgerlichen, wie der Provinzpresse. Als politisches Blatt entspricht er durchaus allen Anforderungen. Es ist nicht wahr, daß andere Parteizeitungen ihn überflügelt haben. So vorzüglich auch die „Leipziger Volkszeitung“, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und die anderen Blätter in journalistisch-technischer Beziehung auch sind, so steht der „Vorwärts“ doch meterhoch über ihnen als politisches und als Arbeiter-Blatt. Aber im übrigen muß sein Inhalt besser werden. Ich möchte unseren verehrten Liebknecht bitten, davon auszugehen, daß man von dem Arbeiter nicht verlangen kann, neben dem „Vorwärts“ noch ein anderes Blatt zu lesen. Der „Vorwärts“ muß alles bieten und alle Blätter ersetzen können. Ich hoffe, daß es dieser Anregung nur bedürfen wird und daß es möglich sein wird, Inhalt und Auflage des „Vorwärts“ zu vermehren.

Was die Duarc-Seite anlangt (Heiterkeit), so bitte ich dringend um Ablehnung des Antrags, der ein Mißbilligungsvotum für die Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Magdeburger Volksstimme“ verlangt. (Weifall.) Ich bedauere sehr, daß Genosse Schmidt gestern weit über das Ziel hinausgegangen ist. (Sehr richtig!) Woburch aber fühlt sich Duarc beleidigt? Daß von den Frankfurter Pfadfindern ganz allgemein die Rede ist? Ja, ist denn Duarc eine hysterische Jungfrau? Und die Ausführungen über den „sozialpolitischen Reformen“ enthalten doch nur ein sachliches Urtheil, ob und inwieweit die Eierhäuten seiner Vergangenheit Duarc noch anhaften. Es ist ja nur verlangt worden, daß diese Art gewerkschaftspolitischen Strebens nicht die Hauptsache sein darf. Das soll die Redaktion nicht sagen dürfen? Deswegen ein Mißbilligungsvotum? Das wäre die ärgste Reaktion, die größte Ungerechtigkeit, eine Anebelung der Pressefreiheit! (Widerspruch und lebhaftest Zustimmung.)

Ich hätte es nicht für notwendig gehalten, den Duarc so breitzutreten. (Heiterkeit.) Was mich empört hat an der Sache, das war nur das Verhalten einiger Redakteure des Blattes, die es für notwendig hielten, in eigener Sache jene bekannte Erklärung zu erlassen. Diese Sache ist ja aber inzwischen erledigt. Der Parteitag hat sich nicht mehr damit zu befassen. Aber daß Duarc verlangt, daß nicht ihm, sondern den Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Volksstimme“ ein Mißtrauensvotum ertheilt werde, das verstehe ich nicht. (Weifall.)

Agster-Stuttgart spricht zu dem badischen Antrag 50 und bittet darum, diese Frage nicht vom allgemeinen Gesichtspunkte aus zu betrachten, sondern die speziellen Verhältnisse ins Auge zu fassen. Im badischen Oberland erscheint nur dreimal wöchentlich ein Organ. Das kann absolut für die Genossen, die namentlich die parlamentarischen Verhandlungen verfolgen wollen, nicht

genügen. Dazu kommt, daß dieses Blatt nicht in der badischen Kapitale erscheint, sondern draußen in einem kleinen Orte. Da ist es nicht wunderbar, daß es nicht die Verbreitung hat, die es haben sollte und haben würde, wenn es täglich erscheinen würde. Allerdings hat es jetzt nur 4500 Abonnenten; bei täglichem Erscheinen würde es aber eben einen größeren Abonnentenstand haben und sich rentiren. Jetzt wird es vielfach durch auswärtige Blätter ersetzt, die doch hinsichtlich der lokalen Fragen in keiner Weise genügen können. Ich bitte Sie also, nehmen Sie Rücksicht auf die badische Bewegung und denken Sie nicht lediglich daran, daß jede Neugründung eines Blattes ein gewagtes Experiment ist. Wir verlangen ja nicht, daß die Mittel gänzlich aus der Parteikasse entnommen werden sollen, sondern wir sammeln in Baden einen Pressfonds und wünschen nur einen Darlehnszuschuß.

Antirich-Verlin: Die äußere Ausstattung der „Neuen Welt“ ist bedeutend besser geworden. Wenn Genosse Steiger erklärt, in Zukunft etwas vorsichtiger in der Auswahl des Stoffes zu sein, so können wir uns wohl damit zufrieden geben. Weit wichtiger als diese Angelegenheit ist unsere Stellung zum „Vorwärts“. Mit dem Redakteur muß ein ernstes Wort gesprochen werden. Wieviel hat der „Vorwärts“ nicht in den letzten Jahren gesündigt. Zu den brennenden Parteifragen nimmt er entweder gar keine Stellung, oder er schwankt in seiner Haltung hin und her, wie bei dem Streit der sächsischen Genossen über die Taktik gegen die Wahlrechtsverschlechterung. — In der äußeren Politik des „Vorwärts“ sieht es noch viel schlimmer aus. Hier werden uns geradezu ungeheuerliche Dinge geboten. Vor allem fehlt jede klare Darstellung der Thatsachen. Dazu kommen beständige Widersprüche. Die Darstellung der englischen Verhältnisse, wie sie der englische Korrespondent des „Vorwärts“ giebt, ist ganz verschieden von der Darstellung, die die Redaktion des „Vorwärts“ denselben Vorgängen giebt. Ebenso ist es mit der Darstellung der Vorgänge in Italien. Am schlimmsten aber ist das, was der „Vorwärts“ über Frankreich schreibt. Da veröffentlicht er Sieges-Bulletins über die Wahlerfolge der französischen Genossen bei den Gemeinderaths- und Parlamentswahlen. Wenn man sich nun jetzt das Verhalten dieser angeblichen Genossen bei den jüngsten Vorgängen in Paris ansieht, bekommt man eine ganz andere Ansicht. Am 25. August brachte der „Vorwärts“ es fertig, zu behaupten, die französische Regierung empfinde ein Grauen vor dem Besuch des Zaren. Von Chauvinismus sei keine Rede, von ein paar Irrenhäusern oder Solchen, die ins Irrenhaus gehören, abgesehen, gebe es keine Chauvinisten. Wenn diese Behauptung wahr wäre, dann müßten die Irrenhäuser in Frankreich bedeutend erweitert werden und es würden wenige Franzosen draußen bleiben. (Geisterzeit.) Vier Wochen später hat der „Vorwärts“ wieder das gerade Gegentheil geschrieben. Da bringt er einen Artikel, vermuthlich von demselben Verfasser: „Die neue Kosakenrepublik“, der das Gegentheil von dem sagt, was am 25. August behauptet wurde. Das schädigt das Ansehen des „Vorwärts“ und der Partei. Das sind nur zwei Nummern. Ich könnte Ihnen noch mannigfache Belege für meine Behauptung bringen. Wenn solche Dinge sich im „Vorwärts“ abspielen, dann ist es endlich an der Zeit, daß die Partei sich wie ein Mann gegen diese Zustände erhebt, die der Würde der Partei nicht entsprechen. Acht, auch zehn Tage später, als sie datirt sind, erscheinen die auswärtigen Korrespondenzen im „Vorwärts“. Häufig genug haben sie dann an Aktualität verloren. Für jede Zeitung ist eine möglichst schnelle, ausgiebige Berichterstattung von größter Wichtigkeit. Auch hier muß Wandel geschaffen werden. Von einem Zentralorgan verlange ich, daß es an der Spitze der Partei steht und ihr Direktiven giebt. Genosse Stadthagen hat die Kalamität schon angedeutet und auf unferen allverehrten Genossen Liebknecht bezug genommen. Auch ich bin der Ueberzeugung, daß Liebknecht, der als Journalist, Abgeordneter und

Agitator Menschenmögliches leistet, trotz seiner großen Arbeitskraft die Aufgaben, die die Chefredaktion des „Vorwärts“ stellt, nicht vollkommen erfüllen kann. Ein Mann muß mit der Direktion des Blattes betraut werden, der seine ganze Zeit dem Blatte widmen kann. Der „Vorwärts“ muß anders werden. Unsere Genossen können nicht 3, 4 Blätter daneben halten, um sich über die thatächlichen Vorgänge in der Politik zu unterrichten. Wenn wir die Massen irreführen, so kann das gefährliche Konsequenzen haben. Wir haben alle Ursache, das Volk über die thatächlichen wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse aufzuklären. (Beifall.)

Kolb-Karlsruhe betont die Nothwendigkeit, die Preisverhältnisse Badens besser zu gestalten. Die Abonnentenzahl geht in vielen Städten zurück, namentlich in der Umgegend von Karlsruhe. Um den Angriffen der national-liberalen Presse entgegenzutreten, müsse ein Parteiblatt geschaffen werden, das auf der Höhe der Zeit steht; schaffe man ein täglich erscheinendes Blatt, so würden bei der nächsten badischen Landtagswahl neue Siege erfochten, sonst sei an Erfolge nicht mehr zu denken. In dem Antrage sei ja nur davon die Rede, daß der Partei-Ausschuß die badischen Genossen eventuell unterstütze, wenn die eigenen Mittel nicht ausreichen. Das Geld werde, wenn möglich, auf Heller und Pfennig zurückerstattet werden.

Liebknecht: Vor 20 Jahren wurden bereits hier in Gotha zum großen Theil dieselben Vorwürfe gegen das Zentralorgan erhoben wie heute — nur daß es damals nicht „Vorwärts“ hieß — und gerade weil sie so häufig gebracht werden, macht ein großer Theil der Ausstellungen einen sehr geringen Eindruck auf mich. Wir müssen uns doch darüber klar werden, daß für gewisse Beschwerden, die regelmäßig wiederkehren, tiefere Gründe vorliegen müssen, die es verhindert haben, daß das Ideal von einer Presse, wie es der Parteigenosse vorschwebt, sich bisher im „Vorwärts“ verwirklicht hat. Wollte ich irgend ein anderes Parteiblatt mit demselben Maßstabe messen, der an den „Vorwärts“ gelegt ist, so würde kein Blatt besser fahren. Das weiß jeder vernünftige und gerechte Genosse. Aber das Zentralorgan wird einfach als eine Schwäche betrachtet, die man ohne weiteres schlecht machen kann, ohne das Gute hervorzuheben. Ich bedauere es, daß der Punkt „Presse“ nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages mit einem Referenten und Korreferenten gesetzt ist. Dann hätte ich Zeit gehabt, die Fragen nach allen Richtungen hin eingehend zu behandeln und die maßgebenden Grundsätze klarzulegen, was ich jetzt nicht kann. Es sollte mir leid thun, wenn der Parteitag nicht einen Beschluß faßte, für das nächste Jahr ein Referat und Korreferat darüber entgegenzunehmen.

Ich habe die Stellung eines Chefredakteurs niemals so aufgefaßt, wie es gewöhnlich in Deutschland der Fall ist. Man versteht darunter einen Mann, der die ganze Zusammenstellung besorgt, das ganze Material durch seine Hand gehen läßt und für alle Einzelheiten verantwortlich ist. Ich habe nicht die Zeit dazu, von Morgens bis Abends in der Redaktion zu sein, und ich würde mein Amt nicht nur niemals übernommen, sondern meine Freunde würden es mir auch garnicht angeboten haben, wenn das von mir verlangt wäre. In Frankreich versteht man unter Chefredakteur einen Mann, der in politischen und sonstigen Dingen die Maschinerie der Redaktion leitet. Clemenceau, der jegige Chefredakteur der „Justice“, schreibt dafür Leitartikel, und im übrigen wird das Blatt von Leuten in seinem Geiste redigirt. Wenn uns die Einrichtung der Redaktion in diesem Sinne noch nicht gelungen ist, so liegt das daran, daß wir eine hierfür geeignete Persönlichkeit noch nicht gefunden haben. Unsere Presse dezentralisirt sich immer mehr, und das ist gut. Wenn von einem der Vorredner auf die Nothwendigkeit der Zentralisation hingewiesen ist, so halte ich demgegenüber eine Zentralisation für das größte Unglück für die Partei. Die Partei hat eine große Presse, die sie immer mehr zu entwickeln

sucht, und was an Talenten in der Partei da ist, übernimmt eine selbständige Stellung. Hierzu kommt noch ein anderes Moment. Der „Vorwärts“ befindet sich in einer ganz eigenthümlichen Lage, er ist zugleich Zentralorgan und Lokalblatt, und das hat große Schwierigkeiten im Gefolge. Die Berliner Lokalangelegenheiten einerseits und die Parteinachrichten andererseits, die der „Vorwärts“ als Zentralorgan möglichst vollständig bringen muß, nehmen einen sehr großen Raum ein. Es ist davon gesprochen, daß manche Artikel so lange liegen bleiben, aber der Raum des „Vorwärts“ ist zu beschränkt. Uns steht nicht so viel Platz zu Gebote, wie etwa der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, es macht uns schon eine große Mühe, das hineinzubringen, was unbedingt hineinkommen muß. — Es ist ferner gesagt worden, der „Vorwärts“ soll aus einem Guß hergestellt sein: Ja, das sollte er sein, aber er ist es nicht, weil verschiedene Strömungen darin zur Geltung kommen. Man wirft dem „Vorwärts“ vor, daß er oft keine Meinung hat und nicht zu allen Fragen Stellung nimmt, aber in diesem Punkt gerade zeigt sich der Unterschied zwischen einem Zentral- und einem Lokalblatt. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes, so wäre ich sicher der erste, der zu jeder Frage entschieden Stellung nimmt. Das Zentralblatt hingegen gehört der ganzen Partei, und wenn in der Partei verschiedene Strömungen herrschen, so halte ich als Chefredakteur des Zentralorgans mich nicht für berechtigt, meine Meinung als die leitende Meinung hinzustellen. Ich habe es stets für meine Pflicht gehalten, den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen und abweichende Meinungen nicht vom Redaktionsstuhl herab zu verdammen oder gar zu exkommunizieren. Solche Differenzen innerhalb der Partei gab es z. B. in der Agrarfrage und in der bayerischen Landtagsfrage. Hätte ich damals Stellung genommen, so hätte ich damit einen Theil der Genossen, denen ich das gleiche Recht der Meinung zuerkenne wie mir selbst, verletzt und, wie die Dinge liegen, sogar beleidigt. Ich habe nicht das Gefühl der Unfehlbarkeit, ich glaube ja in manchen Dingen ebenso gut wie ein anderer in der Partei richtig urtheilen zu können, aber ich halte mich doch nicht im Stande, immer das Richtige zu finden. Ich war z. B. bei der Agrarfrage, wo die Geister sehr heftig aufeinander plakten, nicht in der Lage, zu sagen, was das absolut Richtige war, und ich würde eine Partei verachten, wenn sie sich eine solche Bevormundung oder Schulmeisterie gefallen ließe. Kurz die Redaktion des Zentralblattes kann als Redaktion zu derartigen Fragen nicht Stellung nehmen.

Wir haben nun das Abkommen getroffen, daß die Redaktion nach der Majorität Stellung nimmt. Dann kann aber die Minderheit kommen und das Gegentheil sagen, und das wäre einfach Unsinn. (Sehr richtig!) Es könnte dann in dem Artikel eines Redakteurs das Gegentheil von dem zu stehen, was im redaktionellen Leitartikel in derselben Nummer enthalten ist. Man mache sich dies nur klar und man sieht, mit welchen Schwierigkeiten wir im Zentralorgan zu kämpfen haben. Bei den Provinz-Parteiblättern weiß jeder sofort: das hat der Schoenlank oder Parvus, oder wie er sonst heißt, geschrieben oder schreiben lassen. Aber im Zentralorgan halte ich mich nicht für berechtigt, so zu verfahren. Ich bin zu jedem Abkommen bereit, nur darf die Minderheit nicht vergewaltigt werden. Das Zentralorgan darf nicht der große Nürnberger Trichter sein, der die Weisheit den Genossen eintrichtert. Gerade dadurch, daß wir nach allen Richtungen hin selbständiges Denken gefördert, selbständige Organe geschaffen und die Arbeiter geistig gebildet haben, sind wir den Gegnern im Kampfe überlegen.

Es ist mir vorgeworfen, daß ich bei der Frage der sächsischen Landtags-Wahlen nicht mehr eingegriffen habe. Ich bin ja oft diktatorischer Gelüste beziichtigt worden, aber ich habe doch so viel demokratisches Gefühl, daß ich den Genossen in einem Lande, wo die Sozialdemokratie so entwickelt ist, wie in

Sachsen, nicht von Berlin aus Direktiven geben will, wofür sie sich auch bestens bedankt hätten. Das Verlangen, von oben herab alles zu diktiert, kann nur jemand aufstellen, der wirklich nicht fähig ist, den Geist der Partei zu erfassen und die Dinge vollständig zu überschauen. Muß ich denn, wenn ich eine andere Meinung habe, gleich den Gegner für einen Fasel oder Parteiverräther halten und mit Knüppeln auf ihn losgehen? (Weiterkeit und Beifall.) Nein, das darf nicht sein. Ich habe da, wo es galt, die Partei zusammenzuhalten, stets zu vermitteln gesucht. Ich habe die Parteikämpfe in Frankreich und England gesehen und die Erfahrung gemacht, daß dort die Partei vielfach in ihrer Entwicklung gestört worden ist, weil Intoleranz herrschte und der Versuch zu vermitteln und versöhnen unterblieb.

Wenn ich nicht alles so durchführen konnte, wie ich's wollte, so liegt es daran, daß es an ausreichenden Kräften fehlt. Bei einem so großen Blatt, wie der „Vorwärts“, bei dem das, was man nicht sieht, eine größere Arbeit verursacht als was man sieht — ich denke an die ungeheure Fluth von Einsendungen — ist unser Amt ein sehr schwieriges. Wenn man nur die ungeheure Korrespondenz, die der „Vorwärts“ führt, betrachtet, und wenn man die Schwierigkeit der Aufgabe mit den zur Verfügung stehenden Kräften vergleicht, so wird man uns nicht Mangel an Arbeitslust oder Arbeitskraft vorwerfen können. Ich werde übrigens demnächst in einer für das ganze Zeitungswesen beabsichtigten Konferenz gründliche Vorschläge machen, um den Konflikt zwischen Zentral- und Lokalorgan zu beseitigen.

Genosse Antrick wirft dem „Vorwärts“ vor, daß sich im politischen Theil häufig Widersprüche finden. Wenn man aber die beiden Notizen, die er anführt, richtig auffaßt und nicht chauvinistisches Geschrei mit ernstlichem Streben nach Krieg identifiziert, so findet man keinen Widerspruch in den beiden Artikeln, die von mir selbst geschrieben sind. Allerdings hatte die französische Regierung große Angst vor dem Besuche des Zaren. Sie wußte nicht, was seitens einiger exaltirter Leute geschehen könnte, und es bestand ferner eine große Besorgniß, bei Deutschland Anstoß zu erregen. Mit größter Aengstlichkeit wurde während des Pariser Zarenrummels jede Demonstration vermieden, die kriegerisch aussehend konnte. Der französischen Regierung fiel eine Zentnerlast vom Herzen, als der Zar wieder fort war. Das widerspricht nicht der Thatsache, daß die französische Bourgeois-Republik sich Rußland in die Arme geworfen hat. — Wir sollen falsch über die Bewegung im Auslande berichten! Hierbei ist dem Genossen Antrick der Schnitzer unterlaufen, daß er annimmt, der Pariser Gemeinderath besteht aus Sozialisten. (Ruf von Antrick: Ist mir nicht eingefallen.) Aber das ist doch Ihre Voraussetzung. Niemand hat vom Pariser Gemeinderath ein anderes Vorgehen erwartet. Und glauben Sie, daß ich es lobe, wenn unsere Genossen, die freilich sehr schwach vertreten sind, nicht mit Energie protestirt haben, wie die sozialistischen Gemeinderäthe von Lille und Bourdeaux?

Der Widerspruch zwischen den Korrespondenten des Auslandes und den redaktionellen Notizen rührt daher, daß ich auch andere Meinungen aufkommen lasse. Ich halte die Leser des „Vorwärts“ nicht für so dumm, daß sie nicht aus verschiedenen Anschauungen das Richtige herausfinden können. Ich glaube, daß meine Toleranz nur Lob und nicht Tadel verdient.

Die wissenschaftliche Beilage, die gewünscht wird, ist bisher aus Mangel an Raum und aus dem Grunde nicht zu Stande gekommen, weil Konrad Schmidt, den wir dafür in Aussicht genommen hatten, zu dieser Arbeit keine Zeit hatte. Er hat sich aber jetzt bereit erklärt, je nachdem es beschlossen wird, einmal wöchentlich oder zweimal monatlich eine derartige Uebersicht zu geben, und ich kenne keinen Mann in der Partei, der dazu befähigter wäre.

Was die Polemik mit Duarc betrifft, so müssen wir einen Unterschied

machen zwischen einer Polemik mit Gegnern und mit Genossen. Ich bin dagegen, daß die Polemik mit Genossen persönlich betrieben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ist das aber der Fall, dann muß die Person, die den Angriff unternimmt, sich auch nennen. (Sehr richtig.) Und wenn sie sich genannt hat, dann ist es mir vollständig gleichgültig, wer die Polemik führt. Vorausgesetzt, daß in dem Streit nicht etwas absolut Unanständiges vorkommt, oder etwas, was gegen die Parteidisziplin verstößt, läßt sich vom Standpunkt unbeschränkter Meinungsfreiheit der Polemik keine Grenze setzen. (Sehr richtig!) Man darf aber niemals versuchen, einem Genossen die Partei-Ehre abzuschneiden. (Beifall.) Das sind meine Grundsätze, die wohl von jedem gebilligt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe es bedauert, daß gestern mein Kollege und Freund Schmidt Dinge gegen Duarcé geäußert hat, die besser nicht gesagt wären. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man einen Mann wie Duarcé hinstellt als einen Menschen, der noch kein richtiger Genosse ist, sondern erst „fertig werden muß“, so bedaure ich das. Und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß von ihm als von einer „verfrachten bürgerlichen Existenz“ gesprochen worden ist. (Bravo.) Gewiß, verfrachte bürgerliche Existenzen haben wir bei uns und solche Existenzen drängen sich an uns heran. Diesen Ausdruck kann man aber nicht auf Duarcé anwenden. Der Mann hat sich durchaus normal nach vorwärts, aus der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus entwickelt. Daß er mit seinen früheren Anschauungen gebrochen hat und zu uns gekommen ist, das ist doch wahrhaftig kein Vorwurf. Duarcé ist aus einer Partei herausgegangen, die ihm eine bessere Stellung hätte geben können, als wir. (Sehr richtig.) Wir klagen über Mangel an Talenten und dabei wird jeder niedergeknüttelt, der aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Können wir denn warten, bis aus der Arbeiterklasse Redakteure herauswachsen? Die ehrliche Gesinnung ist eine selbstverständliche Voraussetzung, aber damit allein redigiert man doch keine Zeitung. Ich gebe zu, daß wir die schlechtesten Versammlungsberichterflatterer haben; es kommt daher, weil wir nicht auf die Fähigkeit sehen können, sondern auch auf die Genossen Rücksicht nehmen müssen. Noch einmal, ich, der ich Duarcé von allen hier Anwesenden vielleicht am besten kenne, protestiere dagegen, daß man den Mann so beschimpft. (Beifall.)

Nun komme ich auf die „Neue Welt“. Es hat mich im Ganzen sehr gefreut, daß wir zum ersten Mal eine Preßdebatte gehabt haben, in der man versucht hat, einen höheren Flug zu nehmen; es ist einmal ernst und würdig von der Kunst gesprochen worden. Theoretisch bin ich mit den gestrigen Ausführungen Steiger's durchaus einverstanden, aber das, woraus man ihm einen Vorwurf macht, wird von seinen Ausführungen gar nicht getroffen. Ueber die allgemeinen Grundsätze der naturalistischen Kunst, das heißt darüber, daß die Kunst natürlich sein, die Natur zur Grundlage, zum Ausgangspunkt und zum Ziel haben muß, sind wir alle einig, wir finden sie schon ausgesprochen bei dem Idealisten Schiller, von Goethe, Lessing, ja schon bei Aristoteles. Der Fehler in der „Neuen Welt“ ist der, daß Steiger glaubt, es sei jetzt eine neue Kunst, eine fertige Kunst entdeckt worden, und das sei die Richtung des „jüngsten Deutschland“. Darin kann ich Steiger allerdings nicht folgen; diese Richtung ist weder neu, noch fertig; sie ist im Gegentheil recht unreif und unfertig. Es ist richtig: naturalia non sunt turpia; aber es giebt Dinge, die man in anständiger Gesellschaft nicht sagt und thut. (Sehr richtig!) Wenn jemand das natürliche Bedürfnis, das die Bertha gehabt hat, hier in diesem Saale verrichten würde, dann würde jeder sagen, das ist zwar natürlich, aber äußerst unanständig (große Heiterkeit); und ob ich das in diesem Saale oder vor einem Leserkreis von 240 000 Familien thue, so ist das gar kein Unterschied. (Sehr richtig!) Steiger ruft: Nur bis an die Thüre! Der richtige,

„jüngste“ oder „grüne“ Naturalist thut eine große That, wenn er ein derartiges natürliches Bedürfnis gewissermaßen der übrigen Menschheit zum Trost, nur um seine eigene Hypermenschlichkeit zu offenbaren und zu bethätigen, direkt vor den anderen und ihnen ins Gesicht verrichtet! (Große Heiterkeit.) Das, dieser Kultus des unerhüllten Unmoralischen, die thierischen Funktionen des Menschen ist das, wogegen die Arbeiter protestirt haben.

Nun komme ich noch auf ein Moment, das von größter Bedeutung für das Proletariat ist. Das jüngste Deutschland hat als Produkt der Decadence d. h. der Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaft eine gewisse prickelnde Lust, alle sexuellen Dinge auszumalen. Schon in der Fäulnis des alten Römerreichs hatten wir dieselbe Erscheinung. Und hier sage ich: — ich bin wahrhaftig nicht prüde, in meiner Gegenwart kann man sehr vieles sagen; aber wenn vor heranwachsenden Kindern — die „Neue Welt“ soll ja Familienblatt sein — diese geschlechtlichen Dinge behandelt werden, wie wirkt denn diese Erregung der Lüsterheit auf die Kinder! Das Proletariat wird heute schon so zu Grunde gerichtet durch soziale und ökonomische Verhältnisse; sollen wir noch dazu beitragen, Körper und Geist der Kinder des Proletariats zu ruinieren? Wenn die Arbeiter von diesem Gesichtspunkte aus sich widersetzen, dann haben sie vollkommen recht. Es ist der Trieb der Selbsterhaltung. Steiger wird das auch anerkennen — ich drücke mich drastisch aus, das Thema bringt es ja mit sich: Die Schweinerei gehört nicht in die „Neue Welt“ hinein!

Ich habe mit Jemand, der vielleicht den bekanntesten Namen in unserer modernen sozialistischen und realistischen Romanliteratur hat, in diesem Sinne eine briefliche Polemik gehabt, und mein Widerpart mußte mir schließlich zugeben, daß das, was ich unter gebildeten Leuten nicht sage und nicht thue, auch nicht gesagt und geschildert werden darf in Zeitungen, Unterhaltungsblättern u. s. w. Ich bin mit der Ansicht Steiger's in Bezug auf die Bedeutung des jüngsten Deutschland auch nicht einverstanden. Ich glaube z. B. nicht, daß Hauptmann der große Mann ist, als welchen er ihn hingestellt hat; es ist sehr viel Plattes, Geschmackloses und Häßliches in seinen Schriften, und vor Allem ist nichts Revolutionäres darin, nein, Spießbürgerlich-reaktionäres zum größten Theil. (Beifall und Widerspruch.) Und die Griechen, die doch auch etwas von Kunst verstanden und große Realisten waren, ließen alle graufigen und anstößigen Sachen, statt sie darzustellen und auszumalen, hinter der Bühne verrichten. In der „Kunst der Poesie“ des Horaz wird das ausdrücklich gelehrt. Der größte aller Realisten, das war ein gewisser Homer (Heiterkeit); ihn wird Steiger als Autorität ja auch vielleicht anerkennen, obgleich das jüngste Deutschland keine anderen Autoritäten kennt, als seine eigenen Wichtigkeiten und Wichtigkeiten. (Heiterkeit.) Im Homer, in der Ilias, kommt eine wunder schöne Stelle vor, welche ich Freund Steiger bitte stets zu lesen, ehe er an seine Redaktionsarbeit geht. Als die Götter sich streiteten um das Geschick von Troja, als schließlich die Juno entschlossen ist, die Trojaner zu vernichten, sucht sie den anders denkenden Jupiter für sich zu gewinnen, und es gelingt ihr auch durch realistische Frauenkünste — aber der große Realist Homer läßt eine Wolke um beide verbreiten; und diese Wolke empfehle ich Freund Steiger. (Stürmische Heiterkeit.) Und zum Schluß erinnere ich ihn und andere Apostel des jüngsten Deutschland noch an ein Sprichwort, das ja lateinisch ist und das ich deshalb zitiren kann: cacatum non est pictum! (Stürmische Heiterkeit und Gändeklatzen.)

Fischer (Berlin): Die eben vom Genossen Liebknecht präzisirte Haltung zur „Vorwärtsfrage“ ist nicht einladend, dieses Thema fortzusetzen. Wenn der Mann, der an der Spitze des „Vorwärts“ steht, gegenüber den Vorwürfen, die gegen das Blatt erhoben werden, nichts anderes zu sagen weiß, als daß

er sie seit 25 Jahren höre, und daß sie auf ihn keinen Eindruck machen, so ist es eigentlich überflüssig, darüber zu diskutieren. Ich ziehe freilich den entgegengesetzten Schluß; ich meine: weil seit 25 Jahren die Vorwürfe immer wieder erhoben werden, deshalb muß etwas Richtiges an ihnen sein. (Sehr richtig!) Liebknecht: Habe ich auch gesagt! Nun will Liebknecht die Chefredaktionsstelle nach französischem Muster eingerichtet wissen; wenn er heute aber die Chefredakteurstelle trotzdem beansprucht, dann darf er nicht das halbe Jahr auf der Redaktion fehlen. Liebknecht konstruiert nun einen Gegensatz zwischen Zentralorgan und Lokalorgan, und erklärt es daraus, daß er absolut außer Stande sei, den „Vorwärts“ den Beruf erfüllen zu lassen, ein unterrichtendes und aktuelles Organ zu sein. Gewiß, der Stoff ist sehr ausgedehnt; das Blatt erscheint aber auch 2, 3 und 4 Bogen stark; und nicht das Ueberwuchern des lokalen Theiles hat die Veranlassung zu den Klagen gegeben, sondern hauptsächlich der politische Theil, der Mangel dessen, was nicht drin steht. Wenn der „Vorwärts“ seine Aufgabe deshalb nicht erfüllen könnte, weil er zugleich Lokalblatt ist, wenn er andererseits deshalb keine Stellung zu den die Partei bewegenden Fragen soll nehmen dürfen, weil er Zentralorgan ist, so schaffe man doch dadurch Remedur, daß man den Charakter des Zentralorgans vom „Vorwärts“ trennt und den Berliner Genossen über das Lokalblatt denselben Einfluß und dieselben Rechte einräumt, die die Genossen des letzten Provinzblattes haben. Liebknecht sagt uns freilich, es sei die Aufgabe des Zentralorgans, überhaupt nicht Stellung zu nehmen. Er steht aber, glaube ich, damit einzig in der Partei da. Deshalb hat man ja ein Zentralorgan geschaffen, deshalb hat man ja einen Mann von Liebknecht's Bedeutung zum Chefredakteur gemacht, daß er Stellung, daß er die Führung übernimmt; sonst brauchte man kein Zentralorgan, dann wäre ja die ganze Aufgabe des Zentralorgans, alles gemüthlich zu registriren — dafür braucht man denn auch kein solches Budget! (Beifall.)

Aber die jahrelangen Erfahrungen brachten mich zu der Befürchtung, daß daran nichts geändert werden wird, der „Vorwärts“ wird nach wie vor nichts sein, als ein Bild der journalistischen und politischen Zerfahrenheit, das Organ leerer raisonnirender Redensarten. (Widerpruch.) Wir dürfen nicht empfindlich sein, wir müssen Jedem die Freiheit des Urtheils überlassen, sonst kommen wir zur Waschlapperei! (Sehr richtig!) Meine Vorwürfe gegen den „Vorwärts“ entspringen nicht einem Vorwurfe gegen Liebknecht's guten Willen. Es giebt in der ganzen Partei keinen Genossen, und ich wäre der letzte, der Liebknecht Mangel an Arbeitslust und Arbeitskraft vorwerfen würde! Der Fehler liegt in der Individualität Liebknecht's. Wir haben ihn auf einen Posten gestellt, der sich mit seiner Individualität nicht verträgt. Er kann den Posten nicht ausfüllen (sehr richtig! und lebhafter Widerpruch); und seine Arbeitskraft ist für die Partei viel zu kostbar, als daß man sie in diese mechanische Zieh- und Pflügarbeit hineinspannt! Was soll es nur heißen, wenn der Chefredakteur uns heute und seit Jahren immer wieder sagt: ich könnte über das Blatt noch viel mehr klagen, meine Mitarbeiter taugen nichts, unsere Berichterfasser sind die schlechtesten in ganz Berlin! Nein, nicht der Mangel an Leuten, an Intelligenzen ist es, der ihm fehlt — die Sache ist anders, neben Liebknecht können die geistigen Kräfte der Mitarbeiter sich nicht entfalten, sie nicht auswachsen, sie haben keinen Spielraum; an Material fehlt es nicht, selbständigen Existenzen ist es aber überhaupt nicht möglich, neben Liebknecht zu arbeiten (Beifall und Widerspruch). Ich verweise nur auf Schoenlank; wie vorzüglich ist die „Leipziger Volkszeitung“, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ redigirt, wie fällt dagegen die Art ab, mit welcher der „Vorwärts“ Fragen wie die sächsische, die bayerische, die Agrar-, die Gewerkschaftsfrage behandelt! Der „Vorwärts“ hat nie den Muth der eigenen Meinung bekundet. Berlepsch ist gegangen, der Kriegsminister ist gestürzt — der „Vor-

wärts“ schreibt keine Zeile! Diese Dinge sind ja vielleicht nebensächlich, aber ein führendes politisches Blatt muß doch dazu Stellung nehmen. (Beifall.)

Was nun die „Neue Welt“ angeht, so lasse ich die Frage Kunst, Moral, Idealismus, Naturalismus zc. unberührt, solche Fragen werden nicht durch Abstimmungen auf Parteitagungen gelöst; wir sind kein Moral- und kein Kunst-Koncil. Aber die Art und Weise, wie Bérard auf die „Neue Welt“ loshaut, kann man nicht billigen. (Lebhafter Beifall.) Auch ich halte die Wahl des Romans von Hans Vand „Der neue Gott“ für einen Mißgriff; ich mache daraus keinen großen Vorwurf, wir in Berlin sind durch den Feuilletontheil des „Vorwärts“ zum Verzeihen und zur Resignation erzogen worden. (Heiterkeit und Beifall.) Welches sind denn die Vorwürfe Bérard's? Die Sozialdemokratie werde verhöhnt! (Das ist nicht mal wahr, die Sozialdemokratie soll darin sogar verherrlicht werden.) Ein Spizel wurde verhauden! Mutter Bertha hat zu viel Geld verschwendet an Blumen zur Schmückung des Sarges ihres Kindes! Und schließlich hat er zusammengezählt, wie oft der Name Gottes eitel genannt wurde! Mit einer solchen Auffassung kommt man zur langweiligen Sonntagsmittagspredigt! Richtig aber ist es, in den weitesten Arbeiterkreisen ist ein gewisses Mißbehagen gegen die „Neue Welt“ vorhanden, und Steiger thut gut, das zu berücksichtigen und zu ändern. Es handelt sich hier nicht um eine Moralfrage, nicht um ein Kunstprogramm, sondern darum, daß Steiger viel zu wenig beachtet hat, daß die „Neue Welt“ auch ein Familienblatt ist, das jeder seinen heranwachsenden Kindern in die Hand geben will. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß kein Moralfeg, aber auch ich sah mich schon gezwungen, die „Neue Welt“ meinen Kindern wegzuräumen. Gewiß — naturalia non solum turpia, aber man läßt sich doch nicht im Kloset photographiren. (Stürmische Heiterkeit.) Es sind nur Kleinigkeiten, die aber das Mißbehagen der Genossen hervorgerufen haben. Mehr als nothwendig wird das sexuelle Problem behandelt, und zwar nicht das psychologische Geheimniß, sondern der einfache mechanische Vorgang (sehr wahr!), und dagegen bäumt sich der gesunde Sinn der Arbeiter mit Recht auf. Die Rußzene, die Schoenlank aus Claude Tillier's Roman „Onkel Benjamin“ anführte, ist ein ganz prächtiges Beispiel; wenn von einem sog. „Modernen“ das dargestellt wäre, so bin ich überzeugt, daß der Schriftsteller nicht die Situation, sondern den schmutzigen Körpertheil geschildert hätte. (Heiterkeit.) Das ist der große Unterschied zwischen Meister und Pfscher. Das muß Steiger beseitigen, dann wird das Mißbehagen verschwinden. Wenn man Steiger diese Vorwürfe macht, so muß man aber auch offen zugestehen, daß andererseits die „Neue Welt“ an geistigem Gehalt, an Vielfältigkeit weitaus besser geworden ist. (Lebhafter Beifall.) Aus diesem Grunde muß auch der Antrag abgelehnt werden, sie wieder auf 8 Seiten zu reduciren, denn damit kann man kein gutes Blatt machen. Ebenso lehnen Sie den Altonaer Antrag ab, der „Neuen Welt“ den Charakter einer Beilage zu nehmen, sie zu einem selbständigen Unterhaltungsblatt zu machen. Wie wollen Sie bei den heutigen Verhältnissen mit den bürgerlichen belletristischen Journalen und Revuen konkurriren? Wenn Sie das beschließen, müssen Sie auch gleich ein Anlagekapital von 200—300,000 Mk. zur Verfügung stellen. (Beifall.)

Sichhorn-Dresden: Meine Beschwerde richtet sich gegen den Neuen Weltkalender; er ist bedeutend schlechter geworden. (Widerpruch.) Die Verbilligung des Kalenders ist auf Kosten der Kolporteurs erfolgt, und das finden die Genossen nicht schön. Die „Neue Zeit“ ist vertheuert worden; sie arbeitet mit einem bedeutenden Defizit. Es wird deshalb schon davon geredet, die „Neue Zeit“ wieder in eine Monatschrift zu verwandeln. Dem Genossen Diez ist nicht zumuthen, das Defizit auf die Dauer zu tragen. Ich möchte der Parteileitung deshalb empfehlen, sich näher zu überlegen, wie der „Neuen Zeit“ zu Hilfe zu kommen ist. Die „Neue Zeit“ hat leider nur 4000 Abon-

nennten; die Partei muß das lebhafteste Interesse für die Existenz ihres wissenschaftlichen Organs haben. Vielleicht empfiehlt es sich, die „Neue Zeit“ in direkte Parteiregie zu nehmen. Redner empfiehlt weiter eine Wochenausgabe des „Vorwärts“ als Ersatz für den „Sozialdemokrat“ und bringt einen diesbezüglichen Antrag ein.

Neue-Herlohn: Die „Neue Welt“ kann auch den Kindern ruhig in die Hand gegeben werden. Kinder lesen etwas Anstößiges garnicht heraus, sie verstehen es garnicht. Wenn Frohme so überaus empfindlich ist, soll er doch beantragen, daß die Figuren auf der Lustgartenbrücke in Berlin Wadehofen bekommen. (Heiterkeit.) Einzelne Beschwerden gegen die „Neue Welt“ sind gewiß berechtigt, aber deshalb braucht der Parteitag noch keine Scheiterhaufen zu erbauen und Steiger und die „Neue Welt“ da hinaus zu sehen. Redner tritt für den Antrag 34 ein, der dahin abgeändert werden könne, daß nach jeder Verabschiedung einer Gesetzesvorlage im „Vorwärts“ deren Text in einer besonderen parlamentarischen Beilage beigegeben wird.

Folgender Antrag ist eingegangen:

„Der Parteitag möge beschließen, eine Wochen-Ausgabe des „Vorwärts“ herauszugeben.“

Der Antrag findet jedoch nicht die nötige Unterstützung.

Nummehr tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet um 2 Uhr die Sitzung.

In der wiedereröffneten Diskussion nimmt Schmidt-Magdeburg unter lebhaftem Beifall die Notiz in der „Volksstimme“ gegen Quard als unbegründet zurück. Was hat mich aber zur Abfassung jener Notiz veranlaßt? Quard hat schon oft experimentirt, aber seine Experimente niemals zum Abschluß gebracht. Es ist meine Ueberzeugung, daß er durch seine Projekte die alte Polemik zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung wieder angefaßt hat. In manchen Orten sind Genossen, die einen Unterschied zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung nicht kennen, als Gegner der Gewerkschafts-Bewegung gekennzeichnet worden. Das hat mich, der ich ein temperamentvolles Gemüth habe (Große Heiterkeit), empört und da kann es schon vorkommen, daß einmal einem die Feder ausrutscht. Das passiert auch anderen. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Zu meiner Ansicht, daß Quard seine Arbeit aus Geldrücksichten nicht vollendet hat, bin ich durch einen Ausspruch von ihm in der ersten Sitzung der Agrarkommission veranlaßt worden. Leider ist es damals nicht zu einer Aufklärung des Mißverständnisses gekommen. Ich mußte damals annehmen, daß Quard meinte, daß er nicht entsprechend pekuniär für die Arbeit entlohnt sei (Quard ruft: sehr nobel!) Nobel ist es gewiß, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen. (Lebhafter Beifall.) Quard ist zweifellos ein Mann, der über die ganze Taktik der Partei in äußerster Unklarheit sich befindet. (Sehr richtig!) Im „Vorwärts“ war die Kommission für Arbeiterstatistik scharf angegriffen worden, in einem anderen Blatte wurde sie in Schutz genommen. Es stellte sich heraus, daß der Verfasser dieser beiden Artikel sich auf die eine und dieselbe Person des Genossen Quard verdingt. (Heiterkeit und hört! hört! — Quard ruft: unwahr!) Dann widerlegen Sie mich. Wie ist die Haltung Quard's in seiner „Kaufmännischen Presse“! Die antisemitische Partei stellte er als eine Volkspartei neben der sozialdemokratischen Partei hin. In einem anderen Artikel konstatiert er mit großer Freude die Verleihung des Kronenordens an jemand! Welche Mäxchen macht er gegenüber den Thüringer Genossen. Von sozialdemokratischem Thüringer Gruß hat er da geredet! Das alles zeigt doch, daß er die Bewegung offenbar gar nicht so ernst nimmt.

(Lebhafter Beifall.) Ich habe diese Aussprache auf dem Parteitage lebhaft gewünscht, denn sie ist sehr dienlich; einmal wird sie Veranlassung, daß in der Presse — und damit bin ich einbegriffen — anständiger geschrieben wird (große Heiterkeit), und sodann wird sie hoffentlich auch Quard belehren, daß er etwas sachlicher aufzutreten und sich den Anschauungen und der Taktik der Partei etwas mehr anzupassen hat. (Beifall.) Damit verlasse ich den Quard und komme auf den „Vorwärts“.

Ich hatte nicht beabsichtigt hierzu zu sprechen. Nachdem die Frage durch Liebknecht und Fischer aufgerollt, will auch ich mich hierzu äußern. Die Ausführungen Fischer's unterschreibe ich. Wir wollen die Kraft Liebknecht's nicht missen, aber wo er jetzt steht, kann er sie nicht völlig entfalten. Er ist gebunden und das Band muß ihm genommen werden. Liebknecht ist nicht der Mann, der von früh bis abends auf dem Sessel sitzt. Er gehört draußen hinaus in die Agitation und in das Parlament. Da nützt er der Partei ganz anders. Suchen Sie ihn in den Berichten über die Parlamentsverhandlungen. Sie finden ihn nur bei der Staatsberathung und da hat er keine Zeit gehabt, den Stat zu studiren. (Sehr wahr!) Nun haben wir den Vorschlag gemacht — wir wollten es im Fraktionskreise besprochen wissen —, es solle Liebknecht unter Belassung eines Jahresgehalts die Mitarbeiterenschaft am „Vorwärts“ gesichert sein und wir sollen uns dann bestreben, einen Mann zu finden, der den „Vorwärts“ nach dem Muster der „Leipziger Volkszeitung“ gestaltet, nach Eintheilung, Ausstattung und Eingehen auf die unentbehrlichsten Fragen. (Beifall und Widerspruch.) Jetzt schöpsen die Genossen aus der „Leipziger Volkszeitung“ ihre Nahrung. (Widerspruch.) Aus Fischer's Worten klang ja heraus: So lange Liebknecht an dieser Stelle ist, ändert sich am „Vorwärts“ nichts; ist es nicht so? (Lebhafter Zustimmung.) Dann ziehen Sie auch die Konsequenzen daraus. Bezüglich der „Neuen Welt“ bitte ich Sie dringend, an ihr nichts zu ändern, weder nach Inhalt noch nach der Seitenzahl. Wir in Magdeburg sind mit ihr zufrieden. Die besprochenen Mängel wird Steiger ja abstellen. (Beifall.)

Webel: Ich hatte nicht die Absicht, zur „Vorwärts“-Frage zu sprechen. Ich bedauere lebhaft, daß diese Verhältnisse hier besprochen werden. Ich würde auch trotzdem darauf nicht eingegangen sein, wenn Liebknecht selbst nicht auch Dinge mitgetheilt hätte, von denen ich annahm, daß sie vorläufig im internen Kreise bleiben sollten, und wenn nicht die Erörterung von ihm in einer Weise geführt wäre, die mich zwingt, im Namen derjenigen, die damals den Verhandlungen bewohnten, eine kurze Erklärung abzugeben, weil unser Schweigen zu auffällig wäre.

Liebknecht hat den Beschluß, daß, wenn in solchen Fällen, wo künftig eine Stellungnahme des „Vorwärts“ in Fragen, die die gesammte Partei betreffen, notwendig sein sollte, innerhalb der Redaktion Meinungsverschiedenheiten bestehen, die Mehrheit der Redaktion entscheiden solle, welche Stellung einzunehmen sei, einen einfachen Uninn genannt, obgleich der Beschluß mit seiner Zustimmung einstimmig gefaßt worden ist. (Hört! hört!) Wir alle wußten, daß jener Beschluß nicht das Ei des Kolumbus ist, er war nur ein Ausweg, um aus einer langjährigen Nothlage herauszukommen, wir hatten uns in einer großen Masse von Konferenzen, in unerquicklichen Verhandlungen mit der Sache beschäftigt; wir haben Liebknecht nicht überzeugt, Liebknecht hat uns nicht überzeugt. Wir stehen uns noch heute gegenüber, wie bereits seit Jahren, und es ist ein Verhältniß, das für uns alle, für ihn zweifellos ebenso wie für uns, so geworden ist, daß wir froh sind, wenn wir überhaupt nicht über diese Dinge zu sprechen haben. Ob es gelingen wird, in der Preßkonferenz, wie er angedeutet hat, einen gemeinsamen Boden zu finden, weiß ich nicht. Ich bin nicht gewillt, dieses für mich unerquickliche Thema weiter zu erörtern.

Dann muß ich noch auf eine zweite Bemerkung von ihm kommen. Als er neulich bei den Angriffen auf die „Sächsische Arbeiterzeitung“ erklärte, er habe bei der Auseinandersetzung zwischen Vollmar und mir vor zwei Jahren keine Stellung nehmen wollen, weil es zu einer Spaltung der Partei geführt haben würde, habe ich nicht geantwortet, so nahe es auch mir gelegen hätte. Ich habe mich privatim mit ihm auseinandergesetzt. Nachdem er aber heute wieder erklärte, daß diese seine Nichtparteinahme — die beiläufig bemerkt, doch eine Parteinahme war — stattgefunden habe, um die Partei aufrecht zu erhalten, muß ich erklären: Das hat weder Liebknecht noch irgend ein anderer Genosse in der Partei nothwendig gehabt.

Parteigenossen! Ich habe die felsenfeste Ueberzeugung, daß es keinen Mann in der Partei giebt, er möge noch so mächtig und angesehen sein, ob er Liebknecht, ob er Singer, ob er Auer, ob er Vollmar oder Webel heißt, der im Stande wäre, die Partei auseinanderzureißen. (Stürmischer Beifall.) Derjenige, der sich beikommen ließe, den Versuch zu machen, der wäre der erste, der aus der Partei herausfliegt. (Unhaltender Beifall.) Die Partei ist so in sich gefestigt, es ist bis auf den letzten Mann in unseren Reihen das Bewußtsein von der Nothwendigkeit treuen Zusammenhaltens ein so bedeutendes, so für nothwendig erkannt, daß da niemand auch nur denken kann, einen anderen Geist in die Partei hineinzubringen. (Lebhafter Beifall.) Ich setze hinzu: daran denkt auch Niemand. Damit verlasse ich dieses Thema.

Ich bitte Sie zunächst den Antrag 84, den Scheidemann bekräftigte, als unausführbar und den Antrag 74, weil er etwas Selbstverständliches enthält, abzulehnen. Ferner ebenfalls abzulehnen den Antrag Scheuing, der auf eine Ehren- und Rechtfertigungserklärung für Duarcé hinausläuft. Ich habe dem ganzen Streit in der Presse zur gewerkschaftlichen Bewegung fern gestanden. Duarcé kann mir keine Animosität gegen ihn vorwerfen. Er war im vorigen Jahre mit mir zusammen in der Agrarkommission, wo ich an seiner Seite die Schläge mit bekommen habe. (Geisterkeit.) Sie haben ihn deshalb vielleicht weniger geschmerzt, weil getheilter Schmerz halber Schmerz ist. Hier aber muß ich erklären, daß er gar keinen Grund zu solchen Rekrimationen hat, wie er sie gemacht hat. Wenn wir solche Erörterungen auf dem Parteitage machen wollen, können wir die ganze Woche damit zubringen und würden nicht fertig werden. (Sehr wahr!) Ich habe die Artikel mit großer Sorgfalt mehrmals gelesen und muß erklären, daß der erste Artikel, den die Redaktion des „Vorwärts“ einleitet mit den Worten: „Man schreibt uns“, Duarcé nicht die mindeste Veranlassung hat geben können, sich verletzt zu fühlen. Wenn einer dazu Grund gegeben hat, war es Niemand anders als Duarcé selbst. (Sehr wahr!) Aber wie steht es mit dem Antrage? Wissen die 20 Delegirten, was sie unterschrieben haben? Nicht nur eine persönliche Ehrenerklärung wird da für Duarcé verlangt, sondern zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß seiner sachlichen Stellungnahme in der Gewerkschaftsbewegung die Zustimmung ertheilt wird! Der Parteitag thut am besten, wenn er den hier gestellten Antrag einfach ablehnt.

Was die Erörterungen über die „Neue Welt“ betrifft, so ist der unter Punkt 3 im Antrag 44 ausgesprochene Wunsch, daß die Redaktion sich am Druckort des Blattes befinden soll, durchaus berechtigt und erklärlich. Es wundert mich aber, daß Genosse Bérard diesen Antrag veranlaßt hat, denn er weiß ganz genau, daß von den vier Redakteuren, die die „Neue Welt“ in den letzten fünf Jahren gehabt hat, drei nicht geneigt waren, nach Hamburg zu gehen und daß der eine, den wir mit Mühe und Noth nach Hamburg gebracht haben, es nicht als das größte Unglück seines Lebens betrachtete, daß er wieder nach Berlin kam. Bei einem politischen Blatt muß der Redakteur am Orte wohnen, bei einem Unterhaltungsblatt wie die „Neue Welt“ ist es vielleicht

wünschenswerth, aber nicht nothwendig. Genosse Steiger ist auch nicht geneigt, nach Hamburg zu gehen und seine Beziehungen zu Leipzig aufzugeben, sondern er würde es dann vorziehen, die Redaktion niederzulegen. In eine ähnliche Lage würden wir auch mit anderen Genossen kommen. Lehnen wir deshalb diesen Punkt ab. Es wird weiter beantragt, den Umfang des Blattes auf acht Seiten zu reduzieren. Bedenken Sie aber, wie lebhaft früher darüber Klage geführt wurde, daß das Blatt nur acht Seiten hat und deshalb zu wenig bot. (Sehr richtig.) Daß das Defizit sehr groß ist, ist richtig, aber als wir im Vorjahre Steiger zur Annahme der Redaktion bewogen und den Umfang auf zwölf Seiten erweiterten und auch Bérard und Bading als Sachverständige zuzogen, damit wir ein vergrößertes und gutes Unterhaltungsblatt bekommen, hat man uns ein Defizit von mindestens 25 000 Mk. sofort herausgerechnet. Wir haben uns aber gesagt, das schadet nichts, wird das Blatt gut, so ist es das Defizit werth. Wenn das Defizit jetzt etwa 48 000 Mk. beträgt, so kommt das daher, daß wir nicht an den Abonnentenzuwachs dachten, denn von den 40 000 neuen Abonnenten, die wir fanden, kostete jedes neue Tausend 4 Mk. Das Defizit ist aber zum Theil nur ein rechnerisches (Sehr richtig!), denn die 7 bis 8000 Mk. Profite der Druckerei fließen ja wieder in dieselbe Kasse zurück, und um diese Summe reduziert sich das Defizit. Da aber nach meiner Meinung das Defizit nicht mehr als 25 bis 30 000 Mk. betragen darf, habe ich folgenden Antrag gestellt:

Der Parteitag wolle den Antrag 44 ablehnen und beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt“ auf ungefähr 25 000 Mk. herabgebracht werden kann.

Ich habe mich in den letzten Wochen mehrfach mit Sachverständigen unterhalten und glaube, daß es möglich ist, dem Antrage gerecht zu werden, sei es, daß wir das Format des Blattes vergrößern, sei es, daß wir die besseren technischen Einrichtungen uns nutzbar machen. (Sehr richtig.) In bürgerlichen Unternehmungen sind heute Illustrations-Notationsmaschinen in Thätigkeit, die zwar eine enorme Summe kosten, die uns aber in wenigen Jahren das Defizit vom Halse schaffen. Nehmen Sie meinen Antrag an, damit die neue Parteileitung der Frage näher treten kann! Ueber den Inhalt und die Haltung der Redaktion der „Neuen Welt“ brauche ich nur wenig zu sagen. Ich erkläre rund heraus, daß ich die „Neue Welt“ unter der Redaktion Steiger's ihrem Inhalt und ihrer Haltung nach für eine bedeutende Verbesserung halte. (Sehr richtig.) Freilich hätte Steiger gut daran gethan, mit größerer Energie seinen Nothstift zu benutzen. Ich will hier nicht auf die „Mutter Bertha“, auf dieses arme Weib zurückkommen. Wenn sie nicht gestorben wäre, so wäre sie heute sicher todt geredet worden. (Geisterkeit.) Aber gewisse Stellen konnten ganz gut ohne Gefahr für den übrigen Inhalt gestrichen werden. Die Debatte hat für Steiger das eine Gute gehabt, daß er jetzt weiß, woran er ist, daß er das hier Gehörte sich zu Herzen nehmen und in Zukunft uns ein Blatt liefern wird, mit dem die Partei mehr als bisher zufrieden sein kann. Darin, daß das Blatt wesentlich besser geworden ist, stimmt auch Genosse Ruegg, der Redakteur der „Züricher Post“, mit mir überein, der doch gewiß eine urtheilsfähige Person ist. Andererseits habe ich am allerwenigsten, und mit mir die gesammte Parteileitung verkennt, daß Steiger mit seinen neuen Ideen einen schweren Stand in der Partei haben wird. Ich habe ihm das oft gesagt und ihm einigemal den Rath gegeben, nicht zu stürmisch vorzugehen, sondern daran zu denken, daß wir in der Partei Elemente haben, die politisch und ökonomisch auf dem radikalsten Standpunkte stehen, daß es aber bei uns auch Leute giebt, die in Bezug auf Literatur und Kunst

durchaus konservativ sind (sehr richtig), die durch das Fernhalten von jedem geistigen Genuß an Genüsse gewöhnt sind, die Himmelweit von dem Ideal Steiger's entfernt sind.

Es wird darauf hingewiesen, daß auch Kinder die „Neue Welt“ zu lesen bekommen; ja, wenn die „Neue Welt“ vorzugsweise für Kinder redigiert werden soll (Widerspruch), so gründe man doch ein Kinder-Unterhaltungsblatt. Auch ich freue mich, wenn die Kinder eine gute Lektüre haben, aber, seien Sie sich doch darüber klar, daß wir uns auch auf dem Gebiete der Kunst und Literatur heute in einer großen umstürzlerischen Bewegung befinden, in einer Bewegung, wo das Neue mit dem Alten kämpft. Eine Partei, wie die unserer, die reformierend in alle Gebiete eingreift, kann doch nicht auf dem Gebiet der Kunst und Literatur einen Standpunkt vertreten, der nach und nach als ein veralteter angesehen wird. (Sehr wahr!) Die meisten von uns, ich selbst nicht ausgenommen, sind infolge ihrer Thätigkeit garnicht in der Lage, sich um die Entwicklung auf künstlerischem und literarischem Gebiete zu kümmern. Ich habe Illustrationen in der „Neuen Welt“ gefunden, die zweifelsohne bei Vielen Anstoß finden, über die ich mich aber herzlich gefreut habe. Liebknecht hat auf Homer hingewiesen und auf die Schilderung der bekannten Liebeszene zwischen Juno und Jupiter. Nun die Schilderung jener Scene durch Homer ist doch etwas realistischer als Liebknecht sie hier dargestellt hat. (Sehr richtig.) Andererseits sollen wir uns doch daran erinnern, daß unsere Bourgeois-Söhne auf Gymnasien den Aristophanes, den Lucian, den Doid u. s. w. zu lesen bekommen, in deren Werken sich Stellen finden, an die die anstößigen Stellen der „Neuen Welt“ nicht entfernt heranreichen, in deren Werken sich in Bezug auf das geschlechtliche und sexuelle Leben Schilderungen finden, die weit das übertreffen, was man sonst in Deutschland zu sagen oder zu drucken wagt. Diese Literatur wird anstandslos unter den Gymnastiken verbreitet, aber für den Arbeiter soll das sittlich gefährlich sein. Wir haben gar nicht nöthig, auf das Alterthum zurückzugehen. Auch bei Heine finden sich Stellen, die man Kindern nicht anstandslos in die Hände giebt. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Familienvätern sehen sich auch erst den Inhalt des „Süddeutschen Postillon“ und des „Wahren Jacob“ genau an, bevor sie die Blätter ihren Kindern in die Hand geben. Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen, daß wir, da eine Aenderung nothwendig ist und Steiger sich bereit erklärt hat, sein Bestes einzusetzen, über die ganze Streitfrage am besten hinwegkommen, wenn Sie den von mir formulirten Antrag möglichst einstimmig annehmen. (Beifall.)

Der inzwischen eingereichte Antrag Bebel wird, da er die nöthige Unterstützung findet, mit zur Debatte gestellt.

Auer: Zunächst ein paar Bemerkungen über den „Vorwärts“. Ich hätte mich nicht geäußert, wenn nicht Liebknecht mit einer gewissen Nonchalance erklärt hätte, er höre die Klagen über die Presse schon seit 25 Jahren und mache sich nicht viel daraus. Daß die Klagen seit 25 Jahren gehen, und im internen Kreise noch heftiger wie draußen, das stimmt, aber eine Diskussion über diesen Gegenstand, wie diesmal haben wir doch noch nie gehabt, und das zeigt mir, daß ein Krug doch so lange zum Brunnen gegangen ist, bis er zu zerbrechen droht. Nicht Liebknecht soll anders werden, das will keiner von uns; aber keiner kann alles leisten und sei er noch so leistungsfähig. Liebknecht muß auf die Freundesworte hören und dem Wunsche des Parteitage's Rechnung tragen. Dann werden die fünfundschwanzigjährigen Klagen auf einmal verstummen.

Nun zu der Angelegenheit des Genossen Quarc. Ich habe eine Erklärung abgegeben: Der Verfasser der ersten Artikel im „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit ist bisher nicht genannt worden, man hat ihm deswegen in der

Presse und hier sogar Feigheit und ähnliche Dinge vorgeworfen. Ich kann Ihnen jetzt den Verfasser dieser Artikel vorstellen: Ich bin es gewesen. (Geisterkeit. Aufe: Wußten wir schon.) Sie wußten es also und auch Genosse Quarc war von Anfang an darüber unterrichtet. (Quarc: Keine Spur!) Ja offiziell wußten Sie nichts. (Große Geisterkeit.) Aber inoffiziell war es Ihnen kein Geheimniß, daß ich der Verfasser war. Trotzdem hat sich Genosse Quarc hingestellt und hat gerufen: Heraus mit dem Ausschlepper, der es wagt, mich, den Dr. Maximus Quarc, anzugreifen. (Stürmische Geisterkeit.) Nun, ich kann dem Genossen Quarc versichern, daß ich keine Angst vor ihm empfinde: Vor Ihnen fürchte ich mich noch lange nicht. Sie aber wollten die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet schleppen, nachdem Sie in sachlicher Hinsicht in der Partei nur auf Ablehnung stießen, deshalb Ihr immer wiederkehrendes Verlangen, daß ich mich als Verfasser der Artikel bekennen sollte. Sie wollten, daß der ganze Quarc des Streites mit den Gewerkschaften durch die Nennung meines Namens wieder aufgeführt würde. (Aufe: oh! sehr richtig!) Ich aber wollte eine rein sachliche Diskussion haben. Und ich bin sofort aus ihr ausgeschieden, sobald das persönliche Moment hineinkam. In meinem ersten Artikel war nichts Persönliches enthalten. Wie sehr es Quarc darum zu thun war, einen persönlichen Streit vom Saune zu brechen, geht schon daraus hervor, daß er sich sogar in seiner Erwiderung über die Ueberschrift meines Artikels „Ein neues Gewerkschafts-Programm“ aufregte. Das Wort war bis dahin unbeanstandet von ihm durch die Parteipresse gegangen. Er unterstellt mir in seiner Antwort: „Ich debattire nicht loyal.“ Ich rege mich über den Vorwurf nicht auf, vermissen aber durchaus den Nachweis, daß der Vorwurf mit Recht erhoben wird. Zugeben muß ich nur, daß ich in meinem zweiten Artikel auch schärfere Töne anschlug. Persönliche Spitzen gegen Quarc aber waren nicht darin, dagegen hat Quarc uns direkt vorgeworfen, wir leisteten Jedem Widerstand, der versuche, der gewerkschaftlichen Thätigkeit erweiterte Gebiete zu erschließen. Gegen eine solche durchaus unbegründete Unterstellung habe ich das volle Recht, mich zu wehren. Was kann man der Leitung der politischen Partei schlimmeres vormwerfen, als Quarc gethan hat, nämlich daß sie die Gewerkschaften durch ihre Politik entweder ins konservative oder ins anarchijistische Lager treibt. Das mußte ich zurückweisen, und da ruft Quarc, er werde verfolgt und verlangt Genugthuung. Ich bin persönlich längst bereit, ihm Genugthuung zu gewähren. Nur für den ersten und zweiten Artikel komme ich auf. Was nachher geschehen ist, ist ohne mein Zuthun geschehen, aber auch dazu muß ich sagen, daß Quarc hier wieder seiner alten Neigung gefolgt ist und in der Polemik die Dinge anders dargestellt hat, als sie thatsächlich liegen. In dem Redaktionsartikel steht nicht, daß Quarc zu einer Schicht bürgerlicher Sozialpolitiker gehört, sondern daß er aus dieser Schicht hervorgegangen ist. Das ist doch ein großer Unterschied. Genosse Quarc ist furchtbar empfindlich und ich muß gestehen, nichts ist mir langweiliger und abgeschmackter als ein weinerlicher Gegner. (Geisterkeit und Beifall.) Ich brauche einen Kerl, der sich tüchtig mit mir herumschlägt, dann stelle ich meinen Mann. (Geisterkeit und Beifall.) Genugthuung will ich Genossen Quarc gerne geben. Ich schlage deshalb ein Schiedsgericht vor und verzichte meinerseits darauf, die Hälfte der Schiedsrichter zu ernennen. Quarc soll sie alle stellen. Ich bin überzeugt, daß sie mir trotzdem recht geben werden. (Beifall.)

Im weiteren erklärt sich Redner gegen den Antrag aus Iferlohn (84), weil er nicht durchführbar ist, weil der Nürnberger Richter fehlt, mit dem den Genossen das Verlangte eingetrichtert werden soll. — Der Antrag 45 ist überflüssig. Wenn es nothwendig ist, Berichte über Parlamentsverhandlungen zusammen zu stellen und zum Selbstkostenpreise abzugeben, geschieht es schon heute.

Der Antrag der Karl Bruher Genossen, daß die Partei die Verpflichtung der Erhaltung eines täglichen Parteiblattes in Karlsruhe übernehmen soll, muß abgelehnt werden. Denn was für Karlsruhe recht wäre, müßte für ein Duzend anderer Städte billig sein. Nicht die Bedürfnisfrage muß in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Geldfrage. Die Partei lebt in den letzten Jahren in der Hauptsache von den Ueberschüssen des „Vorwärts“ und des „Echo“ und den Parteibeiträgen der Genossen der großen Städte. Den Berlinern wäre es auch lieber, wenn sie zehn Pfennige monatlich für das Blatt weniger zu zahlen hätten. (Sehr richtig.) Aber aus diesen zehn Pfennigen setzt sich der ganze Ueberschuß zusammen. Nehlich liegt es in Hamburg. Den badischen Genossen aber sage ich zum Schluß: Die Süddeutschen sollten sich doch nicht von den Preußen ein Blatt zahlen lassen! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Dr. Quark: Meine Beschwerde von gestern hat ja theilweise Erfolg gehabt. Was ich vorgebracht habe, geschah nicht aus der Lust am persönlichen Zanf, sondern aus sachlichen Gründen und im Partei-Interesse. Wißgen, die sich auf meinen Namen beziehen, sind Zeugnisse großer Geistesarmuth. Im Interesse der Genossen, die solche Wiße lieben, sollte man wünschen, daß auf den Parteitag viele Genossen mit dem Namen Ochsenkopf erscheinen, damit sich ihr Wiß an solchen Namen üben kann. Timm hat gesagt, ein Arbeiter würde ausgelacht werden, wenn er mit solchen Beschwerden wie ich vor den Parteitag tritt. Ich glaube das nicht. Ich meine, daß mit solchen Äußerungen ein bißchen Demagogenthum hier getrieben wird. Ich nehme für mich selbstverständlich kein anderes Recht, als es für den Arbeiter auch gilt, in Anspruch. Auch die Zweifel an meiner Erklärung, daß Genosse Sydow die Frankfurter Artikel verfaßt hat, finde ich charakteristisch. Man sucht niemanden hinterm Busch, hinter den man nicht selbst gesteckt hat.

Nun zu Auer. Er hat sich als das unschuldige Lämmlein hingestellt, das kein Wässerchen trüben kann. Ich soll den persönlichen Ton hineingetragen haben, aber weder er noch gestern Genosse Schmidt haben aus meinen Artikeln persönliche Stellen trotz allen Suchens mittheilen können. In Wahrheit liegt die Sache so, daß der „Vorwärts“ zuerst gar keine Notiz von meinen Vorschlägen nahm und dann Auer gegen dieselben polemisierte ließ, ohne daß die Leser meine Vorschläge hätten kennen lernen können. Ich habe mich auch nicht aufgeregt, wie Genosse Auer meint, sondern lediglich festgesetzt, daß mir mehr als persönliche Beziehungen zu bürgerlichen Reformen vorgeworfen wurden. Den Beweis dafür ist mir Auer schuldig geblieben. Er hat erklärt, daß die Beschuldigung nicht von ihm stamme. Diese Feststellung genügt mir. Ich habe ferner festgesetzt, daß mir vorgeworfen wurde, ich verbreite fortgesetzt falsche Darstellungen über das Verhältniß der politischen Partei zu den Gewerkschaften. Hier hat Auer den Nachweis durch ein Zitat versucht, hat es aber gerade an der Stelle abgebrochen, wo ich ausdrücklich sage, daß ich die besten Absichten bei ihm voraussetze.

Genosse Schmidt in Magdeburg hat seinen Vorwurf des Geldes zurückgenommen. Das genügt mir und ich danke ihm dafür. In der Agrarkommission habe ich bezüglich der Sache nichts anderes mitgeteilt als in der Berichtigung an Schmidt in Magdeburg in der dortigen „Volksstimme“. Es ist unwahr, daß ich im „Vorwärts“ und im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik verchieden beurtheilt habe. Schmidt soll die Artikel anführen, er kann es aber nicht. Der Sozialpolitiker, auf den er sich berief, hat mir brieflich mitgeteilt, daß er die ihm zugeschriebene Äußerung über die Sache niemals gethan habe, und mich ersucht, den Mann an ihn zu weisen, der den Klatsch verbreitet hat. Ich thue dies hiermit. Die Gewerkschaftsfrage an und für sich ist ja wohl erledigt, ich will nur noch Nebel gegenüber bemerken, daß ich auf diesem Standpunkt schon länger

stehe, daß ich der süddeutsche Mitarbeiter war, der schon nach dem Kölner Parteitag mit ihm über die Frage polemisiert hat. Ich bin immer offen mit meiner Meinung hervorgetreten und habe mich mit Nebel friedlich auseinandergesetzt. Damals ist es nicht zu einem Krawall gekommen.

Was die Handlungsgehilfen-Frage betrifft, so arbeiten die Berliner Genossen gegen mich mit Schimpfworten, die aller Beschreibung spotten. Obgleich die ganze Angelegenheit bereits in der Agrarkommission ihre Erledigung gefunden hat, scheuen sich die Berliner Genossen nicht, die Sache nochmals anzuschneiden, um mir wieder eins anzuhängen. Genosse Schmidt hat gestern einen Artikel von mir aus der „Kaufmännischen Presse“ verlesen, er hat aber — ein Beweis für die Loyalität, mit der er kämpft — verschwiegen, daß ich in der nächsten Nummer erklärt habe, daß der Artikel gegen meinen Willen, während ich verreist war, hineingekommen ist (hört! hört!) und daß ich die Sozialdemokratie niemals angegriffen, sondern mich auf rein gewerkschaftlichem Boden bewegt habe. Das verschweigen die Berliner Genossen, obgleich sie es ganz genau wissen. Was ist das für eine Art der Polemik. Wenn sich die kaufmännische Presse gegen die Bezeichnung als sozialdemokratisches Organ gewehrt hat, so hat sie damit nichts anderes gethan, als was alle unsere gewerkschaftlichen Blätter im gleichen Falle auch gethan haben. Ich habe mich in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kaufleute seit 8 Jahren mühsam durchgekämpft, ich habe in den alten kaufmännischen Vereinen gewirkt, solange ich konnte. Als die Leute sahen, daß ich dort die Gemüther revolutionirte — denn zu diesem Zweck war ich da — sagten sie einfach: Wir wollen den Verein, bei dem Du bist, nicht mehr im Bunde haben. Das war es ja, was ich wollte, denn heute sind die kaufmännischen Vereine vor eine Reihe von Agitationsaufgaben gestellt, die sie nicht mehr zurückweisen können. Jetzt haben wir in Frankfurt a. M. einen Verein, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Das wäre nicht möglich, wenn nicht die Kämpfe vorher stattgefunden hätten. Der Handlungsgehilfenkongreß steht mit seinem Beschluß, daß die Handlungsgehilfenvereine politisch sein müßten, ganz vereinzelt da. Die Vereine in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, Fürth, München und Chemnitz sind im Gegentheil darüber einig, daß auf gewerkschaftlichem Boden gekämpft werden muß.

Singer: Ich habe dem Redner einen sehr weiten Spielraum gelassen zur Erörterung der gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe. Ich kann aber nicht zugeben, daß er in diesem Augenblicke die Diskussion über die Handelsangestellten in Berlin und die sonstigen kaufmännischen Vereine führt. Das gehört nicht hierher.

Quark: Die Gewerkschaftskommission in Berlin habe ich beim Handlungsgehilfenkongreß in Berlin nur darauf hingewiesen, daß sie die Vorarbeiten für den Gewerkschaftskongreß abgelehnt habe und daß man deshalb in Berlin und Frankfurtern nicht Mangel an Solidarität vorwerfen solle.

Zum Schluß die verkrafteten Existenzen. Ich muß diese Äußerung einfach als eine Ungezogenheit gegen Genossen bezeichnen, die sich selbst richtet. Ich bin aus der bürgerlichen Klasse zur Sozialdemokratie gegangen, weil mich die Logik der Thatfachen dazu zwang, und nicht weil ich dort keine Stellung gehabt hätte. Ich konnte sie lohnender haben als bei der Sozialdemokratie, habe aber trotzdem niemals nach einer Parteistellung verlangt und fühle mich als unabhängiger Schriftsteller, indem ich meine Pflicht für die Partei thue, außerordentlich wohl.

Ein Redner hat gesagt, ich würde aus der Debatte gelernt haben. Ich denke, umgekehrt trifft es ebenfalls zu, und man wird von jetzt ab persönliche Stänkereien unterlassen, die den Genossen im Lande nur ein schlechtes Beispiel geben können. Den Schiedsgerichtsvorschlag Auers nehme ich an; auch ich verzichte auf Vorschläge und wünsche, daß der Parteitag die Schiedsrichter ernenne.

Singer theilt mit, daß der Antrag Scheuing in Sachen Duarck zurückgezogen ist. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, um Liebknecht noch zum Wort zu lassen.

Bunte wiederholt seine Vorwürfe in der Dortmunder Press-Angelegenheit gegenüber der Parteileitung. Die Dortmunder protestiren gegen ihre Behandlung als unmündige Kinder, sie lassen sich nicht an der Nase herumführen.

Liebknecht: Ehe ich auf den „Vorwärts“ eingehe, habe ich im Auftrag der Hamburger Genossen zu erklären, daß sie den Zweck ihrer Anträge durch den Verlauf der Debatte für vollständig erreicht halten. Es ist ihnen nicht eingefallen, in Bezug auf die Kunst einen spießbürgerlichen, mit unseren freihheitlichen Ideen im Widerspruch stehenden Standpunkt einnehmen, oder gar einer Zensur das Wort reden zu wollen, sondern sie haben sich nur gegen das gemendet, was Steiger selbst als Auswüchse anerkannt hat. Sie ziehen also ihre Anträge zurück.

Sodann habe ich zunächst sachlich einiges zu berichtigen. Es ist gesagt worden, ich hätte erklärt, daß ich alle Vorwürfe in den Wind schlage; das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß ich mich an solche Angriffe so gewöhnt habe, daß sie mir, namentlich so weit sie stereotypisch sind, nicht wehe thun; und ich habe ausdrücklich die Hoffnung hinzugefügt, daß es in den bevorstehenden Preßkonferenzen — auf dem Parteitage ist das nicht möglich — gelingen werde, eine Vereinbarung oder Regelung zu erzielen, welche die Ursache der Uebelstände beseitigt.

Dann ist von Fischer erklärt worden, ich sei sechs Monate im Jahre abwesend. Ich bin in diesem Jahre länger abwesend gewesen als in einem anderen Jahr, und das war im ganzen 11 Wochen, also nicht ein Vierteljahr, und das war die Folge meiner Agitations-Reise nach England, die ich im Frühjahr unternehmen mußte, weil ich wegen meiner Verurtheilung in Breslau glaubte, zur Zeit des Londoner Internationalen Kongresses würde ich im Gefängniß sein. Auf diese Weise habe ich 5 Wochen allerdings verloren. Ich glaubte aber, daß sie der Partei sehr nützlich gewesen sind. (Beifall.) Die übrige Zeit habe ich auf dem Kongresse zugebracht auf Verlangen der Partei und meine Ferienwochen benutzt, um 1 1/2 Duzend Volksversammlungen abzuhalten und wohlgemerkt, dabei habe ich noch regelmäßig für den „Vorwärts“ gearbeitet. Zu meiner Erholung habe ich nur 3 bis 4 Tage gehabt, die ich hier in Gotha verlebte. Diesen ganz unberechtigten Angriff muß ich entschieden zurückweisen.

Ferner ist es gewissermaßen als eine Art Vertrauensbruch bezeichnet worden, daß ich jenes Beschlusses einer in Berlin abgehaltenen Redaktions- und Parteileitungs-Konferenz erwähnte. Da aber ein Antrag in gleicher Richtung hier vorlag, war die Erwähnung des Beschlusses selbstverständlich — und zum Verschweigen gar kein Grund. Ja, wir haben eine Einigung in dieser Richtung getroffen. Wenn ich gegen diese Art und Weise der redaktionellen Stellungnahme mich hierbei ausgesprochen habe, und man das in Widerspruch damit brachte, daß ich in der Berliner Konferenz dafür gestimmt habe, so muß ich bemerken: ich habe dafür gestimmt, nachdem festgestellt worden, der Minorität müßte man selbstverständlich gerecht werden. Die Sache kommt ja dann vollständig auf meinen früheren Standpunkt hinaus. Ob im Fall einer Meinungsverschiedenheit die Mehrheit sich Redaktion nennt und die Minderheit Stellung gegen die „Redaktion“ nimmt, oder ob die Mitglieder der Mehrheit individuell hervortreten wie die der Minderheit, das ist im Wesen ganz einerlei, mindestens aber meines Erachtens viel besser in der Form. Des Weiteren ist gesagt worden, ich hätte eine Individualität, gegenüber welcher ein anderer nicht aufkommen kann. Es ist doch merkwürdig, daß diese Individualität in mir erst entdeckt ist, seitdem ich in Berlin bin. Ich bin 25 Jahre in Leipzig gewesen.

Dort ist aber in mir eine despotische Natur, ein diktatorischer Geist von Niemand entdeckt worden. Durch mich ist Niemand aus dem „Vorwärts“ hinausgebissen worden. Ich habe mich im Gegentheil stets bemüht, Kräfte heranzuziehen und jeder Persönlichkeit den freiesten Spielraum zu lassen. Wer mich kennt, wird zugeben, daß diese unerquicklichen Dinge nicht in meiner Persönlichkeit liegen, sondern daß es sich um ein Verhältniß und um Verhältnisse handelt, die abzuändern ich allein nicht in der Lage bin. Es liegt nicht in meiner Macht, Konflikte, die aus dem Charakter des „Vorwärts“ als offizielles Partei-Organ und gleichzeitig als Berliner Lokalorgan entstehen müssen, zu vermeiden. Wäre ich Redakteur eines Lokalblattes wie der „Leipziger Volkszeitung“, so wäre ich in der Wahl meiner Mitarbeiter vollkommen frei und die Einseitigkeit der Redaktion ergäbe sich von selbst. Hätte ich dies Recht, ja Parteigenossen, dann würde ich sehr bald Ordnung gemacht haben. Aber ich bin nicht der freie Herr. Ich werfe auf Niemand die Schuld. Sie liegt einfach in den jetzigen Verhältnissen. Jedenfalls aber liegt sie nicht in meiner Person. Ich bin bereit zu jeder Konzeßion. Ich bin bereit, alles zu thun, was diese Reibungen unmöglich macht. Aber in den jetzigen Verhältnissen wird es nicht möglich sein. Es sind aber andere Arrangements zu treffen und darüber werden wir später das Nähere verhandeln. In gewisser Beziehung bin ich allerdings, zwar nicht diktatorisch aber hartköpfig. Ich opfere nicht meine Ueberzeugungen. Ich bin in manchen Fragen anderer Ansicht als andere, und da gebe ich allerdings nicht nach. Und ich meine, die Partei hat, als sie mir diese Stelle gab, auch erwartet, daß ich mir die nothwendige Unabhängigkeit wahren werde. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn der „Vorwärts“ ein sozialdemokratisches Reptilblatt wäre. Ich habe seiner Zeit ein offizielles Regierungsblatt verlassen, ich würde auch keinen Augenblick in einem offiziösen Partei-Regierungsblatt verbleiben. Denn ich kann bloß da sein, wo ich vollständig meiner Ueberzeugung folgen kann. Genosse Schmidt-Magdeburg sagt, ich solle fortgehen, und will so gnädig sein, mich auf mein Altentheil zu setzen. (Heiterkeit.) Ja, so alt fühle ich mich noch nicht und ich glaube immer noch so gut wie Einer arbeiten zu können. (Lebhafter Beifall.) Geben Sie mir Arbeit, welche es auch sei. Sorgen Sie nur, daß ich sie freudigen Herzens erledigen kann, und ich werde sie gern thun. (Beifall.) Finde ich Jemanden, der meine Stelle besser ausfüllen kann, findet sich eine jüngere Kraft, so werde ich nicht im Wege stehen, und hätte ich eine bessere Kraft gefunden, sie wäre längst an meiner Stelle und ich würde ohne Nachtheil für meine Familienverhältnisse einen anderen Wirkungskreis, selbstverständlich auch im Dienste der Partei, gesucht haben. (Beifall.)

Dann hat Schmidt gemeint, auch meine parlamentarische Thätigkeit taue nichts. Ich studirte nicht den Etat. Nun, Genosse Schmidt ist in diesem Saal und außerhalb desselben der letzte, dem ich ein kompetentes Urtheil in solchen Dingen zutraue. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Aeußerung beweist er nur seine persönliche Animosität. Er hat es nicht vergessen, daß ich nach dem Breslauer Parteitag nicht in die von ihm geforderte Hebe gegen die bayerische Landtagsfraktion einstimmen wollte, sondern ihm seinen Unteroffizierston verwies. Und gut war es, daß man die bayerischen Genossen nicht so behandelt hat, wie Schmidt es verlangte.

Und da komme ich zu einem anderen Punkte, von dem Bebel gesprochen hat. Er tadelt es, daß ich in einer Polemik, in die ich verwickelt wurde, gesagt habe, „wenn der „Vorwärts“ nach dem Frankfurter Parteitag in der Agrarfrage scharfe Stellung genommen hätte, so wäre eine Spaltung möglich gewesen.“ Eine Spaltung in dem Sinne, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr als Ganzes zusammen steht, halte auch ich selbstverständlich für unbedenkbar. Aber die Dinge hatten sich damals so zugespitzt, daß eine Anzahl

der einflussreichsten und hervorragendsten Genossen in Bayern aufs Außerste gereizt waren und daß eine vorübergehende Spaltung wahrscheinlich, ja gewiß gewesen wäre. (Zustimmung.) Doch das sind Ansichtssachen. Jedenfalls weiß ich, aus jener Zeit besteht noch heute hier und dort eine derartige Animosität, daß manche Genossen das alte freundschaftliche Verhältnis, das zwischen Genossen bestehen sollte, nicht wieder haben aufnehmen wollen. (Sehr wahr.) Und sicher ist, ich habe Niemand und kein Prinzip durch meine Haltung verletzt und der Partei genützt. Aber ich habe nicht „Stellung genommen“. Ja „Stellung nehmen“. Wie? Welche? Denken Sie doch nur an die Agrarfrage: der Frankfurter Parteitag nimmt eine Resolution an, die ich für schwächlich, für falsch gehalten habe. Ich hätte also gegen den Frankfurter Parteitag vorgehen müssen. Nun kommt ein Jahr später der Breslauer Parteitag und faßt eine umgekehrte Resolution, die ich ebensowenig billigen konnte wie vorher die Frankfurter. Soll ich auch gegen diese Stellung nehmen? Da hätte sich also der „Vorwärts“ zweimal über den Parteitag, über das höchste Forum der Partei, stellen müssen! Wäre das der Partei zuträglich gewesen? An Belehrung der Leser hat der „Vorwärts“ es nicht fehlen lassen. Ist denn die Diskussion nicht geführt worden? Haben wir nicht alle Gründe für und Wider, alles was die Partei in der Agrarfrage geleistet hat, im „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht?

Derjenige, der von den Parteigenossen annimmt, daß sie ein denkendes Volk sind, der ihnen in Streitfragen die verschiedenen Meinungen vorlegt und die Kritik überläßt, hat doch wahrhaftig eine bessere Meinung von ihnen als derjenige, der sagt, ein Individuum, heiße es nun Liebknecht, Bebel oder Auer, hat ihnen von oben herab seine Meinung zu diktieren. (Sehr wahr.)

Meine individuelle Stellungnahme bin ich jeden Augenblick bereit, der Partei vorzulegen, diese aber zur Sache des Partei-Organis zu machen, zu sagen, das allein ist gut und richtig, das geht nicht. Dann ist noch gesagt worden, der „Vorwärts“ führe die Partei nicht, er überlasse das den Lokalblättern. Ich habe mir gedacht, daß es das höchste Prinzip einer demokratischen Regierung sei, daß sie mit dem Volke geht, daß sie die Strömungen im Volke kennen lernt und ihnen folgt. Dem entgegengesetzt ist der monarchistisch-järsaristische Standpunkt, daß die Meinung und Richtung von oben diktiert wird. Unsere Organisation ist demokratisch, und da ist es nötig, daß die Richtung aus der Masse heraus kommt. Wenn ich in meinem politischen Leben einen Gedanken konsequent und zäh durchgeführt habe, so ist es der, zu verhindern, daß ein Zeithammelthum in der Partei aufkommt (lebhafter Beifall), denn das ist das Verderben jeder Partei. Und seltsamer Weise ist es mir wiederholt als Schwäche ausgelegt worden, daß ich in dieser Lebensfrage der Partei fest geblieben bin! Den Mann will ich sehen, der sich hinstellt und sagt: Ich habe in dieser oder jener Streitfrage die allein richtige Meinung. Sie sehen, daß ich hier nicht nach flüchtiger Laune, sondern von höheren Gesichtspunkten aus und nach Prinzip gehandelt habe.

Ich wiederhole: meine Person wird niemals ein Hindernis sein. Es ist vorhin ein böses Wort gefallen: „indem man dem Liebknecht die Leitung des „Vorwärts“ gab, hat die Partei einen Fehler gemacht; an dem leidet sie jetzt.“ Ich bin nicht verheiratet mit dem „Vorwärts“. Ich bin in jeden Augenblick bereit, zurückzutreten, ich verschlimmere meine Lage dadurch nicht.

Ob es aber ein Fehler war, daß der „Vorwärts“ so unabhängig und demokratisch geleitet wurde, wie ich es versuchte, statt ihn zu einem Parteivorstandsorgan zu machen, das möchte ich doch sehr bezweifeln.

Eins steht fest: ich habe mich stets bemüht, meine Schuldigkeit im Interesse der Partei zu thun (Beifall). So lange ich auf dem Posten stehe, werde ich meine Schuldigkeit thun im Interesse der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Ich verweise nicht auf meine Vergangenheit, das fällt mir nicht ein. Ich habe schon vor 8 oder 9 Jahren in einer Volksversammlung zu Mannheim gesagt: Wenn ich merke, daß ich den Kampfaufgaben nicht mehr gewachsen bin, dann trete ich zurück. Denn länger in einer Bewegung im Vorkampfe zu sein, als die Kräfte reichen, das ist thöricht. Mir braucht man keinen Stoß zu geben, um mich von meinem Plage zu entfernen. Glauben Sie, daß ich mich nicht auch manchmal nach Ruhe geseht habe? Aber ich fühle mich zum Glück noch stark genug für den Kampf und ich habe noch keinen gefunden, der es besser machen würde als ich. Und nun schließe ich mit der Hoffnung, daß die Besprechungen auf diesem Parteitage, verbunden mit den Beratungen der bevorstehenden Preß-Konferenz, dazu führen werden, den „Vorwärts“ so zu gestalten, daß den unerquicklichen Verhältnissen ein Ende gemacht wird. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Ein erneuerter Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr mit großer Mehrheit angenommen.

Schleicher-Mülhausen stellt fest, daß er, obgleich seit gestern gemeldet, nicht zu Wort gekommen sei.

In persönlicher Bemerkung erklärt Timm-Berlin, daß die Bezeichnung des „Saalfelder Volksblattes“ als eines „Winfelblättchens“ ihm in der Eile entfahren sei und er diesen Ausdruck zurücknehme.

Schmidt-Magdeburg erklärt, daß er einen persönlichen Vorwurf Liebknecht nicht habe machen wollen, er habe nur die Anschauung vieler Parteigenossen zum Ausdruck gebracht, daß Liebknecht an der Spitze des „Vorwärts“ nicht auf dem richtigen Plage sei.

Auer erklärt, er sei jeden Augenblick bereit, für jede Zeile, die im Verlaufe der Polemik in der Sache Quarc im „Vorwärts“ gestanden habe, ausdrücklich die Verantwortung zu übernehmen, wenn Quarc es wünschen sollte.

Antrieb: Selbstverständlich weiß ich, daß der Pariser Gemeinderath in seiner Majorität nicht aus Sozialdemokraten besteht; wenn Liebknecht heute von nur zwei sozialistischen Gemeinderäthen spricht, so steht auch das in Widerspruch zu den Vorwärtsberichten, aus denen ich mindestens ein Duzend Siegesberichte nachweisen könnte.

In seinem Schlußworte zu dem Punkt „Presse“ giebt Pfannkuch die Erklärung ab, daß die Anträge 42 bis 44 von den Hamburgern zurückgezogen seien, da die Absicht, ihre Wünsche bezüglich der „Neuen Welt“ in Gegenwart ihres Redakteurs zur Sprache zu bringen, erfüllt sei. Die Verhandlung hat gezeigt, daß Genosse Steiger guten Rathschlägen ja auch zugänglich ist. Die Zukunft wird lehren, ob die „Neue Welt“ weiteren Anlaß zu Klagen geben wird. Die erforderliche Klärung hinsichtlich der Verhältnisse im „Vorwärts“ ist ja nunmehr erfolgt.

In der Abstimmung werden die Anträge 84, 45, 49, 50, 51, 74 abgelehnt.

Zur Annahme gelangen die Anträge 81, 47, 52, der Antrag Berlin IV betr. der wissenschaftlichen Beilage zum „Vorwärts“ und der Antrag Bebel:

Der Parteitag wolle beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen das Defizit der „Neuen Welt“ auf ungefähr 25 000 Mark herabgebracht werden kann.

Es erfolgt nunmehr die Diskussion zu dem Rassenbericht.

Dazu liegt der Antrag Bremerhaven vor:

Der Parteitag wolle beschließen, daß der finanzielle Ausfall, der durch die Verbilligung des Neuen Welt-Kalenders entstanden, nicht wie bisher von den Kolporteurs, sondern von der Verlags-Buchhandlung getragen wird.

Grenz: Vor zwei Jahren wollten die Leipziger Genossen aus ihrer Parteizeitung „Der Wähler“ ein größeres Organ schaffen. Das kostete natürlich

Geld. In Berlin war der Parteivorstand bis an den Hals zugeknöpft und gab keinen Groschen. Für Leipzig wäre es am wenigsten gefährlich gewesen, einmal ein paar Tausend Mark zu geben. Vom „Wähler“ war noch ein Restbestand von 8000 Mark da. Es mußten also Darlehen aufgenommen werden: 18 000 Mark, davon 8000 von privater Seite und 10 000 von Gewerkschaften. 2500 Mark sind schon zurückgezahlt, 3000 Mark kamen durch Geschenke als Pressfonds zusammen und das Leipziger Agitationscomité der Partei gab 5000 Mark. Da trat aber das ganz Unerwartete ein, daß das neue Blatt einen kolossalen Aufschwung nahm. Der Abonnementstand des „Wähler“ verdoppelte sich und das erforderte natürlich wieder eine Vergrößerung des Geschäfts und neue Mittel. Wieder mußte geborgt werden. Das Agitationscomité gab 4000 Mark und in diesem Jahre noch 2700 Mark. Nun außerhalb Berlins giebt es ja auch noch Leute, die verstehen, ein Unternehmen zu leiten. In der kurzen Zeit von zwei Jahren ist es den Leitern des Leipziger Geschäfts schon gelungen, zirka 33 000 Mark ab- oder zurückzuzahlen. Mit überwiegender Majorität ist von den Leipziger Genossen ein Antrag, 1000 Mark an die Partei abzuführen, abgelehnt worden, weil es unmittelbar vor dem Parteitag zu auffällig erscheinen würde. Nach dem Parteitag wird ein solcher Antrag Annahme finden. (Beifall.)

Riesel-Berlin: Wir sind der Meinung, daß die einzelnen Städte mit ihren Parteibeiträgen nicht so im Rückstande bleiben dürfen, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Berlin hat 36 000 Mark, Hamburg 25 000 M. abgeliefert. Auch in den großen Städten ist es nicht so leicht, solche Summen zusammenzubringen. Aber wir thun unsere Schuldigkeit. Er erklärt sich gegen den Antrag Bremerhaven.

Martiffe-Hamburg: Als Vertreter eines schleswig-holsteinischen Kreises muß ich erklären, weshalb diese Genossen ihre Pflicht, Geld an die Parteikasse zu schicken, in gröblicher Weise vernachlässigen, wie der Parteibericht sich ausdrückt. Alles Geld muß nach dem Vororte, in diesem Falle an die Agitationskommission in Neumünster geschickt werden.

Albrecht-Halle: Wenn Halle nur mit 5 Mark im Kassenbericht figurirt, so liegt das an den Kosten der Nachwahl, die über 4000 Mark betragen haben. Wir haben auch unser Partei-Organ seit sieben Jahren ohne Unterstützung gehalten. Auch hatten wir im letzten Jahre viel Prozeßkosten. Auch dieser Redner wendet sich gegen den Antrag Bremerhaven.

Berard erjucht gleichfalls, diesen Antrag abzulehnen, weil dadurch dem Hamburger Geschäft ein großes Defizit entstehen würde. Die Rolporteurs haben durchaus keinen großen Schaden. Ihr Verdienst beträgt noch immer 41 pCt. Der Kalender ist durchaus nicht schlechter geworden. In diesem Jahre ist die Nachfrage außerordentlich groß. Ende September war die erste Auflage bereits vergriffen.

Schmalfeld-Bremerhaven: Ich habe selber Bedenken gegen den Antrag, den ich zu vertreten habe. Wir können aber doch wohl wie früher fünfzig Pfennige für den Kalender nehmen. Er ist sehr gut. Das würde auch im Interesse der Partei-Buchhandlungen und Partei-Rolporteurs liegen. Wenn Bremerhaven und Umgegend in dem verfloffenen Jahre weniger als sonst in die Parteikasse gesteuert haben, so liegt das daran, daß wir die „Norddeutsche Volksstimme“ in Geestemünde, die bisher in Privatbesitz war, in Parteiregie genommen haben. Das erforderte immerhin 8—9000 M.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort bemerkt **Gerisch:** Genosse Grenz hat der Parteileitung vorgeworfen, daß sie nicht ein paar tausend Mark für Leipzig geopfert hat. Wir haben aber aus den Ziffern, die er anführte, gesehen, daß es sich um einige Zehntausende gehandelt hat. Wir hatten allen Grund, dies Verlangen

zurückzuweisen, dem was wir Leipzig bewilligt hätten, hätten wir auch anderen Städten nicht abschlagen können. Was die weiteren Vorwürfe anlangt, so habe ich nur erklärt, daß man sich auf Leipzig nicht berufen kann, weil dort die Verhältnisse anders liegen und weil die Leipziger Genossen bei der Fülle dessen, was ihr Organ bietet, sich vielleicht überlegen müßten, ob nicht eine Erhöhung des Abonnementspreises angebracht wäre. Daraus ist dann in dem Bericht über den westfälischen Parteitag die Deutung entstanden, es sei zweifelhaft, ob das Leipziger Blatt prosperirt. Zum Schluß bitte ich nun noch, daß die Parteigenossen unsere zarten Winke beherzigen und die Ueberschüsse an uns abführen mögen, damit es nicht nöthig ist, sie im nächsten Jahre wieder an ihre Pflicht zu erinnern.

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Antrages Bremerhaven.

Der Antrag Meister, dem aufgelösten Parteivorstand und dem an seine Stelle getretenen Ausschuß Decharge zu erteilen, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 14. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Bod.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsschreiben wird in die Tagesordnung eingetreten.

Verhandelt wird Punkt 3: **Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit.**

Mit zur Verhandlung gestellt werden die Anträge 68, 69, 70, 71 72; ferner ein Antrag der Genossen aus Jena-Neustadt, von 20 Delegirten unterstützt:

Unsere Fraktion möge im Reichstag beantragen: Es soll alljährlich im Januar eine Arbeitslosenstatistik durch die Reichsregierung aufgenommen werden,

sowie Antrag von Krüger und Schulte-Königsberg, von 20 Delegirten unterstützt:

Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesekentwurf einzubringen, nach welchem, um Hitzschlägen, wie sie in diesem Jahre sich ereigneten, vorzubeugen, die Arbeit einzustellen ist, wenn die Temperatur einen bestimmten Wärmegrad erreicht hat. Ausgeschlossen hiervon kann die Hausindustrie werden, weil die Heimarbeiter von der Hitze nicht so schwer betroffen werden als die auf Bauten, Plätzen und in Fabriken beschäftigten Personen.

Antrag 29 findet nicht genügende Unterstützung.

Berichterstatter **Mag Schibpel** verzichtet auf das Referat. Ein ausführlicher Bericht liegt gedruckt vor. Diejenigen Gegenstände, über die sich etwas sagen ließe, sind zu Punkt 4 verwiesen. Der Referent behält sich vor, wenn es nöthig wird, in die Debatte einzugreifen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Schmidt-Magdeburg: Ich muß mich gegen die Auffassung des Hamburger „Echo“ verwahren, daß unser, freilich nicht genügend unterstützter Antrag 29 ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion bedeutet. Wir wollen damit lediglich die Kosten verringern.

Groth-Moskoc: Ich bin beauftragt, den Berichterstatter um Auskunft darüber zu ersuchen, warum in der bekannten Jmpf-Debatte im Reichstag ein Theil der Fraktion dafür und ein Theil dagegen gestimmt hat. Fürchten Sie